

Nr. 4/81 April

G 2766 EX

# zivilschutz magazin



Weitere öffentliche Schutzräume in Berlin:

## Land Berlin übernahm erstmalig zwei instand gesetzte Schutzbauwerke

Auch eine große Mehrzweckanlage konnte fertiggestellt werden – Schutzplatzkapazität auf über 15000 erhöht



Links: Dieser Flachbunker in Berlin-Buckow stammt aus der Zeit des 2. Weltkrieges; das Bauwerk wurde instand gesetzt und bietet jetzt 354 Personen Schutz. – Rechts: Das Bunkerdach wurde geschickt in die Außenanlagen eines Seniorenwohnheims mit einbezogen.



Oben: Ebenfalls wieder nutzbar gemacht wurde dieser dreigeschossige Hochbunker in Zehlendorf; hier entstanden 293 Schutzplätze.



Rechts: Kein „Totempfahl“ ist dieses Gebilde; das 5 m hohe Bauwerk dient vielmehr der Luftversorgung eines neuen Großschutzraumes in einem U-Bahnhof.

Ende des letzten Jahres konnte das Land Berlin drei weitere Schutzbauwerke in die Verwaltung und Unterhaltung übernehmen. Mit den bereits vorhandenen Schutzräumen (zwei Tiefgaragen, ein U-Bahnhof) hat sich die Schutzplatzkapazität nunmehr auf 15019 Plätze erhöht. Neben der Errichtung eines weiteren U-Bahnhofs als Mehrzweckanlage konnten erstmalig auch zwei ehemalige Luftschutzbunker des 2. Weltkrieges wieder nutzbar gemacht werden. Eine dieser Anlagen befindet sich in Berlin-Buckow, Otto-Wels-Ring 1–3, an einer Hauptverkehrsstraße inmitten eines sehr dicht besiedelten Gebietes. Der Flachbunker vom Typ 4 D wurde nach den Richtlinien für die Nutzbarmachung vorhandener öffentlicher Schutzbunker (Fassung Dezember 1977) in der Zeit von März 1979 bis Mai 1980 instand gesetzt und bietet Schutz

gegen herabfallende Trümmer, radioaktive Niederschläge, Brandeinwirkungen sowie biologische und chemische Kampfmittel. 354 Personen können in ihm Schutz finden.

Es traf sich, daß die Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin zur gleichen Zeit auf dem angrenzenden Gelände ein Seniorenwohnheim errichtete und auch das Bunkergrundstück mit dem nicht sehr attraktiven Betonbauwerk in die bauliche Gestaltung einbeziehen wollte. Eine Überbauung des Bunkers war jedoch auszuschließen, weil die Ausgänge von möglichen Trümmerschuttmassen frei bleiben müssen. Deshalb wurde geplant, das Bunkerdach als Freizeit- und Erholungsfläche für die Bewohner des Seniorenheims herzurichten. Mit Sitzbänken, Lampen, Blumen und Büschen wurde eine Grün- und Bewegungs-

fläche geschaffen, die dem Charakter eines Seniorenwohnheims entspricht. Wenn in einiger Zeit die Pflanzen herangewachsen sind, wird der „getarnte“ Bunker kaum noch erkennbar sein. Die Kosten der Nutzbarmachung betragen 391000 DM, die vom Bund nicht zu tragenden Mehrkosten für die Außengestaltung der Anlage in Höhe von 160000 DM sind dankenswerterweise von der Arbeiterwohlfahrt voll übernommen worden.

Auch die zweite nutzbar gemachte Anlage im Ortsteil Zehlendorf, Eiderstedter Weg 34, fügt sich hervorragend in die Umgebung ein. Es handelt sich hierbei um einen dreigeschossigen Hochbunker, der als Wohnhaus getarnt und von Bäumen halb verdeckt in einer Villengegend steht. Der Außenanstrich wurde dem des angrenzenden Nachbargebäudes angepaßt. Auf einem Mauervorsprung befindet sich in den entsprechenden Farben das internationale Zivilschutzzeichen. Das Fassungsvermögen dieses Schutzbauwerkes beträgt 293 Schutzplätze, die Kosten der Nutzbarmachung beliefen sich auf 427000 DM.

Eine dritte Anlage (Tiefbunker) mit 1800 Schutzplätzen wird demnächst fertiggestellt werden.

Am 1. Oktober 1980 wurde ein neues Teilstück des Berliner U-Bahnnetzes, das durch ein dicht besiedeltes Wohn- und Industriegebiet führt, eingeweiht; in ihrem Verlauf konnte ein weiterer U-Bahnhof als öffentlicher Großschutzraum für 4332 Personen geschaffen werden. Der Planung und Ausführung liegen die „Bautechnischen Grundsätze für Großschutzräume des Grundschatzes in Verbindung mit unterirdischen Bahnen als Mehrzweckbauten“ (Fassung November 1971) und die „Technische Richtlinie über den Nachweis der Schocksicherheit von Einbauteilen in Schutzräumen“ (Fassung Juni 1975) zugrunde.

Die Mehrkosten für den zivilschutzmäßigen Ausbau betragen rund 11 Millionen DM. Auch bei diesem Objekt ist versucht worden, die oberirdisch sichtbaren Lüftungsanlagen in das Stadtbild zu integrieren. Die vier ca. 5 m hohen Betonsäulen, die der Versorgung der Schutzraumsassen mit Außenluft dienen, wurden mit farbigen Platten verkleidet, so daß sie wie riesige „Totempfähle“ anmuten. Inmitten eines grauen Häusermeeres ist dies ein gelungenes Beispiel für Farbe im Stadtbild.

# zivilschutz magazin



4/81  
April



ISSN 0173-7872

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Ulrike von Gimborn  
Carlo A. Kirchner  
Günter Sers

## Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

### „Hoffnung auf ein neues Dach über dem Kopf“ 3

Im süditalienischen Erdbebengebiet sind Zehntausende noch immer behelfsmäßig untergebracht – DRK, JUH und MHD errichten Fertighäuser.

### „Hinrich Struve wird Nachfolger von Albert Bürger“ 11

Wechsel im Amt des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes.

### „Rund um die Uhr im Einsatz“ 13

Hochwasser bedrohte Bremen: THW-Helfer kämpften eine Woche lang gegen die Wassermassen.

### „Die kleinste Brandschutzeinheit ist schnell einsatzbereit und sehr beweglich“ 15

Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) im behördlichen Selbstschutz: Bei Entstehungs- und Kleinbränden von großem Einsatzwert.

### „Feuer an Bord eines schwedischen Fährschiffes im Kieler Hafen“ 20

Einsatzübung des Katastrophenschutzes der Landeshauptstadt Kiel.



### „Hygienerichtlinien für behelfsmäßige Schutzräume und behelfsmäßige Unterkünfte in Katastrophenfällen“ 24

Wichtige Hinweise für die Trinkwasserversorgung, Verpflegung, Abfallbeseitigung usw.

### „Man kann nicht alles im Kopf haben“ 25

Führungsmittel im Katastrophenschutz: Die Checkliste erleichtert die Stabsarbeit.

### „Neue Impulse für den Selbstschutz“ 29

Der Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes in 80 Gemeinden gestartet.

### „Das Minimagazin“ U3

In diesem Monat:  
Tips und Kniffe für die Praxis.



# Umschau

## Feuerwehr barg Heißluftballon

In einem Hochspannungsmast verfang sich dieser Heißluftballon bei Wangau (Oberbayern) am 10. April 1981. Während die drei Luftfahrer sich selbst aus der Gondel befreien konnten und den Mast hinunterkletterten, mußte die Feuerwehr den Ballon unter Einsatz der Drehleiter bergen. Sicherlich eine nicht alltägliche Hilfeleistung der Feuerwehrmänner!



## Feuerwehren in NRW bekämpften über 39000 Brände

Nordrhein-Westfalens öffentliche Feuerwehren (Berufs- und Freiwillige Feuerwehren) wurden im vergangenen Jahr zur Bekämpfung von 39349 Bränden eingesetzt. Diese Brände verursachten einen geschätzten Schaden von etwa 764 Millionen Mark. Das gab der nordrhein-westfälische Innenminister

Dr. Herbert Schnoor am Dienstag, dem 31. März 1981, in Düsseldorf bekannt. Wie Schnoor erläuterte, verdeutlicht die jetzt vorliegende Brandstatistik für das Jahr 1980 den breitgespannten Rahmen der Aufgaben bei den Feuerwehren: Sie haben 1980 zum Beispiel 70987 technische Hilfeleistungen und 1098429 Krankentransporte durchgeführt.

Hinter diesen nüchternen Angaben stehen – so der Innenminister – der selbstlose Einsatz eines jeden Feuerwehrmannes in vielen gefährlichen Situationen und seine stete Bereitschaft, freiwillig und uneigennützig dem Gemeinwohl zu dienen. Die Bevölkerung habe, betonte Minister Dr. Schnoor, seit langem erkannt, wie wichtig die Tätigkeit der Feuerwehr für die Allgemeinheit sei, und daß jeder von uns eines Tages auf ihre Hilfe angewiesen sein könne. Die Vielfalt der technischen und humanitären Hilfeleistungen der Feuerwehren sei in der Öffentlichkeit längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Der Innenminister dankt allen Feuerwehrmännern für ihre Einsatzbereitschaft und für ihr Engagement im Dienste der Bürger Nordrhein-Westfalens.

Bei 51,5% aller Brände im Jahr 1980 konnte die Brandursache nicht festgestellt werden. Bauliche, betriebliche und maschinelle Mängel waren zu 5,0%, schadhafte elektrische Anlagen oder Geräte zu 6,2%, Selbstentzündung zu 1,7% und sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen zu 8,3% Ursache aller Brände. Durch Fahrlässigkeit entstanden 6059 (5434) = 15,4% und durch Brandstiftung 4421 (3706) = 11,2% Schadenfeuer. Davon wurden allein durch Kinder 1494 (2011) = 3,8% Brände verursacht.

28,9% aller Brände entstanden in Wohngebäuden, 9,8% in Gewerbe- und Industriebetrieben, 2,9% in landwirtschaftlichen Anwesen und 1,8% in Bürogebäuden und Versammlungsräumen. 9,1% waren Wald- und Wiesenbrände, 15,6% Brände an Fahrzeugen und 31,9% sonstige Brandstellen.

Der Feuerschutz in Nordrhein-Westfalen wird wahrgenommen von 25 Berufsfeuerwehren mit 6708 Feuerwehrmännern, 395 Freiwilligen Feuerwehren mit 83095 Feuerwehrmännern (davon 2656 hauptberufliche Kräfte), 122 Werksfeuerwehren (ohne Bergbau) mit 4728 Feuerwehrmännern, 238 Betriebsfeuerwehren mit 5229 Feuerwehrmännern, also von 420 öffentlichen Feuerwehren mit 89803 Feuerwehrmännern oder – einschließlich der Werk- und Betriebsfeuerwehren –

insgesamt 780 Feuerwehren mit 99760 Feuerwehrmännern.

Die Gesamtzahl der Angehörigen der Feuerwehren – einschließlich der 6743 Mitglieder der Jugendfeuerwehren – beträgt 106503.

## 40 Millionen DM Schaden bei Großbrand in Frankfurt

Über einhundert Feuerwehrleute waren am Donnerstagabend, 19. März 1981, im Einsatz, als kurz nach 22 Uhr in einem Schuhgeschäft in der Frankfurter Innenstadt ein Feuer ausbrach, das das darüber befindliche elfgeschossige Hochhaus in Mitleidenschaft zog. Der Sachschaden wird auf rund 40 Millionen DM geschätzt.



## Pkw brachte Haus zum Einsturz

Aus noch ungeklärter Ursache ramnte am Morgen des 24. März 1981 beim Durchfahren der Ortschaft St. Michaelisdon ein Personenwagen den Stützpfiler eines Hauses. Dabei stürzte das Haus ein; der Unfall forderte ein Todesopfer und einen Schwerverletzten. Unser Bild zeigt die Schadensstelle, die einen verheerenden Anblick bot.

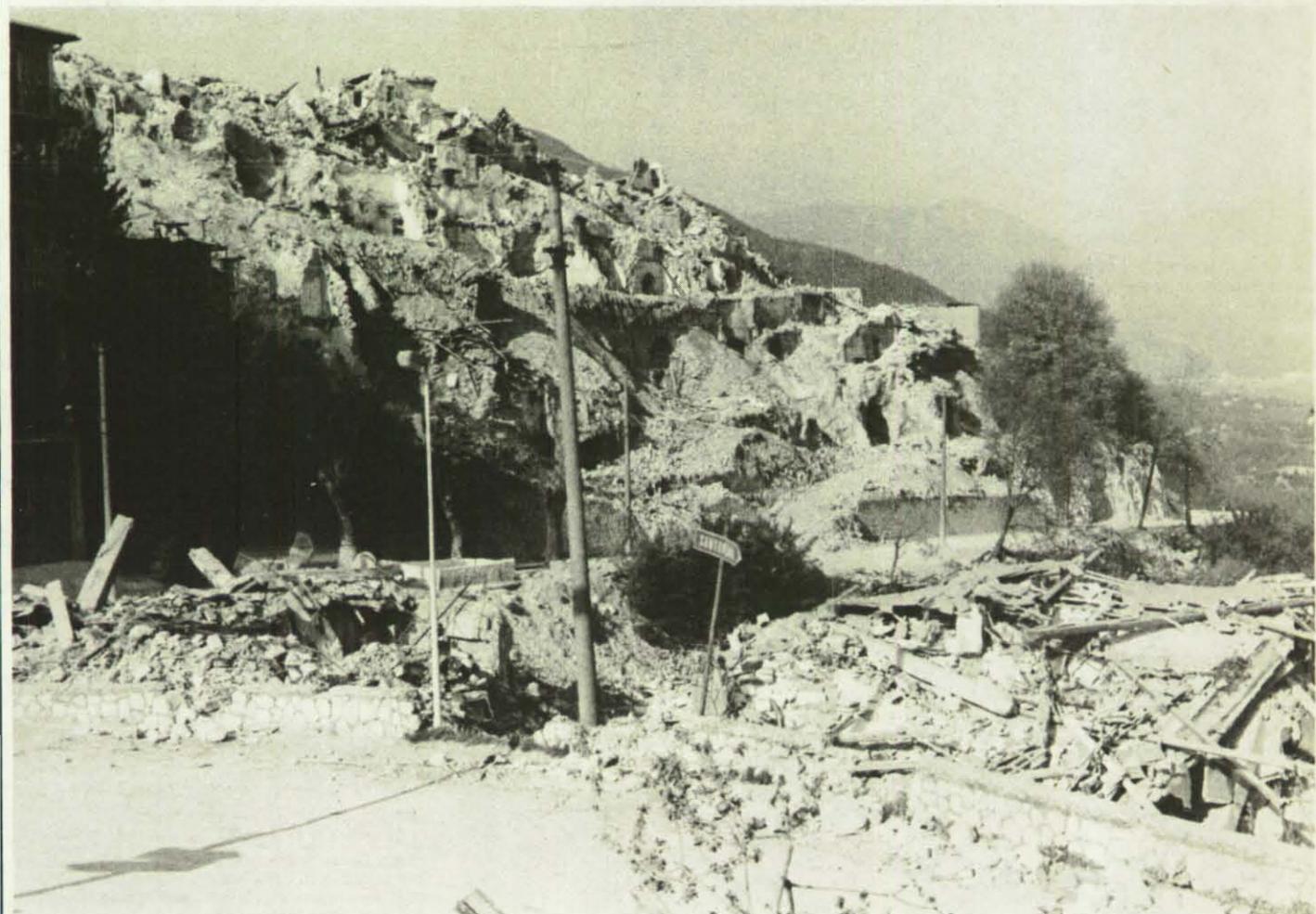


Ulrich Weidner

Im süditalienischen Erdbebengebiet:

## Hoffnung auf ein neues Dach über dem Kopf

Zehntausende sind ein halbes Jahr nach der verheerenden Katastrophe noch immer nur behelfsmäßig untergebracht – DRK, JUH und MHD errichten Fertighäuser – Deutsche Hilfe überall dankbar begrüßt



Laviano, eines der am schwersten vom Erdbeben betroffenen Dörfer: Die auf steilen Hängen erbauten Häuser sind total zerstört.

Es war, es muß eine Idylle gewesen sein: ringsum hohe bewaldete Berge, bis über tausend Meter hoch, Olivenhaine, grünes Weideland, strahlend helle Sonne, klare, reine Luft. Bis auf das Zwitschern einzelner Vögel herrscht jedoch Totenstille – wir stehen mitten auf der Straße in Laviano, einem Ort, der bis zu jenem 23. November 1980 knapp 3000 Einwohner zählte. Weit und breit kein Mensch, kein Auto, nur Trümmer, wo man hinsieht. Laviano ist eine tote Stadt. Rund die Hälfte der einstigen Bewohner sind geflohen, haben ihrer Heimat vielleicht für immer den Rücken gekehrt; sie sind bei Verwandten in der Bundesrepublik, in den USA; selbst bis nach Australien sind sie geflüchtet. Die übrigen leben – kann man das „wohnen“ nennen? – weiter unten im Tal, großteils in kleinen Wohnwagen, oft mit vier bis sechs Personen belegt,

und dies nun schon seit Ende November.

Laviano, Lioni, Teora, St. Angelo dei Lombardi, Montoro, Muro Lucano – überall die gleichen, verheerenden Spuren des Erdbebens, das am frühen Abend des 23. Novembers die Campania erschüttert hat, 3000 Menschenleben kostete und etwa 300000 obdachlos machte. Das Gebiet südöstlich von Neapel ist so groß wie das Bundesland Schleswig-Holstein, 126 Dörfer und größere Ortschaften in den Bergen wurden betroffen. Auswirkungen des Bebens verspürte man selbst in Neapel, in Salerno, an der berühmten amalfitanischen Küste.

Doch am schlimmsten traf es die Menschen in den Bergregionen, wo die kleinen Orte sich dicht an die Berghänge schmiegen, teils Hunderte von Jahren alt sind –

und heute in Trümmern liegen. Die aus Feldsteinen errichteten Häuser hielten dem Beben nicht stand, ganze Häuserreihen stürzten die Berghänge hinab und begruben Menschen und Nutztiere unter sich.

### Über 700 Nachbeben

Heute, fast ein halbes Jahr nach der Katastrophe, sind die Straßen wieder passierbar, italienische und deutsche Pioniereinheiten haben viele tausend Kubikmeter Trümmer und Schutt geräumt. Doch wo noch Häuser stehengeblieben sind, bedeutet die verrammelte Haustür und ein mit roter Farbe aufgesprühtes „No“, daß wegen der akuten Einsturzgefahr hier nie wieder Menschen leben werden. In den Dör-



Nur wenige Menschen harren in den Ruinen der Dörfer aus, stets in der Angst vor weiteren Beben. Unser Bild wurde aufgenommen im einstigen Ortskern von Laviano, das früher 3000 Einwohner zählte.



Oben: Oft ist ungewiß, wo die Bewohner heute leben – viele haben Ihrer Heimat den Rücken gekehrt, vielleicht für immer.



Links: Deutlich erkennbar ist die verheerende Wirkung des Bebens auf die mit einfachen Mitteln, meist aus Feldsteinen, errichteten Häuser der ländlichen Region.

fern trifft man überall Frauen und Mädchen in schwarzen Kleidern; kaum eine Familie, die nicht den Verlust von Angehörigen zu beklagen hat. 70000 bis 80000 Wohnwagen sollen in der gesamten Region verteilt stehen und den Erdbebenopfern in dem ersten, bitterkalten Winter ein notdürftiges Unterkommen gesichert haben. Neben den zahlreichen Einzelgehöften in den Bergen stehen noch die Zelte der italienischen Armee, in die sich die Menschen immer wieder flüchten, wenn neuerliche Erdstöße die Mauern erzittern lassen. Allein in dem ersten Monat nach der Katastrophe wurden etwa 700 Nachbeben registriert.

### Deutsche Hilfe wird anerkannt

Die bange Frage: Werden Zehntausende auch einen zweiten Winter in ihren Notunterkünften verbringen müssen? Immer

wieder hört man harte Worte über die italienischen Behörden. Die von der Regierung gebildete Hilfskommission unter dem Sonderbeauftragten Zamberletti – der schon seinerzeit in Friaul die Maßnahmen koordinierte – soll noch mit der Erstellung einer Gesamtübersicht über Schäden und Hilfsmöglichkeiten befaßt sein. Dagegen leisten offensichtlich die sogenannten Patenschaften, eine jede italienische Region oder größere Stadt übernahm einen betroffenen Ort in ihre spezielle Obhut, hervorragende Arbeit. Man trifft Feuerwehren mit schwerem Gerät aus Mailand, Bologna oder Reggio Emilia im Hilfseinsatz an. Hinweisschilder an Holzhäusern und Zelten weisen auf Spenden aus Canada, Malta, der Bundesrepublik oder – vorbildlich – auf die vor Jahren selbst betroffene Provinz Friaul hin. Überall anerkannt ist die Arbeit der deutschen Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst

und Johanniter-Unfall-Hilfe, auch operieren noch kleinere, private Hilfsgemeinschaften aus der Bundesrepublik in der verwüsteten Region.

In Mercogliano haben die Johanniter ihre Fertighäuser bereits zur Benutzung übergeben, in Castelgrande, einem einst malerischen Bergdorf, trifft man die Malteser an, die für die Caritas 30 Fertighäuser und einen Kindergarten errichten; deutsche Lions-Clubs haben Häuser gestiftet, die Feuerwehr der Stadt München baut Häuser in Teora, Schweizer, Holländer, Dänen und Schweden errichten Sozialstationen – überall sichtbare Zeichen der Hilfe über die Grenzen hinweg.

Mit einem besonderen Wiederaufbauhilfe-Programm – einem der größten in seiner Geschichte – hat das Deutsche Rote Kreuz den Kampf gegen die überall sichtbare Not und die unzureichenden, teils menschen-



Bis zu 80 Prozent wurden einzelne Ortschaften zerstört; Häuser, die noch stehengeblieben sind, müssen vielfach abgerissen werden, weil die Schäden nicht mehr reparabel sind.



Die Ruine der historischen Kirche von Lioni, einem Ort, der wie viele andere fast vollständig zerstört wurde.



Auch die wenigen neueren Stahlbetonbauten wurden von dem Beben so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß sie abgerissen werden müssen.



Dieses moderne Mehrfamilienhaus war zum Zeitpunkt der Katastrophe fast bezugsfertig, die Stützpfeiler des Erd- und 1. Obergeschosses knickten weg.

unwürdigen Unterkunftsbedingungen in dem Erdbebengebiet aufgenommen: 240 Fertighäuser (zwei Typen, 50 und 65 Quadratmeter groß) und acht Sozialstationen zur Betreuung von Kindern und Alten wurden geplant, weitere 100 Fertighäuser errichtet das Bayerische Rote Kreuz; ein Schulhaus und zwei große Holzbauten für ein Hospital sowie Aufbauhilfe für 15 Häuser, gespendet von den Lions, kommen zur Bilanz des BRK hinzu.

Wiederaufbauhilfe – am Anfang steht die Organisation. So mußte an den acht Orten (Montoro Superiore, Muro Lucano, Teora, St. Angelo dei Lombardi, Torella dei Lombardi, Senerchia, Caposele und Laviano) zunächst geeignetes Gelände gefunden werden, das den jeweiligen Kommunen gehört bzw. durch Enteignung in den Besitz kam; die Gemeindeverwaltungen hatten dafür zu sorgen, daß die Fundamente nach Plan gegossen wurden, die Erschlie-

Bung übernommen wird. Ferner stellte das DRK für die Vergabe der Fertighäuser, die im Besitz der Gemeinden bleiben sollen, folgende Bedingungen:

Die Familien sollen längere Zeit bereits in der Gemeinde ansässig gewesen sein und unbedingt zum Kreis der Geschädigten gehören, sie dürfen keine weitere Wohnung haben, sie müssen als bedürftig eingestuft sein, eine bestimmte Personenzahl muß erreicht werden. Das DRK behält sich die Nachprüfung vor – in Süditalien ist vielleicht manches anders. Andererseits wird hier Nachbarschaftshilfe noch großgeschrieben, so etwa bei jener Familie in Lioni, die in ihrem für sechs Personen geplanten Fertighaus – vom BRK gebaut – mittlerweile vierzehn Köpfe beherbergt.

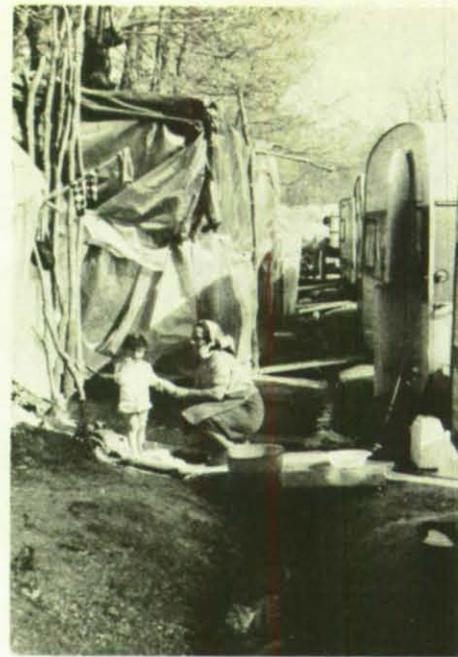
Die größte Baustelle des DRK befindet sich in Muro Lucano, nicht weit entfernt von der Provinzhauptstadt Potenza. Hier entstehen zur Zeit 60 Fertighäuser, ein Sozialzen-

trum, ein Kindergarten und eine Schule. Auf der Baustelle, auf einer Anhöhe über dem alten Ort gelegen, arbeiten 19 DRK-Helfer aus den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie ein Richtmeister der Herstellerfirma der Fertighäuser, Bautruppführer Widemann aus Munster, nunmehr die vierte Woche im Einsatz (die Teams wechseln jeweils nach vier Wochen, es ist die dritte Einsatzgruppe bereits), berichtet von der guten Aufnahme bei der Bevölkerung; tagtäglich kommen Bürger der erstmals 7500 Einwohner zählenden Stadt hoch ins Camp der Deutschen, um sich „ihre“ Häuser anzusehen, den Baufortschritt zu bestaunen oder um einfach eine Flasche Vino Rosso als Dank abzugeben.

Widemann – es ist übrigens sein siebter Auslandseinsatz, er war bereits in der Türkei, in Peru und in Nicaragua dabei – schildert die Menschen dieser armen Region,



Bis zu 80000 Wohnwagen – so schätzt man – wurden aus ganz Italien in das Erdbebengebiet gebracht, um einen Teil der 300000 Obdachlosen unterzubringen.



Oben: Das Leben in der Campania geht weiter – wenn auch oft unter schwierigsten Bedingungen.



Links: Aus primitivsten Mitteln errichteten sich die Obdachlosen Notunterkünfte, bereits einen Winter mußten sie bei bitterer Kälte ausharren.

die fast ausschließlich von der Landwirtschaft leben, und das Elend, das er hier gesehen hat; er ist glücklich darüber, daß er diesen Menschen helfen kann. Nicht anders äußern sich seine Männer, alles handfeste, meist schon im Auslandseinsatz erfahrene Kerle, und es klingt schon etwas seltsam, wenn hier, 800 Meter hoch unter der Sonne Süditaliens, ab und zu ein deftiges Handwerkerwort in deutscher Sprache erklingt – was natürlich gar nicht so gemeint ist. Von morgens sieben bis abends sechs Uhr wird kräftig zugepackt, man ist trotz schwerer körperlicher Arbeit bester Dinge. Und wenn am Vorabend der Heimreise der Bürgermeister noch drei Lämmer für den schnell selbstgebauten Spieß überreicht, sind die Strapazen – tagsüber 28 Grad, nachts gegen Null – schnell wieder vergessen. Tag für Tag wuchs Haus um Haus auf den schmalen Betonfundamenten, genau nach Plan folg-

ten Elektriker, Fußbodenverleger und die anderen Handwerker. Der neugeschaffene, kleine Ort ist fast bezugsfertig.

Dr. Franz, Einsatzleiter des DRK in Italien, sucht den Bürgermeister von Muro Lucano auf. Überall das gleiche Problem: Man will die Italiener veranlassen, schnellstmöglich die erforderlichen Wasser-, Abwasser- und Elektroleitungen zu verlegen, damit die Häuser kurzfristig genutzt werden können. Der Bürgermeister schildert seine Schwierigkeiten, das Infrastrukturprogramm für die Siedlung soll 1,1 Millionen Mark kosten. Es geht um die Genehmigung und Bereitstellung von Krediten, aus eigener Kraft ist die Kommune zu dieser Finanzierung nicht in der Lage. Das Gemeindeoberhaupt dieses über tausendjährigen Ortes äußert sich begeistert von der deutschen Siedlung, wenn dann erst einmal die Grünanlagen um die Häuser herum angelegt sind . . .

Überhaupt sind die Betroffenen von der sichtbaren deutschen Hilfe überaus beeindruckt. Die italienische Regierung hat zwar 30000 Häuser zugesagt, gebaut ist aber wohl noch keines. Verständlich bleibt dies angesichts des Plans, die Orte möglichst wieder so aufzubauen, daß ihr historisches und landschaftstypisches Gesicht erhalten bzw. wiederhergestellt wird. Doch befürchten die Obdachlosen, daß dieses Programm, sicherlich nicht in Jahresfrist zu erfüllen, ihnen noch manchen kalten Gebirgswinter in Notunterkünften bescheren könnte.

### 900 Todesopfer in St. Angelo dei Lombardi

Ein weiteres DRK-Camp, St. Angelo dei Lombardi, hoch am Berge gelegen. Vierzig Fertighäuser und ein Sozialzentrum sind für die leidgeprüfte Bevölkerung im Bau.



Sichtbare deutsche Hilfe: An vielen Orten entstehen kleine Siedlungen aus Fertighäusern, wie hier in Castelgrande. Helfer des MHD bauen für die Caritas 30 solcher Häuser und einen Kindergarten.



Der Landschaft angepaßt, einfach, aber zweckmäßig ausgestattet – und erdbebensicher – sind die in der Bundesrepublik gefertigten und komplett angelieferten Häuser.



Oben: Um die zerstörte Kirche von Castelgrande herum gruppieren sich die aus deutschen Spendenmitteln errichteten Häuser, die bald bezugsfertig sind und den noch in Wohnwagen lebenden Menschen endlich ein Dach über dem Kopf bieten werden.



Links: Helfer aus Österreich bauten für die Caritas diesen Kindergarten in einen Olivenhain nahe dem Ortszentrum von Valva.

Das Erdbeben hat allein in diesem kleinen Ort 900 Todesopfer gefordert, 120 Menschen verloren beim Einsturz eines Traktes des örtlichen Krankenhauses ihr Leben, 130 in einer Gastwirtschaft – es wurde gerade ein Fußballspiel im Fernsehen übertragen. Der Bürgermeister und fast alle Gemeinderatsmitglieder wurden Opfer der Katastrophe. Ein mehrstöckiges Stahlbetongebäude hat beim Einsturz ganze Familien unter sich begraben, ein alter Mann schildert mit ausdruckslosem Gesicht, wie er seine Familie verloren hat.

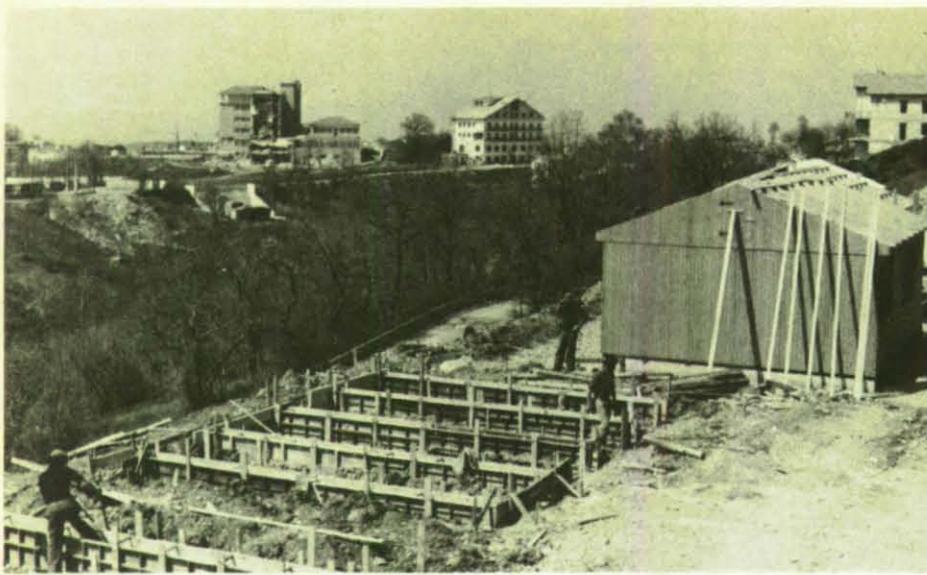
Die Schrecken sind noch allgegenwärtig, auch wenn das Leben und Treiben auf dem Markt bei dem Beobachter leicht die Meinung aufkommen lassen könnte, das Leben normalisiere sich. Die Marktbesucherinnen tragen fast ausnahmslos die in dieser Region Italiens für ein ganzes Jahr

vorgeschriebene Trauerbekleidung, selbst die Kinder sind hier nicht so fröhlich wie allgemein sonst in Italien. St. Angelo dei Lombardi – der Fremde wird diesen Ort nicht vergessen können.

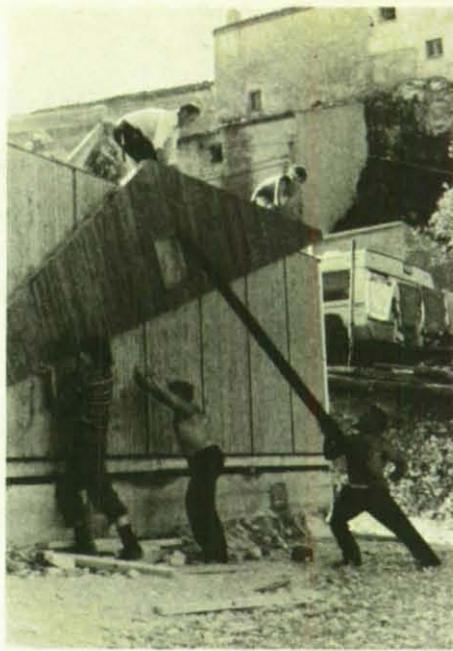
Ganz in der Nähe liegt Torella dei Lombardi, eine alte, historische Siedlung mit einem bekannten Langobarden-Schloß, vor einiger Zeit restauriert und später Sitz der Kommunalverwaltung. Dieses einstmals sehenswerte Schloß liegt in Trümmern, halb verschüttet, die steinernen Wappen der stolzen Familien, die vor Hunderten von Jahren hier ihren Sitz hatten. Auf dem Hof des Schlosses blättert der Wind in den Gemeindeakten, die niemand mehr benötigt, nur noch eine Familie hartt – gegen den Rat der Behörden – in ihrem Hause aus, weil sie immer hier gelebt hat und nicht ausquartiert werden möchte. Das DRK er-

richtet für die in Notunterkünften hausenden Kinder ein Schulgebäude.

In Castelgrande, noch höher und einsamer gelegen in den Bergen, errichten die Malteser im Auftrag der Caritas 30 Fertighäuser und einen Kindergarten. Ihre Baustelle liegt direkt neben der eingestürzten Dorfkirche, am benachbarten Brunnen waschen die Frauen des Dorfes unter eiskaltem, fließendem Wasser ihre Wäsche. Der Ort, auf einer Bergkuppe erbaut, war mehrere Wochen völlig evakuiert. Jetzt prüfen zwei Bautechniker die vorhandenen Gebäude und kennzeichnen sie mit einer roten Farbsprühdose; „Si“ für bewohnbare Häuser, „No“ für jene, die abgerissen werden müssen. Die meisten Aufschriften lauten „No“. Eine alte Frau schaut auf die Baustelle der deutschen Malteser hinab – ob man in den schmucken Fertighäusern jemals wieder so glücklich sein wird wie früher?



Sowie die Fundamente fertig sind, erfolgt sofort der Aufbau der Häuser. Von dieser Baustelle des DRK in St. Angelo dei Lombardi ist im Hintergrund links das örtliche Krankenhaus zu sehen, dort fanden beim Einsturz eines ganzen Bautraktes 120 Menschen den Tod.



Oben: Ein Auslandseinsatz ist alles andere als ein reines Vergnügen – schwere Arbeit von morgens bis abends erfordert handfeste Köpfer.



Links: Komplett bis auf den letzten Nagel werden die Fertighäuser geliefert und an Ort und Stelle von den deutschen Helfern zusammengebaut.

## Übergabe am 20. Mai 1981

In Montoro Superiore, auf halbem Wege zwischen Salerno und Avellino, ist die Baumaßnahme des DRK – 30 Fertighäuser und eine Sozialstation – fast abgeschlossen; der Bürgermeister berichtet, daß die Übergabe der Siedlung für den 20. Mai 1981 vorgesehen ist. Der Bürgermeister meint, er könne nicht die richtigen Worte finden für die Dankbarkeit der Bevölkerung gegenüber den Deutschen, ja es sei Bewunderung und Begeisterung. Der italienische Staat habe allenfalls „konfuse Ideen“ für den Wiederaufbau, zwar seien Gesetzentwürfe vorhanden, aber nicht verabschiedet.

Dieser Bürgermeister ist Politiker, er war früher sogar Präsident der Provinz Avellino, er weiß, wovon er spricht. Die 6000 Bürger

seiner Gemeinde brauchen Wohnraum, 25 Prozent der Wohnhäuser wurden zerstört, weitere 50 Prozent sind unbewohnbar, weil einsturzgefährdet. Trotz Abwanderung, Unterbringung bei Verwandten und Bekannten, machen ihm die 2000 Obdachlosen größte Sorgen.

Neben der nunmehr bezugsfertigen Siedlung des DRK hat die Caritas aus Österreich 40 Wohncontainer beschafft, die kirchliche Hilfseinrichtung plant ferner 50 Fertighäuser. Und der italienische Staat selbst? Der Bürgermeister: „Unser Staatsapparat ist auf solche Naturkatastrophen nicht vorbereitet.“ Er bemängelt, daß es in Italien keinen Zivilschutz gibt, noch nicht einmal Vorschriften für das Bauen in erdbebengefährdeten Gebieten. Er möchte die Beziehungen zur Bundesrepublik nach Abschluß der Hilfsmaßnahmen nicht abreißen

lassen, er wünscht sich Hilfe bei der strukturellen Verbesserung seiner Gemeinde, etwa durch Ansiedlung von Betrieben oder durch touristische Erschließung.

## Einfache, aber dauerhafte Häuser

Wie wird es weitergehen in der Campania? Man gewinnt den Eindruck, daß die italienische Regierung aus den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit – etwa von Sizilien, wo nach Erdbeben noch heute Menschen in jahrzehntealten Behelfsunterkünften wohnen – die Konsequenzen gezogen hat und eine generelle Regelung der Wohnprobleme im Katastrophengebiet anstrebt. Die Hilfsmaßnahmen von DRK, JUH und MHD passen sich in diese Planungen



Die neuen Siedlungen ermöglichen den künftigen Bewohnern einen Aufenthalt auf Jahre hinaus, und nicht nur eine provisorische Bleibe wie oftmals im Rahmen der Katastrophen-Ersthilfe.



Oben: Aus der einfachen und nicht isolierten Wellblech-Garage (im Hintergrund) konnte eine italienische Familie in Montoro Superiore bereits in das Fertighaus umziehen. – Unten: Sehr dankbar äußerte sich der Bürgermeister von Montoro (Bildmitte, mit seinem Gemeindetechniker) gegenüber dem Einsatzleiter des DRK in Italien, Dr. Franz (rechts), – am 20. Mai wird die Siedlung der Gemeinde offiziell übergeben.



Mittagspause im DRK-Camp St. Angelo dei Lombardi.



nahtlos ein, zumal die Fertighäuser auf ihren Betonfundamenten erdbebensicher sind. Hier vielleicht ein Wort der Klärung:

Es handelt sich natürlich nicht um Fertighäuser in dem Sinne, wie in der Bundesrepublik Fertighäuser als Wohngebäude verstanden werden. Es sind vielmehr relativ große, einfach ausgestattete, aber dauerhafte Gebäude, die von mehreren deutschen Herstellern für den Preis von 20000 bis 30000 DM angeboten werden. Das DRK möchte, so lautet ein Vorschlag der Einsatzleitung vor Ort, den Bau dieser Häuser noch vereinfachen, etwa dadurch, daß die Fundamente – derzeit als Betonstreifen am Ort gegossen – durch ausgießbare Hohlblocksteine ersetzt werden. Durch eine Standardisierung der Fertighaustypen könnte darüber hinaus ein Einsatz solcher

Häuser in allen eventuellen Katastrophengebieten der Erde ermöglicht werden.

Doch noch gibt es viel zu tun in den süditalienischen Provinzen Avellino, Benevento und Potenza. Es liegt nahe, weitere Hilfe von deutscher Seite zu leisten, auch nach Abschluß der jetzigen Wiederaufbaumaßnahmen. Vor Ort wird bereits geprüft, ob und wem Hilfe zugebracht werden muß.

Eine Bevölkerungsgruppe erscheint dem Deutschen Roten Kreuz besonders bedürftig: die Alten und die alleinstehenden älteren Personen. Sie werden kaum Ansprüche erheben können auf ein eigenes, vielleicht allein bewohntes Haus. Altenwohnungen sind daher der oftmals von kommunaler Seite geäußerte Wunsch an das DRK. Der stv. Generalsekretär des DRK in Bonn, Lüttgen, meinte daher auf die Frage nach weiteren Projekten des DRK:

„Altenwohnungen entsprechen durchaus dem Stil unserer Aktion. Meiner Meinung nach wird ein derartiger Vorschlag im DRK Zustimmung finden.“ Lüttgen wies darauf hin, daß ähnliche Projekte bereits in Friaul verwirklicht worden sind, damals hat das österreichische Rote Kreuz solche Wohnungen gebaut, und das DRK sie eingerichtet.

Die Helfer im Einsatzgebiet, die die Not aus eigener Anschauung kennen, unterstützen jeden Plan zur weiteren Hilfe für die betroffenen Menschen. Bautruppführer Widemann in Muro Lucano meinte denn auch zum humanitären Engagement der DRK-Helfer: „Ein Auslandseinsatz ist das höchste Ziel eines Rot-Kreuz-Helfers, das er erreichen kann.“

Humanitäre Hilfe macht eben an keiner Grenze halt.

## Interview mit dem stellv. Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Roderich Lüttgen, über das Hilfsprogramm für Süditalien

**Zivilschutz-Magazin:** Das DRK hat mit seinem Italien-Programm eine der größten Hilfsaktionen in seiner Geschichte gestartet. Dieses Programm geht weit über die Katastrophen-Soforthilfe hinaus. Welche Überlegungen und Planungen liegen diesem Italien-Einsatz zugrunde?

**Lüttgen:** Für die Beschaffung von Wohnraum sind in erster Linie die italienischen Behörden zuständig, die sich nach unserer Kenntnis auch darum kümmern. Dennoch ist es erforderlich, daß wir im Zusammenhang mit einer Soforthilfe sogleich Überlegungen anstellen, ob neben der Soforthilfe auch eine Übergangshilfe notwendig wird. Wir wissen aus Erfahrung – ich nenne hier das Stichwort Friaul –, daß es in Italien Personengruppen gibt, die bei den staatlichen Planungen und bei dem Einsatz von Geldmitteln eine entscheidend geringere Chance haben, bald zu einem angemessenen Wohnraum zu kommen: Menschen, die völlig abhängig in Mietwohnungen gewohnt haben oder über kein Eigentum verfügen, kinderreiche Familien, alte Leute usw. Für diesen Personenkreis ist unser Programm gedacht.

**Zivilschutz-Magazin:** Sie bauen in Italien eine Großzahl von Fertighäusern, die nicht mehr den Charakter des Provisoriums – wie etwa seinerzeit die Schaumstoff-Iglus in der Türkei oder Nicaragua – haben, sondern vielmehr den Erdbebengeschädigten einen Aufenthalt auf Jahre hinaus ermöglichen. Bedeutet dies die Abkehr von Hilfsprogrammen einfacher Art und einen Schritt in Richtung langfristiger und umfassender Hilfe?

**Lüttgen:** Unser Programm für Italien bedeutet keine Abkehr von den grundsätzlichen Überlegungen für die Unterbringung von Katastrophenopfern; wir unterscheiden nach wie vor eine kurzfristige, mittelfristige und endgültige Unterbringung der betroffenen Menschen. Es ist jedoch offenkundig, daß für die kurzfristige Unterbringung bestimmte äußere Voraussetzungen gegeben sein müssen (Jahreszeit, Klima). Die kurzfristige Unterbringung hat speziellen Charakter und Form: Es wird immer wieder das Zelt sein. Kurz- und mittelfristig ist auch der erwähnte Iglu einsetzbar, wenn ich davon ausgehe, daß eine kurzfristige Unterbringung einige Monate, eine mittelfristige Unterbringung einige Jahre – bis zu fünf Jahren – zeitlich umfassen kann. Bei der Entscheidung für die eine oder andere Art der Unterbringung müssen wir neben dem Klima, den Niederschlägen usw. auch

die Frage berücksichtigen, ob und wann neue Wohnungen wieder aufgebaut werden können. Im Falle Italien erwarten wir, daß im Laufe des Jahres bestimmte Programme zur Wiederherstellung von Wohnraum anlaufen, so daß wir die kurz- und mittelfristige Phase überspringen könnten. Deshalb ist von uns ein bestimmter Standard an Wohnraum vorgesehen, dieser Wohnraum ist auf viele Jahre hinaus nutzbar. Zugleich achten wir darauf, daß keine „Slum-Situation“ entsteht, sondern vielmehr eine menschenwürdige Unterkunft gesichert ist.

**Zivilschutz-Magazin:** In einem Katastrophengebiet von der räumlichen Größe etwa des Bundeslandes Schleswig-Holstein bedeutet ein solches Bauprogramm – auf mehrere Orte verteilt – auch ein großes logistisches Problem. Es wurde mehrfach die Frage gestellt, warum man nicht auf Ressourcen – also Baustoffe und sonstiges Material des Landes – für ein solches Vor-

haben zurückgreift, statt jede Latte und jeden Nagel aus der Bundesrepublik heranzuschaffen.

**Lüttgen:** Wir haben uns mit unserer Planung in die allgemeinen Wiederaufbaumaßnahmen einzuordnen. Wie schon erwähnt, ist die Wiederherstellung von Wohnraum generell Sache der italienischen Behörden. Wir versuchen, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln bestimmten, besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu helfen. Ferner geht es darum, diesem Personenkreis möglichst bald zu helfen; hier könnte mit konventionellen Baumethoden nicht so schnell Wohnraum geschaffen werden. Die einheimische Bauindustrie in solchen Regionen ist naturgemäß ohnehin überlastet; den Menschen in Süditalien ist jedenfalls kein weiterer Winter ohne Dach über dem Kopf zuzumuten. Deshalb halten wir das Überbringen von Holzhäusern für absolut gerechtfertigt.

### STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Lehrkraft an der BVS-Schule Voldagsen**  
in Coppenbrügge (Niedersachsen)  
(Verg.-Gr. IVb BAT) – demnächst –
2. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Saarlouis**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
3. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Starnberg**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Mai 1981** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz**  
– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung (auf dem Dienstweg).

Wechsel im Amt des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes:

## Hinrich Struve wird Nachfolger von Albert Bürger

Bürger scheidet nach fast 30 Jahren Amtszeit aus –  
Delegiertenversammlung des DFV in Bonn mit wichtigen Vorstandswahlen

„Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, daß Sie nach diesem Wahlgang nur noch kurze Zeit an der Spitze des Deutschen Feuerwehrverbandes stehen werden“, so kennzeichnete Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bundesministerium des Innern, die Bedeutung der Stunde: Bei der Delegiertenversammlung des DFV am 28. März 1981 in Bonn stellte sich Albert Bürger, der knapp dreißig Jahre lang maßgeblich die Geschichte dieser mit rund einer Million Mitglieder oftmals als „größte Bürgerinitiative der Bundesrepublik“ apostrophierten Organisation der deutschen Feuerwehren gelenkt hat, nicht mehr zur Wiederwahl. Die 120 (von insgesamt 122) Delegierten aus der ganzen Bundesrepublik waren sich bewußt, daß hier in Bonn wichtige personelle Entscheidungen getroffen werden mußten; in einer Zeit, die gewiß nicht problemloser als jene stürmische Aufbauphase ist.

Manches nachdenklich stimmende Wort war so auch in dem Resümee enthalten, das Albert Bürger aus seiner Präsidentschaft seit 1952 zog (das Zivilschutz-Magazin wird diesen Bericht in der nächsten Ausgabe abdrucken). Dennoch: Die Freiwilligen Feuerwehren wird es „auch noch in überschaubarer Zukunft“ geben, stellte Bürger mit Blick auf das Ergebnis des 25. Deutschen Feuerwehrtages 1980 in Hannover fest.

Groß war die Zahl der Gäste, die an dieser Delegiertenversammlung des DFV – der 30. unter der Präsidentschaft Bürgers – teilnahmen: die Bundestagsabgeordneten Horstmeier, Dr. Möller, Dr. Voss und von der Heydt, Bundesminister a.D. Heck, Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bundesministerium des Innern, die Abteilungsleiter in den Innenministerien von Hessen und Nordrhein-Westfalen, Ministerialdirigenten Kayser und Knop, die Ministerialräte Müller (Schleswig-Holstein), Schäfer (Baden-Württemberg), Thomas (Niedersachsen), Ltd. Ministerialrat Fuchs (Nordrhein-Westfalen), Regierungsdirektor Weck (Hessen) sowie für das Bundesamt für Zivilschutz Präsident Dr. Kolb und Vizepräsident Dipl.-Ing. Ahrens, THW-Bundessprecher Merck, die Ehrenmitglieder des DFV und als Vertreter des Oberbürgermeisters von Bonn Bürgermeister Welz.

Als Wahlleiter zur Neuwahl des Präsidenten fungierte Vizepräsident Wiedemann. Es lagen zwei Nominierungen für das Präsi-



Das bisherige – und noch amtierende – Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes (erste Reihe von links): Vizepräsident Wiedemann, Präsident Bürger, Vizepräsident Struve; (zweite Reihe von links): Vizepräsident Seidel und Vizepräsident Dr. Mingenbach.

Delegiertenversammlung des DFV am 28. März 1981: 122 Delegierte zählt das Gremium, 120 waren zu dieser bedeutsamen Tagung nach Bonn gekommen.

dentenamant vor: der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein hatte seinen Landesbrandmeister und DVF-Vizepräsidenten Struve benannt, der Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen Bezirksbrandmeister Schröder (Gummersbach). Die geheime Wahl ergab 96 Stimmen für Struve und 21 Stimmen für Schröder, ein Stimmzettel war ungültig, zwei Delegierte hatten sich der Stimme enthalten. Damit war Hinrich Struve auf die Dauer von sechs Jahren zum künftigen Präsidenten des DFV gewählt; er wird am 25. Juli 1981 im Rahmen einer Festveranstaltung in Böblingen das Amt von Albert Bürger übernehmen.

Hinrich Struve (52 Jahre) übt seit 1980 in Schleswig-Holstein die Funktion eines Landesbrandmeisters und die des Landesvorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein aus. Ferner ist Struve seit 1980 einer der Vizepräsidenten für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband. In seinem Heimatkreis Nordfriesland hat er außerdem das Amt des Kreiswehrlführers inne. Beruflich ist der künftige Feuerwehrpräsident selbständiger Unternehmer. Struve ist aber nicht nur im Feuerwehrbereich sehr engagiert, sondern auch auf kommunaler Ebene, so ist er in seiner

Heimatgemeinde seit 1978 stellvertreter der Bürgermeister und seit 1967 stellvertretender Deichgraf.

Zu gleichberechtigten Vizepräsidenten wählte die Delegiertenversammlung Kreisbrandmeister Rolf Englerth (Baden-Württemberg) für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren, LtD. Branddirektor Rolf-Dieter Bräuning (Hannover) für den Bereich der Berufsfeuerwehren und Brandoberingenieur Dr. Hans Mingenbach (Marl) für den Bereich der Werkfeuerwehren. Weiterer Vizepräsident für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren ist der bayerische Kreisbrandrat Karl Wiedemann (Augsburg), dessen Wahlzeit noch bis 1984 läuft. Die Wahlzeit aller neugewählten Präsidiumsmitglieder beträgt sechs Jahre.

In den Grußworten der Gäste zu dieser Delegiertenversammlung wurde deutlich, welch überragende Persönlichkeit Albert Bürger in den vergangenen dreißig Jahren deutscher Brandschutzgeschichte war und ist. Staatssekretär Dr. Fröhlich, der die Grüße des Bundesinnenministers überbrachte, charakterisierte Bürger als einen „Mann des offenen Wortes“ und unterstrich das enge Verhältnis zwischen dem DFV und dem Innenministerium vor allem in Sachen „Zivilschutz“. Dr. Fröhlich verschwiegte nicht, daß es Probleme gibt: „Die Mittel für den Zivilschutz reichen jetzt und in Zukunft nicht aus, um alle Wünsche zu erfüllen.“ Der Bonner Staatssekretär hoffte auch weiterhin auf ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen seiner Behörde und dem Deutschen Feuerwehrverband.

Ministerialdirigent Kayser, Hessisches Ministerium des Innern, zugleich Vorsitzender des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz, stellte fest: „Es war eine schöne und fruchtbare Zeit mit Ihnen, Herr Bürger!“ Die Zusammenarbeit mit dem DVF nannte Kayser überaus harmonisch; er wünschte dem Nachfolger im Amt des DFV-Präsidenten eine ähnliche glückliche Hand. „Die Innenminister der Länder wollen die Arbeit der Feuerwehren nach Kräften unterstützen“, versicherte Kayser abschließend.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz und Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Ministerialdirigent Knop, nannte die Feuerwehr die „größte und liebenswerteste Bürgerinitiative in der Bundesrepublik“, deren Leistung von den Menschen in unserem Land anerkannt wird. DFV-Präsidenten Bürger würdigte der Ministerialdirigent aus Düsseldorf mit den Worten: „Sie haben eine Generation Feuerwehr-Geschichte geschrieben!“

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Möller (CDU) überbrachte den DFV-Delegierten die Grüße des Parteivorsitzenden Helmut Kohl und den Dank für die Einsatzbereit-



Stimmenauszählung bei der Wahl des neuen Präsidenten des DFV. Wahlleiter Vizepräsident Wiedemann schaut den Ehrenmitgliedern Willi Rittinghaus und Paul Augustin aufmerksam zu.

Erster Gratulant des neugewählten künftigen DFV-Präsidenten Hinrich Struve war der noch bis zum 25. Juli 1981 amtierende Präsident Albert Bürger.

Die Grüße von Bundesinnenminister Baum überbrachte Staatssekretär Dr. Fröhlich. Der Staatssekretär stellte das enge Verhältnis zwischen Ministerium und DFV in den Belangen des Zivilschutzes heraus.



Das am 28. März 1981 neugewählte Präsidium des DFV (erste Reihe von links): Vizepräsident Wiedemann, Präsident Struve, Kreisbrandmeister Englerth; (zweite Reihe von links): LtD. Branddirektor Bräuning und Vizepräsident Dr. Mingenbach.

schaft und das Engagement der Feuerwehren. Zum Präsidenten gewandt, meinte Möller, er habe den Abgeordneten des Deutschen Bundestages „manchmal Feuer gemacht“ – etwa in Sachen „Feuerschutzsteuer“.

Die Unterstützung der CDU/CSU im Bundestag sagte den Repräsentanten des DFV der Bundestagsabgeordnete Dr. Voss (CSU) zu, der zugleich Grüße des Vorsitzenden Franz Josef Strauß aussprach. Voss ging auch auf die gesellschaftliche Funktion der Feuerwehr ein und vertrat die Ansicht – in bezug auf die derzeitigen Ereignisse in Berlin, München, Nürnberg usw. – daß „die fehlgeleiteten Jugendlichen in den Reihen der Feuerwehren besser aufgehoben“ wären.

Die in Bonn durchgeführte Delegiertenver-



sammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes wird in Feuerwehrkreisen des In- und Auslandes als die bedeutendste Delegiertenversammlung des Verbandes seit der Verbandsneugründung im Jahre 1952 betrachtet, weil es nach 29 Jahren erstmals zu einem Wechsel im Präsidentenamt kommt. Der Deutsche Feuerwehrverband ist die Vertretung von über einer Million Aktiven in den Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werkfeuerwehren und Jugendfeuerwehren der Bundesrepublik Deutschland; er ist als deren Fachverband national und international tätig. Der noch amtierende Präsident Albert Bürger (68 Jahre) hat den Verband der Feuerwehren, der 1853 in Plochingen (Baden-Württemberg) gegründet wurde, nach dem Kriegsende zu seiner nationalen und internationalen Bedeutung geführt.

Uwe Woltemath

Hochwasser bedrohte Bremen

## Rund um die Uhr im Einsatz

THW-Helfer kämpften eine Woche lang gegen die Wassermassen



Ein neues Bett suchte sich die Weser in Bremen: Unter Umgehung eines Stauwehrs und einer Schleuse (links) bahnte sich der Fluß einen Weg durch ein Kleingartengebiet (rechts).

Nur knapp entging Bremen im März einer Hochwasserkatastrophe: Mit zuvor kaum geahnter Heftigkeit drängte eine Flutwelle wesenabwärts. Zwei Deichbrüche oberhalb und unterhalb des Weserwehrs waren die Folge. Viele Kleingärten auf dem Parzellengebiet „Hastedter Bulten“ wurden von den Fluten fortgespült. Mit gewaltiger Kraft drückte das tobende Wasser auch gegen die Uferbefestigungen auf der rechten Weserseite. Bis zu sieben Meter tiefe Einbrüche bildeten sich neben den Pfeilern der Werderbrücke, die mehrmals gesperrt werden mußte. In der Pauliner Marsch, auf dem rechten Weserufer, wurden vorsichtshalber die Bewohner des Parzellegebietes evakuiert.

Über eine Woche lang waren die Helfer des THW Bremen im Einsatz. Am frühen Mon-

tagmorgen, dem 16. März, um 1.45 Uhr, wurde der Ortsbeauftragte des THW-OV Neustadt, Sedlatschek, alarmiert. THW-Führungskräfte und Fachleute des Wasserwirtschaftsamtes erörterten noch in der Nacht die Möglichkeit, ein neues Bett für die Weser zu sprengen. Damit sollte der Habenhauser Deich entlastet werden, der dem starken Druck des Hochwassers besonders ausgesetzt war. Dieses Vorhaben erwies sich allerdings wegen der riesigen Wassermassen, die von der Oberweser kamen, als undurchführbar. Im Laufe des Tages wurden schließlich Bagger eingesetzt, die diese Aufgabe übernahmen.

Die THW-Helfer begannen in den Morgenstunden damit, Steine in die Einbrüche am Habenhauser Deich zu kippen. Bis weit nach Mitternacht waren sieben THW-

Laster im Einsatz, um eine Buhne vom Habenhauser Deich zur Brücke am Einlauf zum Werdersee zu bauen. Der Verbindungsweg war von den Fluten fortgerissen worden und mußte wiederhergestellt werden, um die Wassermassen abzuleiten. Am Dienstag, gegen 1 Uhr früh, wurde der Einsatz erfolgreich abgeschlossen.

Am Montagnachmittag gegen 17 Uhr wurden weitere Einheiten der THW-OV Neustadt und Huchting alarmiert. Sie unterstützten die bereits im Einsatz befindlichen Kräfte bei ihren Bemühungen, neben dem Werdersee-Hotel einen Ersatzdeich zu bauen. In diesem Bereich drohte der Habenhauser Deich dem Ansturm der Flutwelle nicht mehr standzuhalten.

Im Laufe der Woche wurden Einheiten aus allen THW-Ortsverbänden Bremens im

Schadensgebiet eingesetzt. Sie halfen mit, Parzellen zu räumen und wertvolles Inventar abzutransportieren, den Oberweser-Segelverein bei der Sicherung seines Geländes zu unterstützen und die Kleingartenbesitzer, die noch etwas zu retten versuchten, mit Essen aus den Feldküchen zu versorgen. Mit seinen sieben Kipper-Lastwagen schaffte das THW außerdem pausenlos Steinmaterial zur Sicherung der Werderseebrücke und der Deiche heran.

In den Nächten sorgten die THW-Helfer für die erforderliche Beleuchtung an wichtigen Punkten im Überschwemmungsgebiet. Bereits in der Nacht vom 16. auf den 17. März hatten sie den Habenhauser Deich ausgeleuchtet. Geleitet wurde der THW-Einsatz von der Technischen Einsatzleitung (TEL), die sich mit ihrem Kommandofahrzeug direkt auf der Werderseebrücke befand. Von hier aus hielt man Funkverbindung zur Polizei und Telefonverbindungen zu den Ortsverbänden.

Am 22. März besuchte THW-Direktor Hermann Ahrens das Überschwemmungsgebiet. Er informierte sich zusammen mit Bremens Innensenator Helmut Fröhlich und THW-Landesbeauftragtem Dirk Göbel vor Ort.

Zeitweise waren weit über 400 Helfer der Feuerwehr, Bereitschaftspolizei sowie des THW im Kampf gegen die Flut. Auch die Bundeswehr unterstützte die Hilfsmaßnahmen. Am Abend des 22. März war der Einsatz des Bremer THW beendet. Zwar wälzten sich auch während der folgenden Tage noch große Wassermassen westerwärts zur Nordsee, doch hatte sich die Lage erheblich entspannt.

Unvernunft bewiesen immer wieder Schaulustige, die zu Tausenden in Richtung Weser eilten, um den Kampf der Hilfskräfte gegen die Naturgewalten aus der Nähe zu verfolgen. Aufrufe der Polizei über den Rundfunk, das Gebiet doch zu meiden, fruchteten nicht, so daß Sicherungsarbeiten oft behindert wurden. Achtlos abgestellte Fahrzeuge versperrten überdies die An- und Abfahrtswege zum Überschwemmungsgebiet und behinderten die Einsatzfahrzeuge.

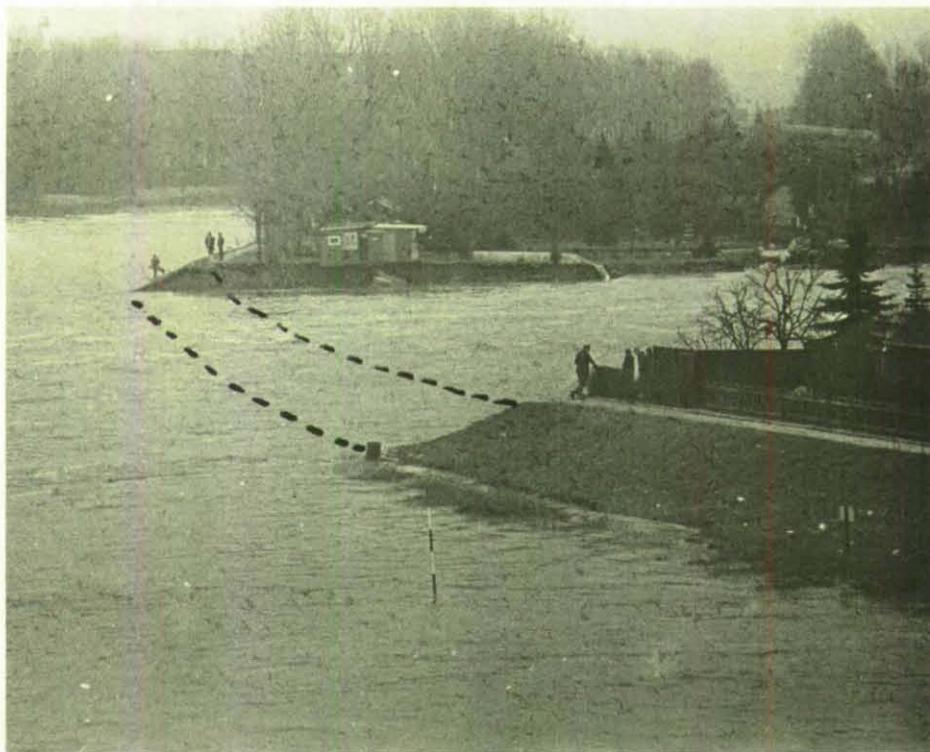
In der Hansestadt ist man jetzt damit beschäftigt, die Bruchstellen im Habenhauser Sommerdeich zu schließen und den Wasserabfluß durch den Hastedter Bulten zu stoppen. Eine Spezialfirma wurde außerdem beauftragt, zum Schutz der Pfeiler der Werderbrücke auf dem linken Weserufer eine 300 Meter lange Spundwand in den Boden zu treiben.

Vom THW Bremen waren während der kritischen Woche an jedem Tag rund 100 Helfer im Einsatz. So arbeiteten in der Nacht von Montag auf Dienstag insgesamt

160 THW-Helfer aus den Ortsverbänden Huchting und Neustadt im Schadensgebiet. Am darauffolgenden Freitag waren über 80 THW-Helfer aus den Ortsverbänden Schwachhausen und Bremen-West zur Deichsicherung eingesetzt. Sie wurden am Sonnabend von THW-Helfern aus den Ortsverbänden Hastedt und Vegesack abgelöst. Am Sonntag kämpften schließlich 120 THW-Helfer aus den Ortsverbänden

Osterholz und Huchting gegen das Hochwasser.

Nach ersten Berechnungen der THW-Geschäftsführerbereiche Neustadt und West leistete das Bremer THW über 7000 Einsatzstunden. Bremens Innensenator Helmut Fröhlich: „Das THW hat seine Einsatzbereitschaft und seine Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“



Der Weser-Durchbruch im Parzellegebiet Hastedter Bulten. Im Laufe der folgenden Woche erreichte er eine Länge von mehr als hundert Meter.



Einen Überblick vom Ausmaß des Schadens verschafften sich Bremens Innensenator Helmut Fröhlich (links), THW-Direktor Hermann Ahrens (2. v. r.) und THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel (Mitte).

Jürgen Lampe

Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5):

## Die kleinste Brandschutzeinheit ist schnell einsatzbereit und sehr beweglich

Der Brandschutztrupp im behördlichen Selbstschutz –  
Bei Entstehungs- und Kleinbränden von großem Einsatzwert

Die Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden nach § 17 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes verdeutlichen, daß der Selbstschutz in Behörden und vergleichbaren Verwaltungen ein Teil des Selbstschutzes in Arbeitsstätten ist. Sie gelten nicht für Wohnstätten der Bevölkerung, es sei denn, in Behördengebäuden befinden sich Wohnungen.

Je nach Größe der Behörden sollen unterschiedlich starke Einheiten der verschiedenen Fachdienste aufgestellt und in Übung gehalten werden. Für Behörden mit 50 bis 100 Bediensteten (einschließlich des üblicherweise anwesenden Publikums) sind mindestens je ein Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätstrupp vorzusehen.

Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) besteht aus drei Helfern:

Truppführer  
Helfer 1 (Maschinist)  
Helfer 2

Die Ausrüstung besteht aus der **persönlichen Ausstattung:**

1 Arbeitsanzug  
1 Mütze  
1 Feldjacke  
1 Schutzhelm  
1 Paar Schnürschuhe oder Stiefel  
1 Paar Arbeitsfingerhandschuhe  
1 Leibgurt  
1 Feldflasche  
1 ABC-Schutzmaske  
1 Schutzbrille  
1 Verbandpäckchen mittel  
1 Verbandpäckchen groß  
1 Kopf-Handleuchte

für den Truppführer zusätzlich

1 Meldekartentasche

und der **Fachdienstausrüstung**

1 Tragkraftspritze TS 0,5/5  
mit Schutzhaube  
1 Werkzeugtasche mit 1 Satz Werkzeug  
1 Saugschlauch zur TS 0,5/5  
mit eingebundenem Saugkorb  
1 Draht-Schutzkorb  
1 Kupplungsschlüssel B-C  
1 Einheitskanister 10 Liter  
1 Einfülltrichter  
1 Einreißhaken  
5 Druckschläuche D 15  
mit Rollschlauchriemen

2 Mehrzweck-Strahlrohre DM  
1 Verbandkasten  
1 Verteiler D-DD

außerdem:

1 Pionierschaufel  
1 Holzaxt mit Axtschutztasche  
und Seilschlauchhalter  
1 Handleuchte  
1 Brechstange  
1 Fangleine mit Tragebeutel  
und Seilschlauchhalter

Diese Fachdienstausrüstung ist ausreichend für die Wasserentnahme aus offenen Gewässern. In durchgehend bebautem Gelände, in dem Behörden der genannten Größenordnung normalerweise ansässig sind, ist aber mit dem Vorhandensein offener Gewässer (Bach, Fluß, Kanal, See, Teich) nicht oder nur in Ausnahmefällen zu rechnen. Günstigstenfalls wird noch hier und da eine Zisterne zu finden sein.

Daher muß die Ausrüstung für die Wasserförderung erweitert werden um:

1 Standrohr einfach C  
1 Schlüssel für Unterflurhydrant  
1 Druckschlauch C 15  
für die Wasserentnahme aus Unterflurhydranten

sowie

1 Schlüssel für Überflurhydrant  
1 Übergangsstück B-C  
1 Übergangsstück C-D  
für die Wasserentnahme aus Überflurhydranten.

Nützlich dürfte das Vorhalten eines Beutels mit Schlauchflickmaterial, eines Beutels mit Werkzeug und Ersatzteilen für die TS 0,5/5 und einer Dose mit Dichtringen und Graphitstift sowie eines Löschwasserbehälters mit mindestens 800 Liter Inhalt sein, der an einer Stelle gefüllt aufgestellt werden kann, wenn der Hydrant so weit entfernt ist, daß das Schlauchmaterial nicht ausreicht.

Das Gerät wird verpackt in einer Tragetasche, die vom Truppführer und vom Helfer 2 getragen wird. In der Tragetasche befindet sich:

1 Drahtschutzkorb  
1 Kupplungsschlüssel B-C  
5 Druckschläuche D 15  
mit Rollschlauchriemen  
1 Verteiler D-DD

2 Mehrzweck-Strahlrohre DM  
1 Standrohr einfach C  
1 Schlüssel für Unterflurhydrant  
1 Druckschlauch C 15  
1 Übergangsstück C-D  
1 Schlüssel für Überflurhydrant  
1 Übergangsstück B-C  
1 Beutel mit Schlauchflickmaterial  
1 Beutel mit Ersatzteilen für TS 0,5/5  
1 Dose mit Dichtringen und Graphitstift  
1 Fangleine mit Tragebeutel und Seilschlauchhalter  
1 Holzaxt mit Axtschutztasche und Seilschlauchhalter  
1 Brechstange

außerdem:

Der Helfer 1 (Maschinist) trägt in der Hand:  
1 TS 0,5/5  
1 Saugschlauch mit Saugkorb

Im Lager verbleiben, bis sie benötigt werden:

1 Schaufel  
1 Einreißhaken  
1 Einheitskanister 10 Liter

Für mehrgeschossige Gebäude kann es zweckmäßig sein, das Gerät in Rückentragebehältern zu verpacken.

Es hat dann der Truppführer:

4 Druckschläuche D 15  
mit Rollschlauchriemen  
2 Mehrzweck-Strahlrohre DM

außerdem:

1 Fangleine mit Tragebeutel und Seilschlauchhalter  
1 Axt mit Axtschutztasche und Seilschlauchhalter  
1 Brechstange

der Helfer 1 (Maschinist):

1 TS 0,5/5

der Helfer 2:

1 Saugschlauch mit Saugkorb  
1 Drahtschutzkorb  
1 Kupplungsschlüssel B-C  
1 Druckschlauch D 15  
mit Rollschlauchriemen  
1 Verteiler D-DD  
1 Beutel mit Schlauchflickmaterial  
1 Beutel mit Ersatzteilen für TS 0,5/5  
1 Standrohr einfach C  
1 Schlüssel für Unterflurhydrant  
1 Druckschlauch C 15  
1 Schlüssel für Überflurhydrant  
1 Übergangsstück B-C

Im Lager verbleiben, bis sie gebraucht werden:

- 1 Schaufel
- 1 Einreibhaken
- 1 Einheitskanister 10 Liter

Die **Löschleistung** des Geräts des Brandschutztrupps (TS 0,5/5) beträgt 50 Liter Wasser pro Minute bei einem Druck von 5 bar an der TS 0,5/5. Dieses Wasser kann aus den beiden Strahlrohren verspritzt werden als Vollstrahl oder als Sprühstrahl.

Die Leistung eines Strahlrohres beträgt:

mit Mundstück ca. 25 l pro Minute  
ohne Mundstück ca. 50 l pro Minute

Die Spritzweite des Vollstrahles am Strahlrohr DM beträgt:

mit Mundstück ca. 13 m  
ohne Mundstück ca. 17 m

Die Spritzhöhe des Vollstrahles am Strahlrohr DM beträgt:

mit Mundstück ca. 9 m  
ohne Mundstück ca. 12 m

Der Sprühstrahl erreicht natürlich weit geringere Spritzweiten. Er schützt aber den Strahlrohrführer weitgehend vor der Strahlungshitze des Feuers und hat die beste Löschwirkung, da die kleinen Tröpfchen schneller und vollständiger verdampfen.

Mit dieser Löschleistung können mit Aussicht auf Erfolg **Entstehungsbrände** und **Kleinbrände** jeder Größe bekämpft werden. Bei einem Mittelbrand bieten 50 l/min Wasser sehr gute Aussichten, solange haltenden Widerstand zu leisten, bis weitere Löschkräfte – auch mit größerem Gerät – herangeführt sind und das Feuer konzentriert bekämpft werden kann. Bei Großbränden oder gar Flächenbränden ist der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) natürlich nicht in der Lage, erfolgreich in das Löschgeschehen einzugreifen. Er kann aber auch hier sehr wertvolle Hilfe leisten, indem er im „Rücken“ der großen Löscheinheiten die durch Strahlungshitze oder Funkenflug entstehenden Kleinbrände ablöscht. Dabei kommt ihm seine hohe Beweglichkeit zugute; es werden die schweren Geräte des Fachdienstes Brandschutz nicht für solche Sekundäraufgaben abgezogen, sondern können konzentriert zur Bekämpfung der Großbrände eingesetzt werden.

Die **Aufgaben im Brandschutztrupp** (TS 0,5/5) sind klar verteilt:

Der Truppführer führt den Brandschutztrupp und übernimmt das erste Strahlrohr. Der Helfer 1 (Maschinist) bedient die TS 0,5/5 und sorgt für Wasser bis zur Maschine. Wenn beide Strahlrohre am Feuer sind, bedient er den Verteiler.

Der Helfer 2 verlegt die Druckleitung zwischen der TS 0,5/5 und dem Verteiler und bedient erst den Verteiler. Danach verlegt

er bei Bedarf die zweite Angriffsleitung und löscht mit dem zweiten Strahlrohr.

Bei Ende des Einsatzes wird das Gerät von allen Helfern gemeinsam zurückgenommen.

Das Kernstück der Ausrüstung des Brandschutztrupps (TS 0,5/5) ist die **Tragkraftspritze TS 0,5/5**. Sie hat einen Zweitaktmotor von 35 cm<sup>3</sup> Hubraum, der bei 6000 Umdrehungen pro Minute 1,25 kW leistet. Dieser Motor treibt eine einstufige Kreiselpumpe mit offenem Laufrad, die in der Minute 50 Liter Wasser mit einem Druck von 5 bar liefert. An der Saugseite kann die TS 0,5/5 bis 6 m Höhe ansaugen. Das Entlüften der Saugleitung erfolgt mit einer handbetätigten Kolbenpumpe.

### Bedienung der TS 0,5/5:

#### Kaltstart

Füllung im Kraftstoffbehälter prüfen  
Kraftstoffhahn öffnen  
Ölablaßhahn schließen  
Tupfer am Vergaser drücken bis Kraftstoff überläuft  
Vergaserhebel  $\frac{1}{3}$  bis  $\frac{1}{2}$  öffnen  
Luftfilter schließen  
Handgriff des Seilzugstarters bis zum Eingriff anziehen und kräftig bis zum Anschlag durchziehen  
Handgriff langsam zurückführen  
nach Anlaufen des Motors Luftfilter langsam öffnen  
Drehzahl mit Gashebel einregulieren

#### Warmstart

Füllung im Kraftstoffbehälter prüfen  
Kraftstoffhahn öffnen  
Vergaserhebel  $\frac{1}{3}$  bis  $\frac{1}{2}$  öffnen  
Handgriff des Seilzugstarters bis zum Eingriff anziehen und kräftig bis zum Anschlag durchziehen

Druck am Strahlrohr in bar	Wasserdurchfluß in l/min (Düsendurchmesser in mm)			
	4	6	8	12
2,0	15	34	60	135
2,5	17	38	67	150
3,0	18	41	73	165
3,5	20	45	79	180
4,0	21	48	85	190
4,5	22	50	90	200
5,0	24	53	95	215
5,5	25	56	99	225
6,0	26	58	105	235
6,5	27	61	110	245
7,0	28	63	110	250

Bei etwa 14,5 m/s Ausflußgeschwindigkeit (was einem Druck von etwa 1 bar entspricht) beginnt der Wasserstrahl sich aufzulösen. Deshalb läßt sich bei den im Brandschutz erforderlichen Drücken nie ein vollständig geschlossener Strahl erzielen (was in der allergrößten Zahl der Fälle von Vorteil ist).

Handgriff langsam zurückführen  
Drehzahl mit Gashebel einregulieren

### Stillsetzen für kurze Zeit

Gashebel auf Leerlauf stellen  
Kurzschlußknopf betätigen bis Motor steht

### für längere Zeit

Kraftstoffhahn schließen  
Motor auslaufen lassen  
Gashebel auf Leerlauf stellen  
Saug- und Druckschläuche abkuppeln  
Pumpe entwässern  
Entlüftungspumpe und Seilzugstarter mehrmals betätigen  
Ablaßhahn schließen  
Blindkupplungen schließen

### Leistung des Strahlrohres D

Gewicht: 0,6 kg  
Düsendurchmesser:  
mit Mundstück 4 mm  
ohne Mundstück 6 mm

### 1. Wasserstrom

Der aus einer Strahlrohrdüse austretende Wasserstrom (Wassermenge) läßt sich errechnen nach der Formel

$$Q = a \cdot A \cdot \sqrt{2 \cdot k \cdot p} \text{ (m}^3\text{/sec)}$$

Q: Wasserstrom

a: Ausflußfaktor (0,97 bis 0,998)

A: Querschnitt der Strahlrohrdüse in m<sup>2</sup>

k: 10, 1971 (ca. 10,2)

g: Fallbeschleunigung 9,81 m/s<sup>2</sup>

p: Druck in bar

Die vereinfachte Formel für den Wasserstrom lautet:

$$Q = 0,661 \cdot d^2 \cdot \sqrt{p} \text{ (l/min)}$$

Q: Wasserstrom

d: Düsendurchmesser in mm

p: Druck in bar

### 2. Wurfweite

Die Wurfweite eines Wasserstrahles ist abhängig von

Druck am Strahlrohr  
Strahlstärke  
Luftverhältnissen  
Anstellwinkel

Die größte Wurfweite wird bei einem Anstellwinkel von 32° erzielt.

Wurfweite von Wasserstrahlen bei 32° (Windstille)

Düsenweite in mm	Druck am Strahlrohr in bar				
	3	4	5	6	7
4	13	13	12		
6	16	17	17	16	
8	19	21	22	23	22
12	23	25	27	29	32

Die Wurfweite des Sprühstrahles aus dem Strahlrohr D beträgt ca. 5 m.

Die Rückkraft (Rückdruck) am Strahlrohr berechnet sich in der Praxis nach der Formel

### 3. Rückkraft am Strahlrohr

Der aus einer Düse austretende Wasserstrahl verursacht gegen die Düse eine Rückkraft, die entgegengesetzt der Strahlrichtung wirkt.

$R = 15 \cdot d^2 \cdot p$   
 R: Rückkraft in N  
 d: Düsendurchmesser in cm  
 p: Druck am Strahlrohr in bar

Rückkraft am Strahlrohr in N

Düsenweite in mm	Druck am Strahlrohr in bar				
	3	4	5	6	7
4	7	10	12	14	17
6	16	22	27	32	38
8	29	38	48	58	67
12	65	86	108	130	151

Die Strahlrohre D können von einem Mann gegen die Rückkraft gehalten werden. Für

ein Strahlrohr C (Düsendurchmesser 8 oder 12 mm) werden zwei Mann benötigt.



Die Tragkraftspritze 0,5/5 im Übungseinsatz.



Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) löscht einen Kleinbrand.

### Übungs- und Einsatzordnung des Brandschutztrupps (TS 0,5/5)

	Truppführer	Helfer 1 (Maschinist)	Helfer 2
1	weist Trupp ein: Brandstelle Wasserentnahmestelle Lage des Verteilers		
2	ordnet an: zum Einsatz fertig!		
3	nimmt: 1 Mehrzweck-Strahlrohr DM 1 Verteiler D-DD 2 Druckschläuche D 15 (1 Axt, 1 Leuchte)	nimmt: TS 0,5/5 1 Saugschlauch 1 Drahtschutzkorb 1 Kupplungsschlüssel B-C	nimmt: 1 Fangleine 1 Mehrzweck-Strahlrohr DM 3 Druckschläuche D 15
4	geht in Richtung Brandstelle legt Verteiler ab verlegt 1. Angriffs- leitung kuppelt Strahlrohr an	bringt TS 0,5/5 in Stellung kuppelt Saug- und Druck- schlauch an TS 0,5/5 bringt Saugschlauch zu Wasser entlüftet Saugleitung startet TS 0,5/5	verlegt Druckschlauch von TS 0,5/5 zum Verteiler kuppelt Druckschlauch an Verteiler prüft, ob Abgänge am Verteiler geschlossen
5	gibt an Helfer 2: 1. Rohr – Wasser marsch		gibt an Helfer 1 (Maschinist): Wasser marsch

	<b>Truppführer</b>	<b>Helfer 1 (Maschinist)</b>	<b>Helfer 2</b>
6	löscht	öffnet Druckabgang an TS 0,5/5	öffnet linken Abgang am Verteiler
7	ordnet an: 2. Rohr – vor	geht zum Verteiler	verlegt 2. Angriffsleitung kuppelt Druckschlauch D 15 an Verteiler kuppelt Strahlrohr an
8			gibt an Helfer 1 (Maschinist): 2. Rohr – Wasser marsch
9		öffnet rechten Abgang am Verteiler geht zurück zur TS 0,5/5	löscht
10	ordnet an: Einsatz beendet		
11	gibt an Helfer 1: 1. Rohr – Wasser halt	geht zum Verteiler	gibt an Helfer 1: 2. Rohr – Wasser halt
12		schließt Abgänge am Verteiler geht zurück zur TS 0,5/5 schließt Druckabgang stellt Motor ab	
13		nehmen Gerät zurück	

#### Übungs- und Einsatzordnung des Brandschutztrupps (TS 0,5/5) bei Wasserentnahme aus Hydrant

	<b>Truppführer</b>	<b>Helfer 1 (Maschinist)</b>	<b>Helfer 2</b>
1	weist Trupp ein: Brandstelle Wasserentnahmestelle Lage des Verteilers		
2	ordnet an: Zum Einsatz fertig		
3	nimmt: 1 Mehrzweck-Strahlrohr DM 1 Verteiler D-DD 2 Druckschläuche D 15 (1 Axt, 1 Leuchte)	nimmt: 1 Übergangsstück B-C 1 Hydrantenschlüssel (1 Standrohr C)	nimmt: 1 Druckschlauch C 15 1 Fangleine, 1 Übergangsstück C-D 1 Mehrzweck-Strahlrohr DM 3 Druckschläuche D 15
4	geht in Richtung Brandstelle legt Verteiler ab verlegt 1. Angriffsleitung kuppelt Strahlrohr an	macht Hydrant betriebsbereit kuppelt Druckschlauch C 15 an Hydrant	verlegt Druckschlauch C 15 von Hydrant zum Verteiler kuppelt Druckschlauch C mit Über- gangsstück an Verteiler prüft, ob Abgänge am Verteiler geschlossen
5	gibt an Helfer 2: 1. Rohr – Wasser marsch		gibt an Helfer 1: Wasser marsch
6	löscht	öffnet Abgang am Hydranten	öffnet linken Abgang am Verteiler

weiter wie bei Wasserentnahme aus offenem Gewässer Nr. 7–13

#### Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Brandschutztrupps (TS 0,5/5)

Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) ist die kleinste Brandschutzeinheit, bei der die

Funktionen klar verteilt sind und die daher der genauen Einzel- und Verbandsausbildung bedarf. Unter diesen Voraussetzungen ist er bei Entstehungs- und Kleinbrän-

den von sehr hoher Leistungsfähigkeit. Das hat natürlich auch seine Grenzen. Daneben kann die kleine Brandschutzeinheit sehr wirksame Hilfe leisten, wenn es

darum geht, daß Einheiten des Fachdienstes Brandschutz Großbrände oder gar einen Flächenbrand abriegeln. Für eine solche Aufgabe wird jede Kraft und jedes Strahlrohr benötigt. Durch Funkenflug und Strahlungswärme können ständig neue Brände gezündet werden. Diese Entstehungsbrände müssen von Teilen der dringend für die Hauptaufgabe benötigten Löschkraften bekämpft werden, die auf diese Weise geschwächt werden und die für solche Aufgaben unnötig löschräftig sind. Hier sind die Brandschutztrupps des Selbstschutzes zum Einsatz zu bringen, um den Löschkraften des Fachdienstes Brandschutz den „Rücken“ frei zu halten.

Ein wesentlicher Vorteil des Brandschutztrupps (TS 0,5/5) besteht darin, daß er sehr beweglich ist und deshalb sehr schnell seine Stellung wechseln kann und damit ohne besondere Umstände von einem Einsatzort zum anderen verlegt werden kann.

Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) ist in der Lage, auch kleine Löschwassermengen für die Brandbekämpfung zu nutzen. Dabei ist zu denken an Löschwasserbehälter, wie sie im Selbstschutz empfohlen werden und von der Bevölkerung angelegt werden können (z. B. Zisternen mit ca. 2000 Liter Wasser, oder Badewannen, in denen immerhin ca. 300 Liter Wasser bevorratet werden können). Das ist eine Löschmittelmenge, die es dem Brandschutztrupp (TS 0,5/5) gestattet, sechs Minuten lang mit beiden vorhandenen Strahlrohren einen Entstehungs- oder Kleinbrand zu bekämpfen.

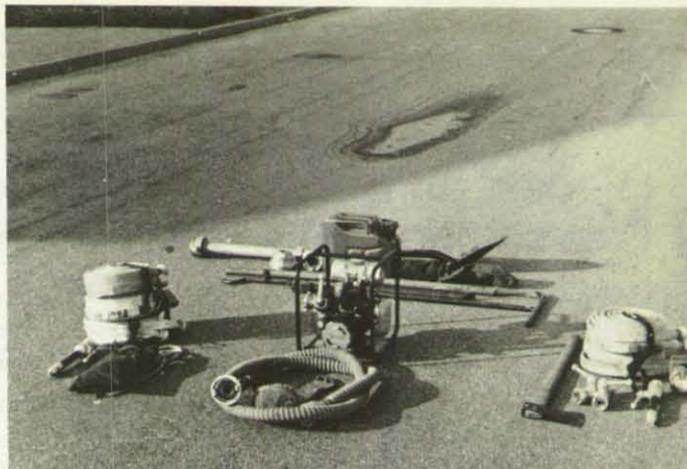
Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) vereinigt mehrere Vorteile:

- er ist sehr schnell einsatzbereit
- er kann kleine Löschwasservorräte nutzen
- er kann überall eingesetzt werden; auch in unwegsamem Gelände und in den oberen Geschossen von Gebäuden
- er hat eine hohe Löschleistung gegen Entstehungs- und Kleinbrände
- die Bedienung des Geräts ist einfach und damit die Ausbildung wenig zeitaufwendig
- das Gerät ist leicht und kann von Hand und zu Fuß bewegt werden
- das Gerät ist billig und benötigt keine aufwendige Wartung.

Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) darf jedoch nicht überschätzt werden. Bei Bränden der Größenordnung „Mittelbrand“ ist er überfordert. Hierbei kann er höchstens einige Zeit hinhaltenden Widerstand leisten – was allerdings auch wertvoll sein kann. Der Trupp ist jedoch für den Soforteinsatz in Behörden, Betrieben und – da das Gerät durchaus auch von Frauen zu bewältigen ist – in Wohnstätten außerordentlich gut geeignet.

Insbesondere im Verteidigungsfall kann auf diese Brandschutzeinheit in keinem Fall verzichtet werden.

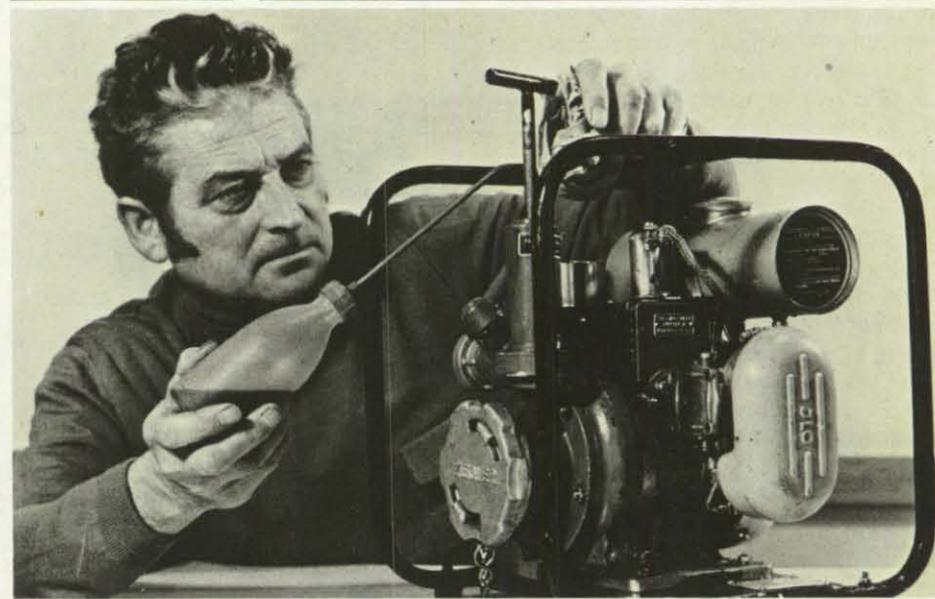
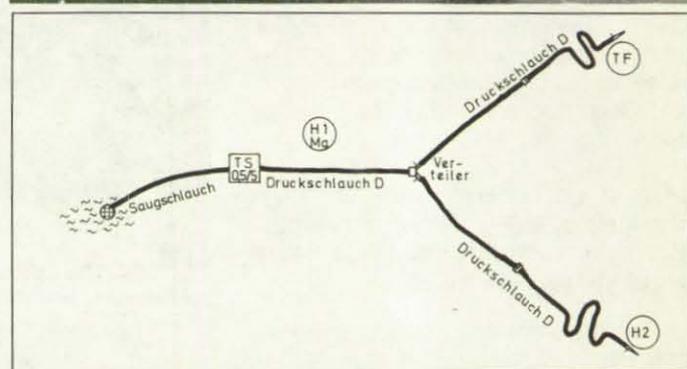
**Die Ausrüstung des Brandschutztrupps (TS 0,5/5).**



**Der Brandschutztrupp (TS 0,5/5) mit seinem Gerät (Wasserentnahme aus Hydrant).**



**Einsatz des Brandschutztrupps (TS 0,5/5)**



**Klein, aber leistungsfähig: Die TS 0,5/5 fördert 50 Liter Wasser pro Minute.**

Dipl.-Ing. Manfred Martins, Städt. Branddirektor,  
und Stadtangestellter Erich Schellien, Feuerwehr der Landeshauptstadt Kiel

Interessante Erkenntnisse bei einer internationalen Übung gewonnen

## „Feuer“ an Bord eines schwedischen Fährschiffes im Kieler Hafen

Gemeinsame Einsatzübung der schwedischen STENA-Line mit Kräften  
des Katastrophenschutzes der Landeshauptstadt Kiel am 6. Dezember 1980

Täglich laufen Großfähren aus Skandinavien den Kieler Hafen an. Tausende von Passagieren und Hunderte von Fahrzeugen verlassen diese Schiffe und setzen ihren Weg auf dem europäischen Festland fort.

Wie sicher ist aber dieser Fährbetrieb und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit bei einem Unglücksfall zwischen den Rettungskräften an Bord und den Einsatzkräften, die von Land zugeführt werden? Diese Frage wurde erstmalig in einer großangelegten Katastrophenübung unter Federführung des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophen- und Zivilschutz der Landeshauptstadt Kiel zusammen mit der schwedischen Reederei STENA-Line beantwortet.

Zwei Leitgedanken standen im Vordergrund: „Die Sicherheit meines Schiffes, seiner Besatzung und Passagiere ist höchstes Gebot“ (Erland von Hofsten, Kapitän der STENA-OLYMPICA) und:

„Kiel ist ein sicherer Hafen, und diese Sicherheit soll weiter verbessert werden“ (Karl Heinz Luckhardt, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel).

Im Zusammenwirken mit der Landesstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) in Schleswig-Holstein, die im Rahmen ihrer Aufgaben für den betrieblichen Katastrophenschutz die ersten Fäden zur STENA-Line knüpfte, wurde der Gedanke geboren, den „Ernstfall“ im Rahmen einer Einsatzübung im Kieler Hafen zu proben.

Diese Großübung fand am 6. Dezember 1980 am Fähranleger Oslo-Kai im Kieler Hafen statt. Es war zum ersten Mal in der Geschichte des Kieler Hafens, daß eine Übung in einem solchen Umfang mit Abwehrkräften aus zwei Nationen vorbereitet und durchgeführt wurde. Auf Erfahrungen aus anderen Häfen konnte nicht zurückgegriffen werden.

Hier nun ein Überblick über Verlauf und Erkenntnisse dieser Großübung, an der nicht nur zahlreiche inländische, sondern auch eine Vielzahl ausländischer Fachleute als Beobachter teilnahmen.

Verantwortlich waren:  
für das schwedische Fährschiff:

Kapitän Erland von Hofsten und Offiziere  
der STENA-OLYMPICA,

für die Abwehrkräfte der Landeshauptstadt  
Kiel:

Dipl.-Ing. Manfred Martins, Städt. Branddirektor,  
Feuerwehr – Amt für Brandschutz,



Die Feuerwehr brachte Drehleitern in Stellung.



Brandschutzkräfte steigen zum Havaristen über.

Rettungsdienst, Katastrophen- und Zivilschutz.

## Übungsannahmen

### 1. Allgemeine Lage:

Das Fährschiff STENA-OLYMPICA ist wie folgt gekennzeichnet:

Baujahr 1972,  
Heimathafen Göteborg,  
Tonnage 6700 BRT,  
Länge 125 m,  
Breite 19,5 m,  
Tiefgang 5,5 m,  
Leistung der Maschinen 18000 PS,  
Fahrtgeschwindigkeit 20 Knoten

**Passagiere:** maximal 1500  
vorhandene Bettplätze: 800

**Fahrzeuge:** es können verladen werden:  
250 PKW bzw. 27 Lasteinheiten zu je 18 m

Das Schiff liegt fast entladen im Kieler Hafen am Oslo-Kai.

Nach einer Explosion im Autodeck des Fährschiffes bricht Feuer aus.

An verschiedenen Stellen des Schiffes wird eine große Rauchentwicklung festgestellt.

In den Kabinen unter dem Autodeck sind zahlreiche Besatzungsmitglieder eingeschlossen.

Besatzungsmitglieder flüchten auf das Oberdeck, stehen im Rauch und haben keine Fluchtmöglichkeit vom Schiff.

Öl läuft in das Hafenbecken.

### 2. Besondere Lage:

Die Bugklappe ist geschlossen. Durch die Wucht der angenommenen Explosion sind zwei Fahrzeuge (je ein LKW und PKW) vor die Klappe geschleudert worden und blockieren diese.

Chemikalien sind unter den Fahrzeugen verstreut und stellen die Einsatzkräfte vor besondere Probleme.

Durch die ungeheure Rauchentwicklung ist der normale Zugang über die Passagierbrücke unpassierbar.

Das Feuer weitet sich mittschiffs auf dem Auto-Deck und unter diesem im Kabinendeck aus.

Im Schiff fällt zeitweise die Stromversorgung aus. Dadurch wird auch die Wasserversorgung für die bordeigenen Löscheinrichtungen unterbrochen.

Der Kapitän befindet sich nicht an Bord.

Kommt eine gemeinsame Einsatzleitung zum Tragen?

Werden die Sprachschwierigkeiten überwunden?

2. Zeigen Brandbekämpfung und Menschenrettung von eingeschlossenen, verletzten Personen unter extremen Belastungen durch die Löschzüge der Berufsfeuerwehr und die Löschruppen der Schiffsbesatzung positive Ergebnisse?

Wie gestaltet sich der Einsatz unter schwerem Atemschutz (schwedische Besatzungsmitglieder müssen deutsche Atemschutzgeräte tragen)?

Ist ein Vordringen an die Gefahrenherde in Kooperation möglich?

Lassen sich die nach erfolgtem Feueralarm selbsttätig schließenden wasserdichten Schotten und Brandschutztüren manuell öffnen?

Ist die gleichzeitige Rettung von 24 eingeschlossenen „Verletzten“ oder „Toten“ und die Brandbekämpfung mit deutschem Feuerwehrgeschütz realisierbar (das Schiff ist nach schwedischen Normen ausgerichtet)?

3. Läuft die Triage durch den Notarzt vor Ort zufriedenstellend ab?

4. Wie ist das Zusammenwirken der Sanitätsorganisationen zu beurteilen

– mit der Schiffsbesatzung und den zugeführten Brandschutzkräften

– mit dem Notarzt

– mit der Rettungsleitstelle?

5. Registrierung und Abtransport der Verletzten durch die Sanitätsorganisationen war eine weitere wichtige Aufgabe.

6. Können die Rettungsmaßnahmen mit Hilfe des Einsatzes von Drehleitern wesentlich intensiviert werden durch

– Verbringen von Einsatzkräften an Bord (in der 1. Phase nur so möglich)?

– Menschenrettung vom Oberdeck (Vorschiff)?

7. „Klappt“ das Zusammenspiel mit den SAR-Hubschraubern der Bundesmarine?

8. Wie absolviert die Bundesanstalt THW die Aufgaben:

– Freimachung eines Angriffsweges

– Ölschadenbekämpfung?

9. Kann das Feuerlöschboot noch wirksam eingesetzt werden zur

– Rettung von Personen aus dem Hafen

– Herstellung einer Wasserversorgung unter Verwendung des internationalen Flan-sches?

– Feuerlöschboot

– Notarzt

– Notarzt-Einsatz-Fahrzeug

3. Katastrophenschutzorganisationen

– Arbeiter-Samariter-Bund

– Deutsches Rotes Kreuz

– Johanniter-Unfall-Hilfe

– Malteser-Hilfsdienst

(je 2 Krankentransport-Wagen)

– Bundesanstalt Technisches Hilfswerk:

– Teileinheiten des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes

Insgesamt waren 80 Kräfte der Berufsfeuerwehr und des KatS vor Ort im Einsatz.

4. Sonstige

– BF Göteborg zur Unterstützung der Übungsleitung an Bord

– Bundesverband für den Selbstschutz

– SAR-Hubschrauber der Bundesmarine

– Schutz- und Wasserschutzpolizei

– Hafenskapitän

### Hinweis:

Im Realfall hätte selbstverständlich die Möglichkeit bestanden, das gesamte Potential der Abwehrkräfte kurzfristig erheblich aufzustocken.

## Übungsablauf

Die Anlage und Durchführung der Übung kann als Erfolg gewertet werden. Sie war zweckdienlich und nützlich und hat sowohl der Schiffsführung als auch den zugeführten KatS-Einheiten wertvolle Erkenntnisse gebracht. Der „Einsatz“ wurde entsprechend den Vorgaben der Alarm- und Ausrückordnung der Feuerwehr – unter Einbeziehung der KatS-Einheiten – abgewickelt. Die Übung hat allen Beteiligten die Möglichkeiten, vor allem aber auch die Schwierigkeiten und Grenzen aufgezeigt, die bei größeren Schiffsunfällen auftreten können.

Die Brand- und Rettungstrupps haben sich gut in die Übungslage hineingedacht und entsprechend gehandelt. Im realen Einsatzfall wären einige Maßnahmen anders abgelaufen. So wäre z. B. zusätzlich erfolgt:

– die zwangsweise Räumung der Kaiflächen

– die Schaffung weiterer Angriffsweges über den Personenzugang, das Aufschweißen der Schiffshaut u. ä.

## Übungsziele

1. Wie „klappt“ die Zusammenarbeit zwischen der Katastrophen-Einsatzleitung der Feuerwehr und den Führungskräften der STENA-OLYMPICA?

## Eingesetzte Kräfte

1. Offiziere und Mannschaft der STENA-OLYMPICA

2. Berufsfeuerwehr Kiel  
– 2 Löschzüge

## Negative Erfahrungen

– Die Sprachschwierigkeiten waren nicht unerheblich und konnten während des Übungsverlaufes nur bedingt abgebaut werden.

– Die gemeinsame Einsatzleitung kam nicht zum Tragen. Hier erscheint eine Verbesserung dringend geboten.

– Die Ausrüstung der Einsatzkräfte des Schiffes muß ergänzt werden (z. B. Atemschutzgeräte, Handlampen und Funk-sprechgeräte).

– Das Feuerlöschboot erfüllt wegen seines Alters nicht mehr die Anforderungen, die an ein solches Gerät zu stellen sind.

## Positive Feststellungen

Die Zusammenarbeit

– mit den Trupps der Besatzung war unter den gegebenen Umständen gut,

– mit den Sanitätsorganisationen (ASB, DRK, JUH, MHD) und dem THW kann als besonders gut angesehen werden. Es gab weder bei der Unterstellung noch bei der Ausführung der gegebenen Anordnungen Schwierigkeiten,

– mit dem SAR-Hubschrauber der Bundesmarine war einwandfrei. Die Besatzung bestach durch absolute Beherrschung ihrer Aufgaben,

– mit den Polizeien (Wasserschutz- und Schutzpolizei): der enge Kontakt und die gegenseitigen Absprachen haben sich erneut bewährt,

– mit dem neuen Notarztwagensystem muß als erfolgreich bezeichnet werden.

In das Abschlußprotokoll wurden schließlich folgende wesentliche Punkte aufgenommen:

1. Nach Eintritt eines Großschadensereignisses an Bord eines Passagierschiffes, an dessen Bekämpfung Kräfte des Katastrophenschutzes zu beteiligen sind, muß an **Bord** sofort eine **gemeinsame** Einsatzleitung eingerichtet werden

und **die Feuerwehr** eine Funkleitstelle **vor Ort** aufbauen.

2. **Die Schiffsführung** muß sicherstellen, daß ein deutlich kenntlich gemachter Offizier sofort mit dem Einsatzleiter der anrückenden Abwehrkräfte Verbindung aufnimmt und ihn in die Schadenslage einweist. Dieser Offizier sollte die deutsche Sprache beherrschen.

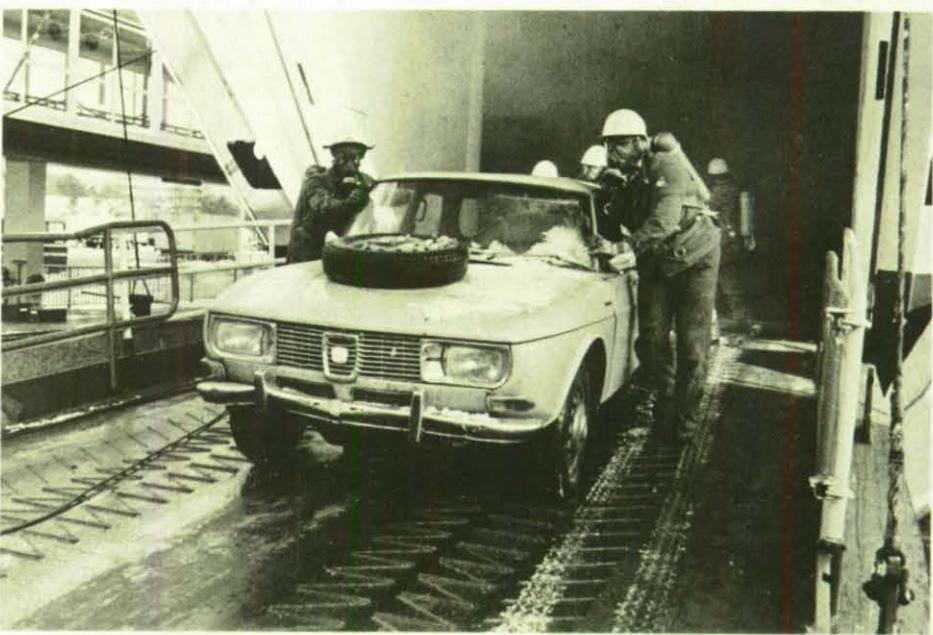
**Die Feuerwehr** stellt sicher, daß sofort nach Eintreffen der Abwehrkräfte ein leitender Beamter mit der Schiffsführung Kontakt aufnimmt und die einzuleitenden Maßnahmen koordiniert.

3. **Die Feuerwehr** muß das Einsatzleitfahrzeug deutlich sichtbar kennzeichnen.

4. Bei Passagierfahrten sollte für **jeden** ausgebildeten Einsatzhelfer an Bord ein Atemschutzgerät mit einer Reserveflasche vor-



So wurden die „Verletzten“ im Kabinentrakt vorgefunden.



Bergung eines Pkw aus dem „brennenden“ Schiff durch das THW.



Der Notarzt im Einsatz; anschließend wurden die „Verletzten“ von den Sanitätsorganisationen übernommen.



Menschenrettung durch einen SAR-Hubschrauber.

handen sein. Weiter sollte jede Einsatzkraft über eine Handlampe und jeder Trupp über ein Handfunkprechgerät verfügen. Die Schiffsführung sollte nach Möglichkeit zwei weitere Handfunkprechgeräte in Betrieb nehmen.

5. An Bord ist unverzüglich eine Verletzungssammelstelle einzurichten und diese den von Land anrückenden Einheiten sofort zu benennen.

6. Jede Stewardeß sollte eine Einsatz-tasche mit Erste-Hilfe-Material zur Verfügung haben.

7. An Bord sollten mindestens zehn Berge-tücher zum Transport Verletzter aus engen Räumen und Niedergängen vorhanden sein.

8. Auf allen Schiffen, die regelmäßig einen Hafen anlaufen, muß ein **Katastrophenabwehrplan** vorhanden sein. Er ist mit der Feuerwehr abzustimmen und im Kai-Büro bzw. beim Hafenkaptän zu hinterlegen.

9. Die Markierung der Fluchtwege mit selbstleuchtenden Folien ist für alle Passagierschiffe zwingend notwendig. Diese Schilder sollten für jeden verständlich in Augenhöhe angebracht werden (Piktogramme).

10. Passagierfähren, die regelmäßig einen Hafen anlaufen, sollten gemeinsam mit den örtlichen Katastrophenschutz-einheiten und -einrichtungen in angemessenen Zeitabständen solche Feuerwehr- und Rettungsübungen durchführen, damit organisatorische und technische Änderungen rechtzeitig erkannt und im Ernstfalle zum Nutzen des Schiffes und der Passagiere berücksichtigt werden können.

## Fazit

Die Ergebnisse der ersten Großübung dieser Art, die von den Medien stark beachtet wurde, haben nicht nur für die STENA-Line und den Katastrophenschutz der Landeshauptstadt Kiel wichtige Erkenntnisse gebracht. In den skandinavischen Ländern wie in Großbritannien, jedoch auch in verschiedenen deutschen Häfen erfolgt jetzt eine weitere Auswertung und eine Überprüfung der eigenen Sicherheitsvorkehrungen.

Eine Zeitung hatte darüber geschrieben:

„Mit den gewonnenen Erkenntnissen konnten wohl alle Beteiligten zufrieden sein, wenn sich auch dem Zuschauer der Eindruck aufdrängte, daß sich dieser Notfall besser nie zum Ernstfall wenden möge.“

Dieser Aussage ist nur hinzuzufügen: Die nächste Generation der Fährschiffe wird in ihren Dimensionen noch erheblich größer sein und bei Bränden und sonstigen Schiffsunfällen die Gefahrenmomente vervielfachen.

# Hygienerichtlinien für behelfsmäßige Schutzräume und behelfsmäßige Unterkünfte in Katastrophenfällen

Wichtige Hinweise für die Trinkwasserversorgung, Verpflegung, Abfallbeseitigung usw.

Das Medizinaluntersuchungsamt und das Gesundheitsamt Trier haben gemeinsam ein Merkblatt „Hygienerichtlinien für behelfsmäßige Schutzräume und behelfsmäßige Unterkünfte in Katastrophenfällen“ entwickelt. Dieses Merkblatt wurde bisher nur intern verwendet; Dr. Albrecht vom Medizinaluntersuchungsamt Trier stellte dem Zivilschutz-Magazin den Wortlaut zur Verfügung. Der generellen Bedeutung dieses Themas entsprechend drucken wir nachstehend dieses Merkblatt ab.

## 1. Versorgung mit Trinkwasser

Die Wasserversorgung sollte so lange wie möglich aus dem zentralen Trinkwassernetz erfolgen.

Funktioniert die zentrale Wasserversorgung nicht mehr, so ist die Beschaffung einwandfreien Trinkwassers eine wichtige Voraussetzung für das Überleben und für die Vermeidung von Krankheiten.

### 1.1 Bedarf

In den ersten drei Tagen 5 Liter/Person/Tag, später 10 bis 15 Liter/Person/Tag (Körperpflege, Wäsche).

### 1.2 Sicherstellung

In Schutzräumen und Unterkünften sollte vorsorglich ein Wasservorrat angelegt werden. Er sollte für mindestens drei Tage ausreichen.

### Bevorratung des Wassers

– in Kanistern aus Metall und Kunststoff, wenn eine Chlorierung des Wassers erfolgt und der Gehalt an wirksamem Chlor 0,1 mg/l über die Dauer der Lagerung beträgt. Der Gehalt an wirksamem Chlor sollte regelmäßig kontrolliert und – falls erforderlich – durch Zugabe von Chlor neu eingestellt werden,

– durch Einlagerung von in Flaschen abgefüllten Tafelwassers.

1.3 Bei Nichtfunktionieren der zentralen Wasserversorgung kann die **Trinkwasserbeschaffung** erfolgen

– aus vorbereiteten Notbrunnen,

– durch Aufbereiten von Oberflächenwasser in mobilen Anlagen,

– durch Antransport in Tankwagen.

1.4 Für die notfallmäßige **Aufbereitung** von Trinkwasser können behelfsmäßige Filter (z. B. Sandfilter) benützt werden. Das Wasser ist jedoch anschließend zu desinfizieren

– wenn möglich durch abkochen,

– mit Tabletten aus Chlorkalk oder Chloramin,

– mit Ampullen mit Calciumhypochloridlösung,

– mit 2 Tropfen Javelwasser auf einen Liter Wasser, 3 bis 6 Tropfen Jodtinktur auf einen Liter Wasser, jeweils 30 Minuten einwirken lassen.

1.5 Bei der **Einwirkung von ABC-Waffen** erfolgt die Beschaffung von Trinkwasser ausschließlich

– aus dem noch funktionierenden Netz, sofern dieses aus Tiefbrunnen gespeist wird,

– aus tiefen Notbrunnen,

– durch Antransport mit Tankwagen aus nicht-kontaminierten Gebieten.

## 2. Verpflegung

In Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung ist besonders unter Notstandsbedingungen die Gefahr von Lebensmittelvergiftungen und -infektionen gegeben.

### 2.1 Gefahrenpunkte:

– verdorbene Lebensmittel,

– fehlende Erhitzungsmöglichkeiten,

– Mangel an Kühlraum,

– Übertragung von Krankheitserregern auf Lebensmittel durch Ungeziefer.

### 2.2 Maßnahmen:

– Lebensmittel ständig überprüfen

– Aussehen

– Geruch

– Geschmack

– verdorbene Lebensmittel aussortieren und vernichten,

– stets auf peinliche Sauberkeit achten,

– im Küchenbereich eine gründliche Händereinigung (wenn möglich Händedesinfektion) vor jeder Arbeitsaufnahme, nach

dem Aufsuchen der Toilette und vor jedem Arbeitsplatzwechsel vornehmen,

– sofern in der Küche beschäftigte Personen unter Unwohlsein und Durchfallerkrankungen leiden, sollten sie sich beim Küchenleiter melden. Kranke Personen sollten nicht im Küchendienst beschäftigt sein,

– im Küchenbereich Wasser mit Trinkwasserqualität verwenden. Falls nicht möglich, desinfiziertes Wasser benutzen, auch zum Spülen.

## 3. Bekämpfung von Ungeziefer

Da Ungeziefer Überträger von Infektionskrankheiten sein kann, ist die Bekämpfung unerlässlich, z. B.

– Entlausung,

– Ratten-, Schaben-, Fliegenbekämpfung usw.

(Bevorratung von Insektiziden).

## 4. Beseitigung von Abfällen

Lebensmittel- und Speisereste und mit Lebensmittelresten behaftete Gegenstände (z. B. Konservendosen, Einmaleßgeschirr) oder anderes organisches Material wie Küchenabfälle, Obstschalen und dergleichen sind so zu beseitigen, daß Ungeziefer (Ratten, Mäuse, Fliegen usw.) keinen Zugang hat. Die genannten Abfälle in geschlossenen Behältnissen (z. B. Kunststofftüten, Papiersäcken oder Metallgefäßen) sammeln, auf eine – ggf. provisorische – Deponie bringen und dort sofort mit Erde bedecken.

Sonstige Abfälle (Papier, Textilien, Kehrriech, Toilettenartikel) gleichfalls in Behältern sammeln und auf eine Deponie bringen. Falls die Räume der Unterkunft nicht verlassen werden können, sind alle in Behältern gesammelten Abfälle im Raum oder im Gebäude an einem Ort zu lagern, von dem eine geringstmögliche Belästigung zu erwarten ist.

## 5. Beseitigung von Fäkalien

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Vermeidung von Seuchen und um das Zusammenleben in der Unterkunft erträglich zu gestalten, ist die sachgemäße Be-

seitigung von Fäkalien. Sie dürfen weder ins Trinkwasser gelangen, noch dürfen sie so deponiert werden, daß sie von Ungeziefer verschleppt werden oder geruchsbelästigend wirken.

### 5.1 Defekte Wasserspülung aus dem Netz:

Bei Nichtfunktionieren der Wasserversorgung zur Toilettenspülung Brauchwasser (z. B. Waschwasser) verwenden. Bei Fehlen von Brauchwasser die Benutzung der Wasserklosetts untersagen und Trockenklosetts oder Latrinen in Gebrauch nehmen.

### 5.2 Defekte Kanalisation:

Bei defekter Kanalisation die Wasserklosetts sofort schließen und Trockenklosetts oder Latrinen in Gebrauch nehmen.

### 5.3 Trockenklosetts:

Als Trockenklosetts eignen sich hierfür vorgesehene Anlagen, die mit Torfmüll oder dergleichen beschickt werden. Jeder Benutzer der Anlage bedeckt seine Exkremente mit Torf. Die Behälter werden regelmäßig auf einer Deponie entleert und die auf der Deponie gelagerten Fäkalien sofort mit Erde abgedeckt.

Im Notfall können Nachttöpfe, Nachtstühle und dergleichen Behälter (z. B. Eimer) benutzt werden, die mit einem Plastiksack oder einem kunststoffbeschichteten Papiersack ausgekleidet sind, die allseits über den Rand gestülpt werden.

Nach Benutzung werden die Säcke verschlossen und in einem abgedeckten Behälter gesammelt.

Die eingesammelten Säcke werden in Deponien vergraben. Die Trockenklosetts

täglich und die Sammelbehälter nach jeder Entleerung reinigen und desinfizieren.

### 5.4 Latrinen:

Bei der Benutzung von Latrinen sind die Fäkalien so zu bedecken, daß von ihnen keine Geruchsbelästigung ausgeht und Ungeziefer keinen Zugang hat.

Dies kann erfolgen mit:

- Chlorkalk
- Kalkmilch (1 Teil gebrannter Kalk und 4 Teile Wasser)
- Torf, Erde

## 6. Persönliche Hygiene

Da Sauberkeit der beste Schutz vor Infektionskrankheiten und Ungezieferbefall ist, sollen alle Schutzraumsassen auf die Notwendigkeit der Körperpflege und Hygiene, besonders auch auf die richtige Benutzung der Nottoiletten hingewiesen werden. Auf eine gründliche Händereinigung nach dem Aufsuchen der Toiletten und vor dem Essen ist zu achten.

Die Reinigung der Wäsche soll möglichst zentral vorgenommen, dabei die Wäsche durch Kochen desinfiziert werden.

Für die Sauberhaltung der Räumlichkeiten soll ein Reinigungsdienst und Reinigungsplan aufgestellt werden.

## 7. Isolierung

Nach Möglichkeit ist ein Raum vorzusehen, der hergerichtet und freigemacht werden kann, um eine oder mehrere Personen aufzunehmen, die an einer ansteckenden Krankheit leiden oder dieser verdächtig sind.

## Organisation

Verantwortlich für die Hygiene in den Räumen und Unterkünften ist der Leiter bzw. – sofern vorhanden – ein Arzt der Unterkunft. Sie achten darauf, daß die vorgenannten hygienischen Maßnahmen – so gut die Umstände es zulassen – eingehalten werden.

Für die zu treffenden Desinfektionsmaßnahmen Desinfektionsmittel und -verfahren aus der Liste des Bundesgesundheitsamtes verwenden. Stand 1. 6. 1978 sowie Nachtrag mit dem Stand vom 1. 10. 1979 (Bundesgesundheitsblatt 21 (1978) 255–261, 23 (1980) 47–49).

Für die zu treffenden Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen sind Mittel und Verfahren aus der Liste des Bundesgesundheitsamtes zur Bekämpfung tierischer Schädlinge zu verwenden. Stand 15. 6. 1978 (Bundesgesundheitsblatt 22 (1979) 47–49). Für die Rattenbekämpfung können Cumarinpräparate (Fraßgift) verwendet werden. Die Rattenbekämpfung ist nur bei großräumiger Bekämpfung (z. B. Stadtbezirk) sinnvoll.

### Anlagen:

- Liste der vom Bundesgesundheitsamt geprüften und anerkannten Desinfektionsmittel und -verfahren,
  - Liste der vom Bundesgesundheitsamt geprüften und anerkannten Entwesungsmittel und -verfahren zur Bekämpfung tierischer Schädlinge,
  - Merkblatt Nr. 51,
  - Kopflausbefall
- Bundesgesundheitsblatt 1 (1974) 10–13.

Heinz Günter Albrecht, Katastrophenschutzdezernent beim Regierungspräsidenten Köln

Führungsmittel im Katastrophenschutz:

## Man kann nicht alles im Kopf haben . . .

Die Checkliste erleichtert die Stabsarbeit – Keine Patentlösung, aber eine überaus wertvolle Hilfe

### Eigentlich ein „alter Hut“

Neben Katastrophenschutzplänen, Alarmkalendern und Fernmeldeübersichten gewinnt die sogenannte Checkliste als Führungsmittel im Katastrophenschutz immer mehr an Bedeutung.

Es hat sie als Merkliste, Aufgabenkatalog, Kurzanweisung, Inspektionsplan und unter anderen Bezeichnungen schon immer gegeben. Insbesondere in Feuerwachen, Rettungsstellen und Polizeistationen hat

sich diese Führungshilfe in einfacher Form seit langem bewährt. Es bot sich daher an, die Checkliste weiterzuentwickeln und auch bei Einheitsführern, Einsatzleitungen und Stäben des Katastrophenschutzes einzuführen.

### Führungsvorgänge haben ihre Systematik

Der Grundgedanke für die Anlage und Benutzung von Checklisten geht von der Er-

kenntnis aus, daß viele Führungsvorgänge im Katastrophenfall nach einer bestimmten Systematik und Zeitfolge ablaufen.

Der Einsatzleiter muß

- das Schadensereignis erfahren,
- die Lage beurteilen,
- Lösungsmöglichkeiten vergleichen,
- Entscheidungen treffen,
- Hilfsmaßnahmen veranlassen,

- Einsatzbefehl geben und
- die Ausführung überwachen.

In einem örtlich begrenzten und überschaubaren Fall beherrscht jeder Einsatzleiter dieses Führungs-Einmaleins und benötigt kaum Denkhilfen. Er sträubt sich daher zu Recht gegen jedes überflüssige Papier, weil er die Lage übersehen, seine Weisungen in Reichweite der eigenen Stimme durchsetzen und die Reaktionen darauf selbst verfolgen kann.

Bei einer komplexen Lage in einem unübersichtlichen Katastrophenfall, den sich die meisten Führungskräfte gar nicht richtig vorstellen können, weil er so selten passiert, herrschen aber völlig andere Verhältnisse. Die Einsatzleiter oder gar rückwärtig untergebrachte Führungsstäbe haben keinen persönlichen Gesamtüberblick mehr, sind auf Meldungen und Berichte angewiesen und müssen sich der Fernmeldemittel bedienen. Vor allen Dingen ist im Katastrophenfall die Führungstätigkeit arbeitsteilig auf mehrere Kräfte zu delegieren, weil bestimmte Sofortmaßnahmen nicht hintereinander, sondern möglichst gleichzeitig ablaufen müssen. Hinzu kommt die unsichere und hektische Anfangsphase im Katastrophenfall, bei der es menschlich verständlich ist, daß aus dem Wunsch heraus, spontan zu helfen, Maßnahmen veranlaßt werden, die einer ruhigen Lagebeurteilung später nicht mehr standhalten. Die Checkliste ist in dieser Situation ein wertvolles Führungsmittel, mit dessen Hilfe System in die Leitungsmaßnahmen gebracht und eine kontinuierliche Führungsarbeit erleichtert werden kann.

### Eine Rahmen-Checkliste wurde weiterentwickelt

Die nachfolgend vorgestellte Checkliste des Regierungspräsidenten in Köln ist eine noch nicht abgeschlossene Weiterentwicklung der vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen vorgegebenen Rahmen-Checkliste.

Weiterentwickelt insofern, als sie sich nicht in der bloßen Aufzählung aller möglichen Maßnahmen im Katastrophenfall erschöpft. Mit ihr werden Einzeltätigkeiten auf bestimmte Personen oder Dienststellen delegiert und auch Hinweise auf weitere, für die jeweilige Maßnahme benötigte Führungsunterlagen gegeben. So findet man Seitenzahlen von Taschenalarmplänen oder Hinweise auf besondere Richtlinien oder Dienstvorschriften.

Darüber hinaus ist die Checkliste als Kontroll- oder Strichliste angelegt, die bei entsprechender Kennzeichnung – Striche oder Kreuze bei jedem Prüfpunkt – dem Leitenden einen Überblick über den Stand der veranlaßten Maßnahmen ermöglicht.

Bei Lagebesprechungen kann der Verantwortliche mit einem Blick auf die Checkliste gezielt nach noch nicht erledigten Aufträgen fragen. Damit ist er nicht ausschließlich auf die möglicherweise unvollständige oder willkürliche Berichterstattung seiner Stabsmitglieder angewiesen. Er hat mit der Checkliste ein Kontrollinstrument zur Hand, dessen Benutzung zu sachlicher und effektiver Führungsarbeit zwingt.

### Form und Inhalt der Checkliste

Das System der hier beschriebenen Checkliste kann gleichermaßen für Einsatzeinheiten und Stäbe angewendet werden. Es ist nur als Beispiel anzusehen und je nach Bedarf oder Erfordernissen zu ändern, zu kürzen oder zu ergänzen.

Der Checkliste vorangestellt ist eine kurze Gebrauchsanweisung, die nur einmal gelesen werden muß, sie kann später bei Übungen oder im Einsatzfall als selbstverständlich vorausgesetzt werden, auch wenn man sie zwischenzeitlich vergessen hat. Für die Checkliste der KatS-Leitung-Bezirk erschienen insgesamt 30 Prüfpunkte als ausreichend. Das schließt nicht aus, daß nach weiteren Übungs- oder Einsatzerfahrungen Änderungen vorgenommen werden müßten.

Hier zunächst das Deckblatt der Checkliste als Gebrauchsanweisung:

### Checkliste für die KatS-Leitung-Bezirk

1. Die Liste enthält insgesamt 30 Prüfpunkte in der Reihenfolge der Wichtigkeit.

2. Bei jedem Punkt sind die notwendigen Tätigkeiten in eingeklammerten Stichworten genannt.

3. In Spalte „Durch wen“ wird die jeweils für diesen Prüfpunkt zuständige Stelle oder Person angegeben.

4. In Spalte „Nachweis“ sind die Seiten des Alarmplans aufgeführt, in denen Fernsprechnummern zu finden sind, oder es werden sonstige Hinweise auf weitere Unterlagen gegeben.

5. Nach Erledigung eines Punktes dem KatS-Leiter berichten. Bei Verzögerungen in der Durchführung Zwischenbericht mit geschätztem Zeitbedarf angeben.

Auf den nächsten vier Seiten der Liste sind die 30 eigentlichen Prüfpunkte nach Abschnitten wie folgt gegliedert:

1. Art der Katastrophe
2. Zuständigkeiten
3. Organisation der KatS-Leitung
4. KatS-Einheiten und Einrichtungen
5. Weitere Einheiten und Hilfsmittel
6. Versorgung
7. Meldung und Berichte

Nach diesen Abschnitten und in der Reihenfolge der Aufzählung wird eine KatS-Leitung im Regelfall tätig. Anhand der vorgegebenen Aufgaben werden bestimmte Maßnahmen veranlaßt:

Aufgabe:	Maßnahmen:
Art der Katastrophe	Erkunden, Meldungen sichten, Lagebeurteilung
Zuständigkeiten	Bekanntgabe der Zuständigkeit, Bestimmen des Techn. Einsatzleiters
Organisation der KatS-Leitung	Mitglieder einberufen, Räume einrichten
KatS-Einheiten	Fachdienste alarmieren
Weitere Einheiten und Hilfsmittel	Fallweise Polizei, BGS, BW oder sachkundige Personen beteiligen
Versorgung	Entsprechende Regelungen treffen
Meldungen und Berichte	Nach Veranlassung der Sofortmaßnahmen „nach oben“ melden.



## Praktische Beispiele im Umgang mit der Checkliste

Nach Eingang der ersten Schadensmeldung und der daraufhin erfolgten Einrichtung einer KatS-Leitung könnte die Checkliste nach ein bis zwei Stunden auszugsweise folgendes Bild zeigen:

- |  |   |
|--|---|
| 1 <input checked="" type="checkbox"/> Ursache, Wirkung             | = 24031800 Pipelinebruch  |
| 5 <input checked="" type="checkbox"/> Lagebeurteilung              | = KatSL in kleiner Besetzung, sachkundige Stellen beteiligen, keine Beeinträchtigung des Grundwassers |
| 8 <input checked="" type="checkbox"/> Techn. Einsatzleiter         | = Baudirektor Jansen  |
| 10 <input checked="" type="checkbox"/> Erste Fernmeldeverbindungen | = KatSL – Techn. Einsatzleiter Fernspr. 02271/2774 Sprechfunk UG 487                                  |
| 13 <input checked="" type="checkbox"/> KatSL-Führungsraum          | = Nur Fernmeldeteil und Lage  |
| 16 <input checked="" type="checkbox"/> Sachkundige Stellen         | = Pipeline-Gesellschaft an der Schadensstelle. STAWA benachrichtigt.                                  |
| 18 <input type="checkbox"/> Presse und Information                 | = Noch nichts veranlaßt   |
| 20 <input checked="" type="checkbox"/> KatS-Einheiten              | = 1 Instandsetzungszug,<br>2 Löschzüge im Einsatz   |
| 21 <input checked="" type="checkbox"/> Weitere Einheiten           | = 1 Öltransport im Anmarsch,<br>Ölwehr der Betreiberfirma im Einsatz                                  |
| 25 <input checked="" type="checkbox"/> Verpflegung                 | = Wird von der Techn. Einsatzleitung geregelt   |
| 27 <input type="checkbox"/> Übergeordnete KatS-Behörden            | = Noch nichts veranlaßt   |

Dabei bedeutet, daß bei einem leeren Kreis  zu Prüfpunkt 18 hier noch nichts veranlaßt wurde, beim Punkt 21 mit einem  Schrägstrich, daß etwas angeordnet, aber noch nicht durchgeführt wurde. Ein durchkreuzter Kreis wie bei Punkt 8  zeigt an, daß diese Maßnahme erledigt ist.

Bei der nächsten Lagebesprechung erinnert die als Strichliste geführte Checkliste den KatS-Leiter daran, daß er den Punkten 16, 18, 21 und 27 noch nachgehen muß. Er könnte die zuständigen Führungskräfte seiner KatS-Leitung fragen:

- 16  Ist außer dem Vertreter der Mineralöl-Fernleitungsgesellschaft inzwischen auch die zuständige Wasserbehörde anwesend?
- 18  Können wir schon eine Presseerklärung über den Vorfall abgeben und an wen?
- 21  Ist der Öltransportzug der Firma N. inzwischen an der Schadensstelle?
- 27  Ich werde nach dieser Lagebesprechung den zuständigen Minister fernmündlich informieren.

Es mag sein, daß vorstehende Ausführungen, die nur willkürliche Beispiele sind, die Checkliste als etwas umständlich darstellen. Zumindest bei relativ übersichtlichen Lagen wie einem Pipelinebruch und einsatzerfahrenen Führungskräften könnte dieser Eindruck entstehen. Aber nur ein allgemein verständlicher Vorgang ist als Muster zur Handhabung der Checkliste am

besten geeignet. Deshalb wurde auf die Behandlung einer komplexen Katastrophenlage verzichtet.

## Die Checkliste als Grundlage für erste Lagemeldungen

Die beim Beispiel des Pipelinebruchs herangezogenen elf Punkte können als erste Unterlage für einen Lagebericht oder eine Presseinformation benutzt werden. Ein derartiger Bericht würde sich wie folgt lesen:

Pipelinebruch am 24. März 1981 gegen 18.00 Uhr bei A-Dorf. Techn. Einsatzleiter an der Schadenstelle ist Baudirektor Jansen vom B-Kreis.

Beim Regierungspräsidenten in K. wurde vorsorglich eine KatS-Leitung eingerichtet.

Fernmeldeverbindungen bestehen zwischen der KatS-Leitung-Bezirk und der Techn. Einsatzleitung über Sprechfunkkanal UG487 und den Telefonanschluß 02271/2774.

An der Schadenstelle befinden sich neben der Ölwehr der Betreiberfirma R. zwei Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehr und ein Instandsetzungszug des Technischen Hilfswerks im Einsatz.

Vertreter der Unteren Wasserbehörde und des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft sind unterwegs. Das austretende Öl soll von der Firma N. abtransportiert werden.

Eine Beeinträchtigung des Grundwassers ist voraussichtlich auszuschließen.

## Hinweis auf weitere Führungsunterlagen

Es ist hinlänglich bekannt, daß nicht nur in Verwaltungsstellen die Papierflut unaufhaltsam anschwillt. Das Suchen nach bestimmten Unterlagen nimmt gelegentlich eine bemerkenswerte Zeitspanne in Anspruch, die im normalen Betrieb notfalls hingenommen werden muß. In Situationen, die das Veranlassen von schnellen Entscheidungen und Sofortmaßnahmen erfordern, müssen die Führungsunterlagen aber sofort präsent sein.

Darüber hinaus sollten sie nicht zu umfangreich sein und möglichst nicht in einer Gesamtausgabe vorgehalten werden. Es ist lästig und macht nervös, wenn zum Beispiel drei Führungskräfte nach einem Alarmierungsplan greifen wollen, der ein fest eingebundener Bestandteil eines Gesamtbandes ist. Zur arbeitsteiligen Stabs-tätigkeit ist es unerlässlich, daß jeder Mitarbeiter die für seinen Bereich notwendigen Unterlagen dabei hat.

Die Checkliste gibt nun in der Spalte „Nachweis“ die Seiten des Alarmplans oder sonstiger Unterlagen an, in denen Einzelheiten zur Durchführung des jeweiligen Prüfpunktes nachgelesen werden können. Das ist besonders wichtig in Fällen, bei denen ein ungeübter oder nur vertretungsweise amtierender Angehöriger des Stabes eine Aufgabe durchzuführen hat. Der Leitende kann ihm anhand seiner Checkliste sagen: „Alarmieren Sie die Dekontaminierungsanlage in Neustadt und eine Wasseraufbereitungsanlage aus dem Kreis E. Die Standorte und Fernsprechan-schlüsse finden Sie im Taschenalarmplan auf den Seiten 31 und 32.“ Wenn genügend Überdrucke der Checkliste den Stabsangehörigen vorliegen, kann jeder Mitarbeiter auch selbst den Nachweis für bestimmte Richtlinien oder Dienstvorschriften nachlesen.

## Schlußbetrachtung

Die vorstehend in ihrer Systematik und Anwendungsweise beschriebene Checkliste ist einfacher zu handhaben als die Erklärungen dazu vermuten lassen.

Bei der Beschreibung der Checkliste sollte nicht der Eindruck erweckt werden, daß es sich hierbei um eine bis ins letzte ausgeklügelte Patentlösung handelt. Keine Dienstvorschriften und auch keine Checkliste kann die Führungs- und Einsatzpraxis ersetzen. Die muß immer wieder zumindest in Funktionsübungen trainiert werden. Und dabei könnte die Checkliste eine Hilfe sein.

In jeden Kraftwagen gehört ein geeigneter Autofireuerlöcher, dies ist nach wie vor die Forderung des Deutschen Feuerwehverbandes an die Kraftfahrer, an die Autoindustrie und an die dafür zuständigen Gesetzgeber. Daß die Kraftfahrzeugindustrie und das -handwerk derzeit auf Wunsch der Käufer etwa 10% der Pkw mit Autofireuerlöchern ausrüsten, ist nach Ansicht des Verbandes vollkommen unzureichend.

Bisher hat der Gesetzgeber leider keine gesetzliche Regelung geschaffen, daß in jedem Kraftwagen ein geeigneter Feuerlöcher vorhanden sein muß. Viele Menschen hätten gerettet werden können, wenn rechtzeitig ein Feuerlöcher zur

## Kein Kraftwagen ohne Autofireuerlöcher

Hand gewesen wäre. Durch Fahrzeugbrände werden jährlich ca. 80 Personen getötet und rd. 450 schwer verletzt. Diese Zahlen sollten Anlaß genug sein, den Forderungen des Deutschen Feuerwehverbandes zu entsprechen, jedes Kraftfahrzeug mit einem geeigneten Feuerlöcher auszustatten.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß der 2-Kilo-Löcher als derzeit günstigster Kompromiß hinsichtlich der unterschiedlichen Anforderungen wie Handhabung, Löschräte usw. anzusehen ist. Vom Kauf eines 1-Kilo-Löchers wird dringend abgeraten. Der Deutsche Feuerwehverband macht alle Besitzer von Feuerlöchern darauf aufmerksam, daß die Geräte regelmäßig im Abstand von mindestens zwei Jahren zu warten sind.

Der Deutsche Feuerwehverband hat alle Feuerwehnmänner aufgerufen, hier ein Beispiel zu geben und ihre Kraftfahrzeuge mit einem geeigneten Feuerlöcher auszustatten.

Paul Claes

Als Modellversuch:

## Neue Impulse für den Selbstschutz

Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes in 80 Gemeinden gestartet – BVS unterstützt die Hauptverwaltungsbeamten bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes – Eine Vielzahl von Maßnahmen vorgesehen

Obwohl die Schrecken des 2. Weltkrieges noch allen Menschen deutlich vor Augen standen, begannen sich bereits wenige Jahre nach Kriegsende – angesichts des Korea-Krieges – einzelne Privatpersonen Gedanken darüber zu machen, wie die Bevölkerung in einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung geschützt werden könnte. Da durch Kontrollratsgesetze der Alliierten Luftschutzmaßnahmen verboten waren, wurde im März 1951 auf private Initiative hin die „Arbeitsgemeinschaft Luftschutz“ gegründet. Nach mehreren organisatorischen und satzungsmäßigen Änderungen entwickelte sich daraus schließlich im Oktober 1954 der „Bundesluftschutzverband“ (BLSV) mit Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden als alleinigen Mitgliedern. Mit Inkrafttreten des Deutschlandvertrages und der Wiedererlangung der Souveränität im Mai 1955 fielen die letzten Einschränkungen des zivilen Luftschutzes durch die Alliierten weg, und dem BLSV konnte die Aufklärung, Beratung und Ausbildung der Bevölkerung auf dem Gebiete des Selbstschutzes übertragen werden.

### Vom 1. ZBG zum KatSG

Die Grundlage der Arbeit des BLSV bildete das „1. Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ (1. ZBG) vom 9. Oktober 1957. Auf dieser Rechtsgrundlage wurde auch der „Luftschutz-

hilfsdienst“ (LSHD) aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet. Einschneidende strukturelle Änderungen brachte das „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ (KatSG) vom 9. Juli 1968. Es beseitigte die bis dahin bestehende Zweigleisigkeit: Während die Länder und Kommunen für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständig waren, betrieb der Bund Vorsorge für den Verteidigungsfall, vor allem durch Bereitstellung des LSHD. Durch das KatSG wurde der LSHD in den friedensmäßigen Katastrophenschutz eingegliedert, wodurch dieser erheblich schlagkräftiger wurde und nun auch die im Verteidigungsfall notwendigen Hilfeleistungen übernehmen soll. Für diese erweiterte Aufgabe stellt der Bund zusätzliche Ausrüstungsgegenstände und die für eine ergänzende Ausbildung erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Für den Selbstschutz ergab sich aus dem KatSG, daß Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes Pflichtaufgaben der Gemeinden sind. Um die Bedeutung des Selbstschutzes zu unterstreichen und die Aufgabenstellung zu verdeutlichen, wurde der Name des BLSV in „Bundesverband für den Selbstschutz“ (BVS) geändert. Dem BVS obliegt neben der Aufklärung der Bevölkerung über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten auch die Unterstützung von Gemeinden, Kreisen, Behörden und Betrieben bei der Ausbildung im Selbstschutz.

### Gesamtverteidigung – zivile Verteidigung

Um die Stellung und den Wert des Selbstschutzes im Rahmen der Gesamtverteidigung der Bundesrepublik deutlich werden zu lassen, ist es notwendig, über die Struktur der Gesamtverteidigung informiert zu sein. Die Gesamtverteidigung gliedert sich in die beiden Bereiche militärische und zivile Verteidigung. Die zivile Verteidigung gehört zum defensiven Potential der Selbstbehauptung und ist untrennbarer und unverzichtbarer Teil der Gesamtverteidigung.

Im Mittelpunkt der humanitären Aufgaben dieses Bereichs steht der Schutz des Menschen. Die Bemühungen des Volkes zur Erhaltung der eigenen Existenz werden in der freiwilligen und aktiven Mitwirkung vieler Bürger hier besonders evident. Hinzu tritt die Funktion, die militärische Einsatzbereitschaft zu stärken und somit die Abschreckung glaubwürdiger zu gestalten.

Allerdings ist keiner der beiden Bereiche der Gesamtverteidigung allein in der Lage, den Schutz des Volkes zu gewährleisten, nur durch das Zusammenwirken von militärischer und ziviler Verteidigung zu einer funktionellen Gesamtverteidigung ist es möglich, den Frieden zu sichern und den Bürger zu schützen.

## Aufgaben der zivilen Verteidigung

Die zivile Verteidigung umfaßt die Vorbereitung und Durchführung aller zivilen Verteidigungsmaßnahmen. Ihre Bedeutung wird klar, wenn man die Schwerpunkte der Aufgaben betrachtet:

1. Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt
2. Zivilschutz
3. Sicherstellung der lebenswichtigen Versorgung
4. zivile Unterstützung der Streitkräfte.

Ein großer Teil dieser Aufgaben sind politisch-administrative Probleme, die in die Zuständigkeiten von Staat und Verwaltung fallen und dort zu lösen sind. So sind z. B. die Aufrechterhaltung der Gesetzgebungsfunktionen, die Deckung des Bedarfs an Gütern der Ernährungswirtschaft oder die Unterstützung der Operationsfreiheit und -fähigkeit der Streitkräfte Aufgaben, welche der einzelne Bürger nicht lösen kann, sondern die im Bereich der Verwaltungen eine Lösung finden müssen.

## Der Zivilschutz

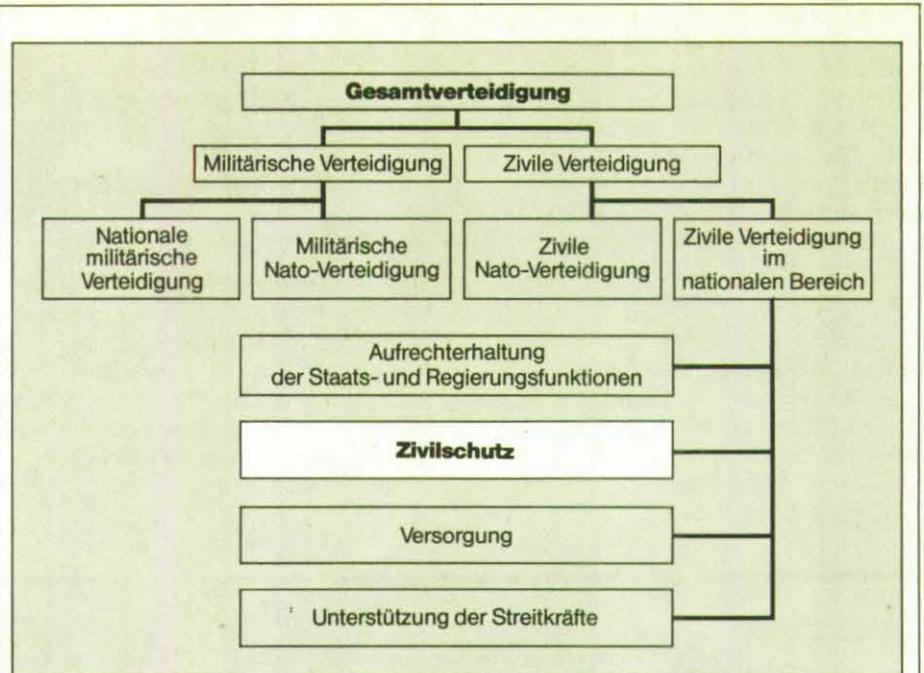
Die humanitären Elemente der zivilen Verteidigung treten bei der Betrachtung des Zivilschutzes besonders hervor.

Der Zivilschutz umfaßt alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Bevölkerung, lebens- und verteidigungswichtige zivile Betriebe und Anlagen vor Kriegseinwirkungen zu schützen, und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern, sowie den Schutz von Kulturgut:

1. Selbstschutz
2. Warn- und Alarmdienst
3. Katastrophenschutz
4. Schutzbau
5. Aufenthaltsregelung
6. Gesundheitswesen
7. Schutz von Kulturgut.

Dieser Katalog der Vorsorgemaßnahmen erfordert in seinen wesentlichen Punkten die Mitarbeit des einzelnen Bürgers zu seinem eigenen Schutz. Nur in wenigen Bereichen des Zivilschutzes, beispielsweise bei der Unterhaltung des Warn- und Alarmdienstes oder bei der Vorbereitung der Aufenthaltsregelung, ist es der Verwaltung möglich, die Aufgaben selbständig und ohne Mithilfe der Bürger zu lösen.

Aber der Staat kann den Schutz des einzelnen Menschen – vor allem im Verteidigungsfall – nicht perfekt planen; trotz aller Vorsorgemaßnahmen muß der einzelne wissen, wie er sich und seine Familie, seine



Wohnung und seine Arbeitsstätte schützen und lebenswichtige Einrichtungen erhalten kann. Selbstschutz ist eine humanitäre Gemeinschaftsaufgabe, an der der Staat beratend und unterstützend mitwirkt.

## Der Selbstschutz

Zum Bereich des Selbstschutzes zählen alle Schutzvorbereitungen, die der Bürger selbst treffen oder vorbereiten kann, um Gefahren oder Schäden, die ihm, seiner Familie und seinem Nachbarn im engeren Wohn- und Arbeitsbereich im Katastrophen- und Verteidigungsfall drohen, durch Eigeninitiative zu verhindern, zu mildern oder zu beseitigen. Insbesondere sind es folgende vorbeugende Maßnahmen und

die Hilfe nach Schadensfällen, bis organisierte Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden können:

- Erkennen und Nutzen vorhandener Schutzmöglichkeiten, ihre Verbesserung und Ergänzung,
- Beseitigung zusätzlicher Gefahrenquellen,
- Beschaffung von Schutz- und Rettungsgeräten,
- Bevorratung von Lebensmitteln, Vorsorge zur Sicherstellung der Versorgung mit Trink-, Betriebs- und Löschwasser,
- Bau, Einrichtung und Unterhaltung von Schutzräumen oder Behelfsschutzräumen.

Ergänzend zu diesen Maßnahmen sollte jeder Bürger wissen und anwenden können:

- zweckmäßiges Verhalten bei akuter Gefahr,
- Erste Hilfe für Verletzte einschließlich ihres Transports aus Gefahrenlagen,
- Selbstbefreiung und Rettung eingeschlossener oder verschütteter Personen,
- Bekämpfung von Entstehungsbränden und Verhinderung der Ausbreitung größerer Brände, vornehmlich zur Rettung von Menschen,
- Maßnahmen zum Weiterleben bis zum Wiedereinsetzen einer geregelten Versorgung.

Die heutige gesetzliche Grundlage des Selbstschutzes ist – wie schon erwähnt – das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG). Präzisiert wird das KatSG im Hinblick auf den Selbstschutz durch die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes (Vwv-Selbstschutz)“ vom 11. Mai 1971, die „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ vom 6. Juni 1972, die „Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden“ und die „Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten“ (beide 20. September 1972).

### **Das Prinzip der Freiwilligkeit**

Da alle Maßnahmen dem elementaren Willen des Bürgers dienen, eine mögliche Katastrophe zu überleben, hat der Gesetzgeber den Selbstschutz auf freiwillige Grundlage gestellt. Die Möglichkeiten der Selbsthilfe und die Bereitschaft zur nachbarlichen Hilfe können aber nicht genügend wirksam werden, wenn ihre Durchführung dem ungeschulten Bürger überlassen bleibt. Der Wille zu helfen, reicht nicht aus; die Kenntnis über drohende Gefahren und mögliche Schutzvorkehrungen, eigene Vorsorgemaßnahmen und das Helfenkönnen müssen hinzutreten. Selbstschutz ist sowohl die Sache jedes einzelnen als auch die Sache der Gemeinschaft. Der einzelne befaßt sich damit freiwillig und in eigener Verantwortung, Aufgabe der staatlichen und kommunalen Stellen ist es, nicht nur den Willen zum Selbstschutz zu mobilisieren, sondern auch die Fähigkeit zur Selbsthilfe durch Unterrichtung und Ausbildung zu fördern.

### **Aufgaben der Gemeinden**

Damit eine bürgernahe Förderung des Selbstschutzes möglich ist, wurde durch das KatSG die Verantwortung für den Selbstschutz den Gemeinden übertragen.

In § 10 des Gesetzes wird bestimmt, daß die Gemeinden den Selbstschutz der Bevölkerung aufzubauen, zu fördern und zu leiten haben. „Für die Unterrichtung der Bevölkerung über die Gefahren und Schäden, die ihr durch Angriffswaffen drohen, und die Ausbildung zu ihrer Bekämpfung können sich die Gemeinden der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, insbesondere des Bundesverbandes für den Selbstschutz, bedienen“, heißt es im KatSG. Die Gemeinden treffen organisatorische Maßnahmen, um den Bürgern ihre persönlichen Planungen zu erleichtern:

- Einteilung des Gemeindegebietes für eine wirksame Förderung und Leitung des Selbstschutzes,
- Vorbereitungen für die Einrichtung und personelle Besetzung von Beratungs- und Leitstellen (Selbstschutzberater),
- Abstimmung und gegenseitige Unterstützung des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten,
- Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutzorganisationen, besonders mit dem Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung.

### **Der Bundesverband für den Selbstschutz**

Zur Erfüllung dieser Aufgaben steht den Gemeinden, wie bereits im KatSG ausgesagt, der BVS mit Rat und Tat zur Seite. Der Bundesverband für den Selbstschutz, eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen alleinige Mitglieder der Bund, die Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände sind, bietet den Gemeinden eine gezielte, fachbezogene und umfassende Öffentlichkeitsarbeit sowie ein breites und ansprechendes Ausbildungsangebot an, welches von den Gemeinden und natürlich jedem Bürger in Anspruch genommen werden kann.

### **Aufgaben des BVS**

Für die Erfüllung seiner Aufgaben stehen dem BVS über 900 hauptamtliche und 9000 ehrenamtliche Kräfte in der Bundeshauptstelle in Köln, zehn Landesstellen in den einzelnen Bundesländern und 81 örtliche Dienststellen zur Verfügung. Entsprechend der Aussage, daß der Selbstschutz und die freiwillig getroffenen Vorkehrungen der Bevölkerung die Grundlagen aller staatlichen Vorsorgemaßnahmen sind, wurden die Aufgaben des BVS im § 11, Abs. 2 KatSG formuliert:

- Aufklärung der Bevölkerung über die

Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes,

- Unterstützung der Gemeinden und Landkreise bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz,
- Unterstützung der Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz.

Neben der Ausbildung der Bevölkerung, der Unterstützung der Gemeinden und Landkreise, Behörden und Betriebe ist die Öffentlichkeitsarbeit – die Aufklärung und Werbung – die Hauptaufgabe des BVS. Durch offene und klare Information muß die Bereitschaft des Bürgers geweckt werden, Schutzvorkehrungen zu treffen, sich im selbstschutzmäßigen Verhalten ausbilden zu lassen und eventuell im Zivil- und Katastrophenschutz mitzuarbeiten. Verständnis und Vertrauen in die Maßnahmen der zivilen Verteidigung sind zu wecken, der Gesamtbereich einschließlich der staatlichen Vorsorge ist wirklichkeitsgetreu darzustellen und zu erläutern. Ohne diese umfassende Informationsarbeit ist der Erfolg aller staatlichen und privaten Schutzanstrengungen in Frage gestellt.

Der BVS setzt deshalb zur Information der Bevölkerung ein:

- Veröffentlichungen, Zeitschriften, Broschüren, Anzeigen, Plakate, Prospekte und Handzettel,
- Filme und Tonbildschauen,
- Veranstaltungen, Informationsseminare und -tagungen, Ausstellungen,
- Vortragsveranstaltungen,
- fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstellen,
- individuelle Gespräche.

Aufbauend auf die Informationsarbeit werden den interessierten Bürgern in Ausbildungsveranstaltungen Selbstschutzkenntnisse und -fähigkeiten vermittelt. Die Basis der Ausbildung ist der Selbstschutz-Grundlehrgang, das dort erworbene Wissen kann in weiterführenden Lehrgängen vertieft werden. Die vom BVS vermittelten Kenntnisse über die Bergung von Verletzten, über lebensrettende Sofortmaßnahmen, über Verhütung und Bekämpfung von Entstehungsbränden sowie über das Verhalten bei chemischen, atomaren und sonstigen besonderen Gefahren dienen gleichzeitig dazu, Unglücksfälle und Schäden des Alltags durch schnelle und richtige Selbstschutzmaßnahmen im Entstehen zu verhindern bzw. in ihrer Auswirkung zu mindern. Jeder Bürger sollte sich daher im eigenen Interesse und zum Nutzen des Nächsten Grundkenntnisse und Fähigkeiten für die Durchführung der notwendigen Selbstschutzmaßnahmen verschaffen.

## Der Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes

Da die Selbstschutzmaßnahmen des einzelnen nach wie vor durch öffentliche Hilfseinrichtungen nicht zu ersetzen sind und der Selbstschutz – quasi als Basis aller Schutzbemühungen – überragenden Stellenwert hat, haben sich die Verantwortlichen verschiedener Gemeinden in besonderen Aktionen an ihre Bürger gewandt, um das allgemeine Interesse auf den Selbstschutzgedanken zu lenken und die Bürger in dieser Hinsicht zu aktivieren. Schon sehr früh und in besonders erfolgreicher Weise haben sich die Städte Düsseldorf, Celle und Neckarsulm bemüht, ihren Bürgern den Selbstschutzgedanken nahezubringen. Um die Erfahrungen dieser Städte auszuwerten und in einen breiter angelegten Modellversuch einbringen zu können, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus Angehörigen des federführenden Bundesverbandes für den Selbstschutz, des Bundesamtes für Zivilschutz und der Städte Düsseldorf, Celle und Neckarsulm bestand und an der sich auch das Bundesministerium des Innern beteiligte. Die Arbeitsgruppe hat, aufbauend auf den Erfahrungen der drei genannten Städte, eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung des Selbstschutzes in den Gemeinden erarbeitet. Diese Vorschläge sollen in einem Modellversuch mit 80 Gemeinden, die ihre Bereitschaft zur Teilnahme erklärt haben, erprobt werden. Der Modellversuch, der am 1. September 1980 begann, soll am 1. September 1982 beendet werden.

Der Modellversuch soll Erkenntnisse darüber bringen, wie die positiven Erfahrungen der Modellstädte bei der Intensivierung des Selbstschutzes genutzt werden können, um generell dem Selbstschutz neue Impulse zu geben. Auch soll er Aufschluß darüber geben, wie die Unterstützung der Gemeinden beim Aufbau des Selbstschutzes durch den BVS weiter verbessert werden kann. Es ist vorgesehen, die gewonnenen Erfahrungen aus dem Modellversuch nach Abschluß allen Gemeinden in der Bundesrepublik zugänglich zu machen.

## Die Maßnahmen im Rahmen des Modellversuchs

Zum Abbau des Informationsdefizits der Bevölkerung über Vorsorge- und Selbstschutzmaßnahmen und zur Verbesserung des Selbstschutzes in den Gemeinden hat der BVS im Rahmen des Modellversuches eine Reihe von Maßnahmen in Form eines Ablaufplanes entwickelt:

● Grundlagen für den Aufbau eines aktiven Selbstschutzes sind die organisatorischen Maßnahmen, die den Gemeinden gemäß §§ 3, 4 und 5 Verwaltungsvorschrift Selbstschutz obliegen, nämlich die Einteilung des

Gemeindegebietes in Wohnbereiche von 6000 bis 10000 Einwohnern sowie die Beschreibung dieser Wohnbereiche. Ferner müssen Vorbereitungen getroffen werden, die die Entwicklung und personelle Besetzung der Beratungs- und Leitstellen sicherstellen. Zur gegenseitigen Unterstützung des Selbstschutzes sollte eine Abstimmung des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten erfolgen.

● Zur Übernahme der verwaltungsmäßigen Aufgabe des Selbstschutzes ist von den Gemeinden ein geeigneter Mitarbeiter ihrer Verwaltung zum Selbstschuttsachbearbeiter zu bestimmen. Dieser wird vom BVS in dem Selbstschutz-Fachlehrgang „Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes“ auf seine Aufgaben vorbereitet.

● Nach Abschluß dieser organisatorischen und personellen Maßnahmen soll durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde das Interesse der Bürger am Selbstschutz geweckt und die Gewinnung von Selbstschutzberatern vorbereitet werden. Zur Verstärkung ihrer Öffentlichkeitsarbeit kann sich die Gemeinde der Unterstützung des BVS bedienen, der durch die Vielzahl seiner Maßnahmen entscheidend zum Gelingen dieses Vorhabens beitragen kann. Als besonders wirkungsvoll hat sich die Durchführung einer Selbstschutzwoche erwiesen, in deren Verlauf verschiedene Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Durch die zeitliche und örtliche Konzentration wird angestrebt, einen Großteil der Bürger für den Selbstschutzgedanken zu interessieren.

● Gleichzeitig mit der verstärkten Motivation der Bürger sollen die Behörden und Betriebe der Gemeinde zur Teilnahme an der Ausbildung im Selbstschutz bewegt werden.

● Durch das durch die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gestiegene Interesse der Bürger am Selbstschutz wird es möglich sein, eine Reihe von Bürgern für die Aufgaben eines Selbstschutzberaters zu interessieren. In Gesprächen und mit Hilfe der Werbeschrift, welche den Gemeinden vom BVS zur Verfügung gestellt wird und in der die Aufgaben und die Bedeutung der Selbstschutzberater dargestellt werden, sollen die Interessenten als Selbstschutzberater gewonnen werden.

● Die gestiegene Aufmerksamkeit soll zur Ausbildung der Bevölkerung, Behörden und Betriebe im Selbstschutz genutzt werden. Die Ausbildung der Selbstschutzberater soll gleichfalls durchgeführt werden. Sie umfaßt neben dem Grund- und den Ergänzungslehrgängen den Fachlehrgang „Selbstschutz-Beratung und -Leitung“,

der an den BVS-Schulen durchgeführt wird. Je nach Ausbildungsstand der Selbstschutzberater in den einzelnen Gemeinden soll der Selbstschutz-Fortbildungslehrgang „Selbstschutz-Beratung und -Leitung“ durchgeführt oder als weitere Fortbildungsmaßnahmen Selbstschutz-Schulungen oder -Übungen durchgeführt werden.

● Zur Ermöglichung eines Informationsaustausches zwischen den am Modellversuch teilnehmenden Gemeinden über ihre Erfahrungen beim Aufbau und der Förderung des Selbstschutzes wird – in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Landkreisen – die hier vorliegende Zeitschrift „Selbstschutz aktuell“ herausgegeben. Die Zeitschrift erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus, ihr Erscheinen ist vorerst auf die Dauer des Modellversuchs beschränkt. Empfänger sind die Hauptverwaltungsbeamten, die Selbstschuttsachbearbeiter und die Selbstschutzberater der Modellgemeinden. Dem Empfängerkreis sollen durch die Zeitschrift aktuelle Informationen über die politischen und administrativen Entwicklungen auf dem Gebiet des Zivil- und Selbstschutzes, praktische Hinweise zur Durchführung der Vwv-Selbstschutz auf kommunaler Ebene und Hinweise auf das BVS-Angebot für Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit gegeben werden. Um die vordringliche Aufgabe, den Informationsaustausch zwischen den Gemeinden, erfüllen zu können, sollen die Gemeinden durch eigene Beiträge über beispielhafte Aktionen in ihren Gemeinden sowie Erfahrungsberichte und Verbesserungsvorschläge maßgeblich zur Gestaltung der Zeitschrift beitragen. Auf diesem Wege soll es ermöglicht werden, allen Gemeinden Anregungen zur Intensivierung des Selbstschutzes zukommen zu lassen.

● Um das Ergebnis des Modellversuches erfassen zu können, wird den Gemeinden ein Fragebogen zugestellt. Nach Abschluß des Modellversuches soll anhand der ausgefüllten Fragebogen der Modellversuch ausgewertet werden. Es wird dann möglich sein, einen Überblick über den Stand des Selbstschutzes in den Gemeinden zu gewinnen, und – im Vergleich mit dem Stand vor Beginn des Modellversuches – die Fortentwicklung festzustellen.

Durch die Vielzahl der im Ablaufplan vorgesehenen Maßnahmen wird es den Gemeinden möglich sein, das Ziel des Modellversuches, die Aktivierung des Selbstschutzes, erreichen zu können. Es ist insofern zu erwarten, daß von dem Modellversuch wesentliche Impulse zur Verstärkung der Eigenvorsorge aller Bürger im Rahmen des Selbstschutzes ausgehen werden. Damit wäre der Erfolg gesichert und der Modellversuch hätte seinen Zweck erfüllt.

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Neumünster.** Sein 40jähriges Jubiläum im öffentlichen Dienst beging Wolfgang Busch, Leiter der BVS-Dienststelle Neumünster. Zugleich konnte der gebürtige Kieler auf eine 25jährige ehren- und hauptamtliche Tätigkeit im BVS zurückblicken. „Die Hilfe für den Nächsten zieht sich wie ein roter Faden durch das Berufsleben des Jubilars“, hob BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender



BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender (rechts) überreichte Wolfgang Busch (Mitte) die Ehrenurkunde für 40 Jahre Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Links im Bild der Kieler Ratsherr Dr. Hermann.

der beim Überreichen der Ehrenurkunde hervor. Anlässlich eines Empfangs überbrachten Vertreter der Stadt Kiel, von Organisationen und Verbänden, der Bundeswehr und Mitarbeiter der BVS-Landesstelle sowie der BVS-Dienststelle Neumünster dem Jubilar ihre Glückwünsche. Erst vor knapp einem Jahr hatte der bisherige Kieler BVS-Dienststellenleiter die Leitung der Dienststelle Neumünster übernommen.

**Elmenhorst.** Die Gemeinde Elmenhorst hat seit kurzem einen Selbstschutz-Berater: Die Gemeindevertretung wählte den 47jährigen Sparkassenangestellten Peter Radeleff. Zu seinen Stellvertretern wurden Dieter Lohse und Emil Schramm bestimmt. Nach der Wahl müssen alle drei nun vom Vorsteher des Amtes Bargtheide-Land offiziell ernannt werden.

**Kiel.** Die Aufnahme einer „Katastrophenschutz-Seite“ in die Telefonbücher hat der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Rainer Ute Harms vorgeschlagen. Nach seiner Auffassung besteht in der Bevölkerung ein erhebliches

Informationsdefizit über jene Verhaltensmaßnahmen, die im Katastrophenfall notwendig sind. Ausführliche Broschüren, die gewiß auch ihren Wert hätten, seien in einer Krise nur von bedingtem Nutzen. Darum sollte auf einer Seite im Telefonbuch eine Zusammenfassung der wesentlichsten Verhaltensregeln für den Katastrophenfall zur Verfügung stehen.

**Norderstedt.** „Dabeisein ist alles“ sagten sich die Beschäftigten im Rathaus der Stadt Norderstedt und meinten damit die Beteiligung an der Selbstschutzwoche in ihrer Stadt. 19 Frauen und Männer ließen sich im Brandschutz, Bergungs- und Sanitätsdienst durch die BVS-Dienststelle Neumünster ausbilden. Grund- und Fachlehrgänge wurden aufeinanderfolgend als Lehrgangsreihe durchgeführt. So war in verhältnismäßig kurzer Zeit die gesamte Behörden-selbstschutz-Ausbildung abgeschlossen. Da für die praktische Ausbildung in Norderstedt kein Übungsgelände vorhanden war, vereinbarte die BVS-Dienststelle mit der Selbstschutzschule der Bundeswehr in Osterrönfeld die Nutzung des dortigen Übungsgeländes.

Bürgermeister Embacher sprach allen Teilnehmern anlässlich eines kleinen Empfangs seinen Dank aus. Inzwischen haben sich weitere 15 Beschäftigte der Stadt zu einer Ausbildung im Behörden-selbstschutz angemeldet.

**Hohenlockstedt.** Einen Lichtbildvortrag über Schutzmöglichkeiten vor den Wirkungen von Angriffswaffen hielt BVS-Redner Buhmann auf einer Versammlung der Hausfrauen-Union in Hohenlockstedt. Besonders die älteren Teilnehmerinnen waren für die zahlreichen Hinweise und Tips dankbar.

**Bad Oldesloe.** Die erste Lehrgangsreihe für Selbstschutz-Berater der Gemeinden ist Ende Januar im Kreis Stormarn angelaufen. Die Selbstschutz-Berater, die unter der Leitung von Horst Grabner – Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Lübeck – im Sitzungssaal der Amtsverwaltung Bargtheide-Land zusammentrafen, kommen aus den Gemeinden Bargfeld-Stegen, Tremsbüttel, Delingsdorf, Jersbek, Nienwold, Todendorf und der Stadt Bargtheide. Die Ausbildung umfaßt einen Selbstschutz-Grundlehrgang sowie die Ergänzungslehrgänge „Selbstschutz in Wohnstätten“ und „Strahlenschutz“.

**Bad Segeberg.** 16 Mitglieder der Segeberger Verbrauchergemeinschaft beteiligten sich an einem Selbstschutz-

Grundlehrgang, der vom Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Neumünster, Erich Kentrup, durchgeführt wurde. Neben dem theoretischen und praktischen Unterricht kam es den Teilnehmern, so die Vorsitzende der Verbrauchergemeinschaft Hildegard Rohwedder, auch darauf an, für den Selbstschutzgedanken nach dem Lehrgang als Multiplikator wirken zu können.

**Schleswig.** An einem Selbstschutz-Grundlehrgang beteiligten sich in Schleswig Vertreterinnen von über vierzig Frauenorganisationen im nördlichsten Bundesland. Die Delegierten des Landesfrauenrates ließen sich von der Fachgebietsleiterin „Frauenarbeit im BVS“ der BVS-Dienststelle Schleswig-Holstein, Beatrix Thomsen, in die Grundkenntnisse lebensrettender Sofortmaßnahmen einweisen. Die Teilnehmerinnen waren beeindruckt, wie viele Vorkehrungen zum eigenen Schutz und zum Schutz anderer getroffen werden können.

## Ehrungen und Verabschiedungen

Anlässlich von Gemeinschaftsveranstaltungen der BVS-Helferinnen und -Helfer in Kiel und Neumünster ehrte und verabschiedete der Leiter der BVS-Dienststelle Neumünster, Busch, langjährige, verdiente ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem BVS ausgeschieden. So überreichte Busch der Fachbearbeiterin „Frauenarbeit im BVS“ der ehemaligen BVS-Dienststelle Kiel, Herta Holzhaacker, die BVS-Ehrendnadel und eine Dankurkunde. Herta Holzhaacker war seit 1971 Helferin des Verbandes. Als BVS-Fachlehrerin übernahm sie 1972 die Aufgabe der Facharbeiterin II 5. Durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit in Vorständen von Frauenverbänden schaffte sie viele Kontakte zum BVS. Dadurch konnten viele Informationsveranstaltungen, Seminare sowie auch Selbstschutz-Grundlehrgänge bei den Frauenverbänden durchgeführt werden.

Bruno Mizgayski, BVS-Helfer seit 1960, Träger der BVS-Ehrendnadel, war fast acht Jahre Helfervertreter der ehemaligen BVS-Dienststelle Kiel und hat sich besondere Verdienste als BVS-Fachlehrer bei der Ausbildung von Behörden-selbstschutzkräften erworben. Er erhielt zum Abschied eine Dankurkunde sowie von den ehrenamtlichen Kieler BVS-Mit-

arbeitern zur Erinnerung einen Bildband von Kiel.

32 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus dem gesamten Bereich der BVS-Dienststelle Neumünster führten in den neuen Diensträumen eine Arbeitsgemeinschaft durch. Bei dieser Gelegenheit wurden durch BVS-Dienststellenleiter Busch die Helfer Hildegard Brandt

und Gustav Schäfer, beide Träger der BVS-Ehrendnadel, wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem ehrenamtlichen Dienst entlassen und erhielten eine Dankurkunde.

Hildegard Brandt, seit 1957 beim BVS, war BVS-Fachlehrerin und von 1967 bis 1973 als Bürohilfskraft hauptamtlich tätig. Danach wieder als ehrenamtliche

BVS-Helferin berufen, half sie als „Seele der BVS-Dienststelle Neumünster“ auch freiwillig bei innerdienstlichen Aufgaben mit. Gustav Schäfer, seit 21 Jahren BVS-Helfer, hatte in dieser Zeit verschiedene Funktionen. So war er u. a. ehrenamtlicher Dienststellenleiter und BVS-Beauftragter am Sitz der Kreisverwaltung Segeberg.

## Bremen



### „Informationsbörse für Frauen“ in Bremen

Während der „Informationsbörse für Frauen“, die vom 2. bis 7. Februar 1981 in der unteren Halle des Alten Bremer Rathauses stattfand, ließen sich über 3500 Besucher, darunter mehr als 2500 Frauen, über die Aufgaben des BVS informieren. Die Beteiligung war damit wieder einmal ein großer Erfolg. Die ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter informierten die Besucher in erster Linie über das Thema „Die Frau im Selbstschutz“. Große Aufmerksamkeit fand die aufschlußreiche Broschüre „Mitmachen macht Mut – Frauen können mehr beim Bundesverband für den Selbstschutz“, die interessante Hinweise dazu gibt, wie sich Frauen im BVS engagieren können und welche Möglichkeiten bestehen, sich ausbilden zu lassen.

Auf vier großen Ausstellungstafeln machte der BVS auf sein Anliegen aufmerksam: „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“, „Was ist Selbstschutz?“

„Überleben können Sie lernen“ und „Die Mitarbeit im BVS“.

Das Prospektmaterial war nicht nur für Besucherinnen informativ, die sich direkt für eine Mitarbeit im BVS interessierten, sondern darüber hinaus auch für alle anderen, die im Verlauf der fünf Veranstaltungstage in die untere Rathauhalle kamen. Man konnte beispielsweise ein Faltblatt mitnehmen, in dem alle Sirensignale aufgeführt sind, sowie Broschüren zur Lebensmittel-Bevorratung.

### BVS-Ehrendnadel für Erich Behrendt

In Würdigung und Anerkennung seiner Verdienste um den Selbstschutz verlieh der Präsident des BVS dem THW-Ortsbeauftragten Erich Behrendt die BVS-Ehrendnadel. Georg Jakubeit, BVS-Landesstelle Bremen, überreichte die Auszeichnung in einer kleinen Feierstunde.

Der 60 Jahre alte Betriebsinspektor der

Deutschen Bundespost ist seit vielen Jahren THW-Ortsbeauftragter in Bremen-Schwachhausen. Von 1955 bis 1956 war er zudem Gastausbilder des THW an der damaligen BLSV-Landeschule. Seine enge Verbindung zum BVS führte zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der BVS-Landesstelle und dem THW-Landesverband.

Jakubeit betonte in seiner Rede das Engagement von Erich Behrendt: „Ihre über viele Jahre hinweg in eigener Verantwortung organisierte Teilnahme von THW-Helferanwärtern an der Selbstschutzausbildung des BVS führte 1979 zu einer generellen Regelung für das Land Bremen. Seit dieser Zeit werden alle Helferanwärter des THW-Landesverbandes erst nach dem Absolvieren des Selbstschutz-Grundlehrganges und der BVS-Ergänzungslehrgänge zu Helfern berufen.“ Eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen habe es der BVS-Landesstelle darüber hinaus ermöglicht, den Selbstschutzgedanken auch den THW-Helfern zu vermitteln.

## Niedersachsen



### „Schutz und Wehr“ in Cloppenburg

Wie schon in anderen Städten Niedersachsens war auch in Cloppenburg das Interesse an der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ sehr groß.

Daß Selbsthilfe und Selbstschutz nicht „Erfindungen“ unserer Zeit sind, sondern auch in der Vergangenheit lebensnotwendig gewesen sind, betonte Oberkreisdirektor Herbert Rausch in seiner Eröffnungsrede. Früher sei nachbarschaftliche Hilfe selbstverständlich gewesen, heute verlasse man sich aber zu gerne auf den Staat. Die Öffentlichkeit vergesse dabei aber, daß auch der Staat letztlich nur die Gemeinschaft der Bür-

ger vertritt. Der Staat könne die Bevölkerung nur dann wirksam schützen, wenn der Bürger selbst mitmacht, führte Rausch weiter aus.

### Erfolgreiche Bilanz in Lüneburg

Auf ein erfolgreiches Jahr 1980 können Helferinnen und Helfer der BVS-Dienststelle Lüneburg zurückblicken. 9406 Bürger wurden in 391 Selbstschutzlehrgängen ausgebildet. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß mehr als die Hälfte der Veranstaltungen von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt wurden.

444 Teilnehmer wurden in dem Bereich „Selbstschutz in Arbeitsstätten“ aus-

und weitergebildet. Zu diesen Leistungen kommen noch 106 Informationsveranstaltungen mit rund 3200 Besuchern.

### Versuch lohnte sich

Um Teilnehmer für einen Selbstschutz-Grundlehrgang zu werben, ließ der Hauptverwaltungsbeamte der Stadt Soltau in neun örtlichen Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 190000 Exemplaren eine öffentliche Bekanntmachung drucken, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Die BVS-Dienststelle Lüneburg erhielt viele Anfragen aus der Bevölkerung und plant ähnliche Aktionen auch in anderen Städten.

## BVS-Seminar für Landfrauen

**Körtlinghausen.** Im Februar besuchten Damen aus den Führungsgremien des Deutschen Landfrauenvereins der Kreise Coesfeld und Borken die BVS-Schule Körtlinghausen. In einem zweieinhalbtägigen Informationsseminar wurde den Frauen ein Überblick über die gesamte Breite des BVS-Angebots gegeben und dabei auf die besondere Situation der Frau in Gefahrenfällen hingewiesen. In ihrem Referat stellte die Sachbearbeiterin für „Frauenarbeit im BVS“ der Bundeshauptstelle Köln, Brigitte Weißenhagen, das Anliegen des BVS heraus, insbesondere Frauen für den Selbstschutzgedanken zu interessieren. Denn gerade die Frau ist es, die in Not- und Krisensituationen, vor allem aber in einem Verteidigungsfall, meist allein für die Familie verantwortlich ist und dann selbstschutzmäßig handeln muß.

Als Gast nahm Ulrike Brüne-Rottner, freie Journalistin beim Zentralverband der katholischen Frauen Deutschlands, an dem Seminar teil. Sie sammelte Informationen über die BVS-Arbeit für eine Reportage in der Zeitschrift „Frau und Mutter“. Auf diesem Weg soll erreicht werden, möglichst viele Frauen zu motivieren, Selbstschutzmaßnahmen zu erlernen.

Die Landfrauen zeigten übrigens großes Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit mit dem BVS.

## Baufachleute informierten sich

**Köln.** Das Thema „Schutzraumbau“ stand im Mittelpunkt einer eintägigen BVS-Informationsveranstaltung in Köln für den Bund Deutscher Baumeister (BDB). Über 50 Baufachleute informierten sich über den Bau von Schutzräumen in Alt- und Neubauten. Viele technische Fragen wurden beantwortet. Besonders wurde auf die Zuschüsse des Bundes und auf die Steuererleichterung beim Bau eines Schutzraumes hingewiesen.

## Über 5000 Besucher bei BVS-Ausstellungen

**Hagen/Bottrop.** „Kinder malen Katastrophen- und Selbstschutz“, unter diesem Titel führte die BVS-Dienststelle Hagen in der Bürgerhalle des Rathauses

Hagen eine Ausstellung durch. Zu sehen waren rund 150 der besten Ergebnisse eines 1977 bundesweit durchgeführten BVS-Malwettbewerbs für Kinder im Alter von 8 bis 13 Jahren.

Der Schirmherr der Ausstellung, Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller, stellte in seiner Eröffnungsansprache fest, daß gerade die Überlegungs- und Vorstellungskraft der Kinder angesprochen wurde, etwas zu tun, zu entwickeln, eine Maßnahme zu ergreifen, die aus kindlicher Sicht Katastrophen verhindern oder einschränken kann.

BVS-Landesstellenleiter Eykmann betonte, zu den Aufgaben des BVS gehöre es, an das bürgerschaftliche Selbstverantwortungsgefühl zu appellieren. „Wir wollen lediglich Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, wir wollen nicht Ersatz für die Eigeninitiative des Bürgers sein.“

Die Veranstaltung fand großes Interesse. Innerhalb 14 Tagen sahen sich etwa 3300 Bürger die Exponate an. Acht Lehrer kamen mit ihren Klassen, etwa 250 Schüler. Prominenteste Besucherin war Staatsministerin a.D. Liselotte Funcke (F.D.P.).

Die Ausstellung wurde von der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen auch in Bottrop gezeigt und hier vom Schirmherrn, Oberbürgermeister Ernst Wilczok, eröffnet. Vorher hatte BVS-Landesstellenleiter Eykmann in einem kurzen Referat auf die Aufgaben des BVS hingewiesen. Fast 1500 Erwachsene und viele Schulklassen besuchten die Schau. Die Kinder suchten vor allem Anregungen für den mit der Ausstellung verbundenen Malwettbewerb. Von der Bottroper Geschäftswelt wurden Preise im Werte von rund 3000 DM zur Verfügung gestellt, u.a. ein tragbarer Fernseher (1. Preis), ein Fahrrad (2. Preis) und eine Fotoausrüstung (3. Preis). Bis zum Schlußtermin wurden 513 Bilder eingeschickt.

## „Sonderangebot“ für den Einzelhandel

**Leverkusen.** Ein Jahr nach der Umstrukturierung des BVS äußerte sich die BVS-Dienststelle Leverkusen in einer Bilanz zufrieden über die Entwicklung. In ihrem Leistungsbericht für das Jahr 1980 wies die Dienststelle darauf hin, daß die Schwierigkeiten, die durch den Gebietszusammenschluß mit Solingen und Remscheid 1979 auftraten, inzwischen aus dem Wege geräumt worden sind.

Künftig soll in Leverkusen der Einzelhandel verstärkt über Möglichkeiten des Brandschutzes im Betrieb informiert werden. In halbtägigem Unterricht werden dem Personal notwendige Maßnahmen im Falle eines Brandes erläutert. Selbstschutz-Grundlehrgänge sollen sich anschließen.

## Feuerwehr auf der Schulbank

**Herford.** Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Herford, einschließlich der in den Außenbezirken der Stadt stationierten eigenständigen fünf Löschgruppen, wurden von der BVS-Dienststelle Herford über spezielle Selbstschutz-Themen unterrichtet. Brandamtsrat Ellenbeck, Stadt Herford, bezeichnete den allgemeinen Ausbildungsstand seiner Feuerwehren als gut, sah aber eine Auffrischung der Kenntnisse über das Thema „Wirkungen und Schutzmöglichkeiten bei Einsatz von ABC-Kampfmitteln“ als erforderlich an. An zehn Abenden vertieften lebhaft Diskussionen den Lehrstoff. „Man lernt nie aus – auch alte Hasen können noch etwas lernen“, war die einhellige Meinung der Feuerwehrleute. Das Angebot der weiteren Fortbildung auf Ortsebene wurde sehr begrüßt.

## Erfolgreiche Jahresbilanz

**Oberhausen.** Zum Abschluß des ersten Jahres des gemeinsamen Dienstbereichs Oberhausen/Duisburg konnte die BVS-Dienststelle Oberhausen eine erfolgreiche Jahresbilanz vorlegen. An 239 Grundlehrgängen nahmen 5462 Männer und Frauen teil. 56 BVS-Ergänzungs- und Fachlehrgänge hatten zusammen 437 Teilnehmer. Neben dieser Ausbildungsleistung nennt der Jahresbericht 160 Veranstaltungen im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“, durch die insgesamt 4600 Personen angesprochen wurden.

## Schule und BVS

**Münster.** Um mehr Selbstschutzinformation in allen Schulbereichen ging es bei einer BVS-Informationsveranstaltung, an der Vertreter der oberen und unteren Schulaufsichtsbehörden, Leiter von Schülern und Schulleiter teilnahmen. Im Vordergrund stand dabei nicht die Durchführung von noch mehr Selbstschutz-Grundlehrgängen in Schulen, vielmehr kam es den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Münster darauf an, den

Verantwortlichen darzulegen, welche Informationsaufgaben der BVS hat und wie Themen des Selbstschutzes an den Schulen in den normalen Unterrichtsablauf eingeplant werden können.

Es zeigte sich bei diesem ersten Meinungsaustausch zwischen Schule und BVS sehr schnell, wie unterschiedlich die Begründungen für die Notwendigkeit des Selbstschutzes ausfallen können. Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, daß in vielen Schulbereichen noch ein Nachholbedarf an Selbstschutzzinformationen abzudecken ist. Dies gilt gleichermaßen für Pädagogen wie Schüler.

### „Sicherheit auch in der Freizeit“

**Düsseldorf.** Unter dem Motto „Sicherheit auch in der Freizeit“ beteiligte sich die BVS-Dienststelle Düsseldorf an der Messe „boot 81“. Die in Ausdehnung und Angebot erweiterte Messe gestattete durch ein großzügiges Flächenangebot ein günstiges Arrangement der BVS-Ausstellungskoje und einer mit Hilfe zahlreicher Leuchtkästen gestalteten Freifläche. Die Besucherzahl hat sich gegenüber 1979 fast verdoppelt. Von den 16420 Personen, die den BVS-Stand besuchten, waren rund 5500 Frauen.

### Ein erfolgreicher Weg

**Münster-Ostbevern.** In einer gemeinsamen Jahresplanung der Gemeinde Ostbevern und der BVS-Dienststelle Münster wurden schon sehr frühzeitig die Termine für die Durchführung von Selbstschutz-Grundlehrgängen festgelegt. Mit Plakaten, Pressemitteilungen und Einladungen an die Vereine und Verbände wurde besonders auf Brandbekämpfungsmaßnahmen, Schutzraumbau, Notvorrat und die Aufgaben des Zivilschutzes hingewiesen. Das Informationsangebot des BVS wurde von den Bürgern positiv aufgenommen, denn am ersten Veranstaltungsabend waren 101 Teilnehmer erschienen. 90 Teilnehmer erreichten davon in drei verschiedenen Lehrgängen einen Abschluß.

### 25jähriges Dienstjubiläum

**Recklinghausen.** In einer kleinen Feierstunde ehrte BVS-Landesstellenleiter Eykmann Jochen Kaufner aus Anlaß seines 25jährigen Dienstjubiläums und überreichte ihm eine Dankurkunde.



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) überreicht Joachim Kaufner (Mitte) die Dankurkunde. Links, Horst Haase, Vorsitzender des örtlichen Personalrates.

Kaufner kam 1957 zur damaligen BLSV-Landesstelle Nordrhein-Westfalen als Hilfssachbearbeiter. Ab 1. Oktober 1963 übernahm Kaufner die Leitung des Fachgebietes „Ausbildung“ bei der BVS-Landesstelle. Acht Jahre lang, von 1971 bis 1979, war er Mitglied des Bezirkspersonalrates des BVS.

Kaufner bedankte sich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Er hoffe auch in Zukunft auf die bewährte Kollegialität. Durch die Freude an der Aufgabe sei ihm die Arbeit immer leichtgefallen.

### BVS-Ausbildung im Krankenhaus

**Leverkusen.** Im Laufe des Jahres 1981 werden alle Beschäftigten des Städtischen Krankenhauses von der BVS-Dienststelle Leverkusen in den BKO-Fachlehrgängen „Brandschutz“ und „Bergung“ unterrichtet. Die gleichen Ausbildungsreihen werden auch in den Krankenhäusern von Solingen und Wermelskirchen durchgeführt.

### „Maßnahmen im Zivil- und Katastrophenschutz reichen nicht aus“

Mit der Erkenntnis, daß die Organisation des Zivil- und Katastrophenschutzes ohne die Mitarbeit des einzelnen wir-



Die Experten machten deutlich, daß die Maßnahmen im Zivil- und Katastrophenschutz nicht ausreichen. V. l. n. r.: Oberstleutnant Günther Bleis, Leiter des Seminars, Dr. P. W. Kolb, Präsident des BZS, und BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann.

kungslos bleiben muß, endete ein gesellschaftspolitisches Seminar des Deutschen Bundeswehr-Verbandes vom 2. bis 6. Februar 1981 im Walberberger Institut.

Experten von Kommunal- und Landesverwaltungen, Hilfsorganisationen und Bundesbehörden machten deutlich, daß die derzeitigen Maßnahmen im Zivil- und Katastrophenschutz bei weitem nicht ausreichen. Erschreckendes Zahlenmaterial belegte, daß im Verteidigungsfall nur drei Prozent der Bevölkerung ausreichende Schutzräume vorfände. Auch die medizinische Versorgung der Zivilbevölkerung ist nicht ausreichend gewährleistet. So stehen geplanten 600000 Krankennotbetten zur Zeit lediglich rund 80000 Notbetten gegenüber.

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Rechtsgrundlagen der zivilen Verteidigung bereinigt, zusammengefaßt und ressortübergreifend abgestimmt werden müßten, um im Falle einer Naturkatastrophe, eines Nuklear-Unglücks oder eines militärischen Überfalls den Grundsatz der Zivilbevölkerung sicherzustellen. Es sollte auch eine ehrliche Aufklärung der Bevölkerung erfolgen, für die ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müßten.

In einer abschließenden Befragung von Experten nahmen der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, der Leiter der BVS-Landesstelle NRW, Eykmann, sowie ein Vertreter des Oberkreisdirektors des Erftkreises Stellung zu den Fragen der Seminar-Teilnehmer.

### „Der Mensch im Mittelpunkt“

**Schwelm.** In der Eingangshalle des Kreiskrankenhauses des Ennepe-Ruhr-Kreises in Schwelm eröffnete Oberkreisdirektor Homberg am 15. Januar 1981 die BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. „Diese Ausstellung soll“, so der Oberkreisdirektor, „die Menschen motivieren, Sicherheit nicht nur zu fordern, sondern sie auch durch eigene Initiative selbst zu praktizieren.“

Lebhaftes Interesse an allen Selbstschutzfragen zeigten die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses „Sozialwissenschaft“ des Märkischen Gymnasiums in Schwelm, die an der Eröffnung teilnahmen.

Im Rahmen der Ausstellung wurde für 48 Beschäftigte der Stadt Schwelm eine Aufklärungsveranstaltung durchgeführt, an der auch Stadtdirektor Kulow teilnahm. Auch hier wurde bekundet, den Selbstschutz in Schwelm zu aktivieren.

## Hessen-Rundschau

**Lampertheim.** Zum ersten Mal war im Lampertheimer Stadthaus die BVS-Ausstellung „Rat aus erster Hand“ zu sehen, die aus acht Kunststofftafeln besteht, deren Text identisch ist mit der gleichnamigen BVS-Broschüre. Die mit Schaukästen angereicherte Ausstellung ist besonders gut geeignet für Rathäuser, Banken, Sparkassen, Bürger- und Kulturzentren. Die BVS-Dienststelle Darmstadt hatte die Vorbereitungen getroffen und Informationsmaterial bereitgestellt.

\*

**Darmstadt.** Mit Beginn dieses Jahres hat die Volkshochschule Darmstadt in ihr Programm für das 1. Semester 1981 die Thematik des Selbstschutzes aufgenommen. In Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Darmstadt werden unter dem Titel „Gesellschaft und Politik“ Selbstschutz-Grundlehrgänge angeboten. Ein weiteres Angebot ist unter der Rubrik „Naturwissenschaft und Technik“ mit dem Untertitel „Physik – gefährliche Strahlen – Strahlenschutz“ vermerkt. Die BVS-Dienststelle hofft, daß die Bürger von diesem Angebot regen Gebrauch machen.

\*

**Limburg-Weilburg.** Josef König, ehrenamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wiesbaden und BVS-Beauftragter für den Kreis Limburg-Weilburg, führte gemeinsam mit Heinz Kossak in mehreren Dörfern Selbstschutz-Grundlehrgänge durch. In elf Orten sind außerdem bei Landfrauenvereinen Vorträge vorgelesen bzw. schon durchgeführt.

\*

**Vellmar.** In einem Aufruf machte der Bürgermeister von Vellmar, Wagner, die Bürger, Vereine und Verbände auf die Möglichkeiten der Selbstschutz-Ausbildung beim BVS aufmerksam und warb gleichzeitig um freiwillige Mitarbeit. Vorbereitet hatte die Aktion die ehrenamtliche Mitarbeiterin der BVS-Dienststelle Kassel, Frau Buddack.

\*

**Oberursel.** Bürgermeister Harders, Oberursel, überreichte in einer kleinen Feier den Selbstschutz-Beratern Friedel

Kern, Oberursel-West, Kurt Schäfer, Stierstadt, und Rita Britten, Oberstedten, die Bestallungsurkunden.

\*

**Kassel.** Die BVS-Dienststelle Kassel führte Anfang 1981 für führende Mitarbeiter aus kirchlichen Bereichen ein Informationsseminar durch. Referent war u. a. Oberlandeskirchenrat Hering. Vor kurzem konnte nun in Verbindung mit den Mitgliedereinrichtungen des Diakonischen Werkes in Kurhessen-Waldeck wiederum ein zweitägiges BVS-Informationseminar durchgeführt werden.

Die Teilnehmer waren zunächst sehr skeptisch und zurückhaltend, gehörte ein Teil von ihnen doch der Generation an, die die Schrecken des Krieges miterlebt haben. Die Reserviertheit schlug jedoch bald in Offenheit um und ermöglichte eine lebhaftige Diskussion. Voraussetzung hierfür war eine sehr offene, nichts beschönigende, aber auch nicht dramatisierende Vortragsweise aller Referenten.

Während am ersten Tage mehr allgemeine Fragen an die Referenten gestellt wurden, mußten zu Beginn des zweiten Tages detaillierte Fragen beantwortet werden; ein Beweis, daß die Teilnehmer sich in ihrer abendlichen Freizeit mit der Problematik des Zivil- und Katastrophenschutzes eingehend beschäftigt hatten.

\*

**Wiesbaden.** Die BVS-Landesstelle Hessen legte jetzt eine Bilanz ihrer Öffentlichkeitsarbeit 1980 vor. So wurden bei 1445 Informations-Veranstaltungen rund 47000 Teilnehmer gezählt. Über 173000 Besucher informierten sich bei den landesweiten BVS-Ausstellungen über die Themen des Selbstschutzes. Bei 25 Straßenaktionen wurden rund 14000 Bürger darüber informiert, was jeder einzelne zur Gefahren- und Schadensabwehr unternehmen kann. Der Jahresbericht weist auch rund 3250 Einzelberatungen im Selbstschutz, rund 1100 Beratungen über den Schutzraumbau und über 3100 allgemeine Anfragen zum Thema „Schutzraumbau“ aus.

\*

**Wiesbaden.** Die BVS-Landesstelle Hessen übersandte dem Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten die neue



BVS-Broschüre „Selbstschutz in der Landwirtschaft“. In einer Kurzbesprechung befaßte sich der Leiter der Abteilung „Landwirtschaft“, Dr. Keil, mit der Thematik der Publikation.

Der Abteilungsleiter führte aus: „Die Broschüre ‚Selbstschutz in der Landwirtschaft‘ gibt einen informativen Überblick über die Gefahren, die während eines militärischen Konfliktes durch Waffeneinwirkungen verschiedenster Art auf den landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Gesamtheit einwirken. Die möglichen Schädigungen von Nutztieren, pflanzlichen Erzeugnissen, Betriebsmitteln oder Gebäuden werden in ihrem ganzen Umfang, also auch mit den zu befürchtenden Folgewirkungen in aller Deutlichkeit dargestellt.“

Die vorliegende Veröffentlichung des BVS will jedoch nicht nur warnen vor den Gefahren und Auswirkungen militärischer Konflikte, sondern auch Hilfestellungen und Empfehlungen geben für einen hoffentlich nicht notwendig werdenden Verteidigungsfall.

In einem gesonderten Kapitel geht die Broschüre auf vorbereitende Selbstschutzmaßnahmen ein. Darin werden umfangreiche Hinweise auf Maßnahmen organisatorischer und technischer Art gegeben, die, wenn zur Vorsorge bereits in Friedenszeiten vorbereitet, sich im Konfliktfall als sehr wertvoll und in vielen Fällen als lebenswichtig erweisen können.

Aus diesem Grund erfüllt die Veröffentlichung ‚Selbstschutz in der Landwirtschaft‘ des BVS einen wichtigen und aner kennenswerten Beitrag im Rahmen der Vorsorgemaßnahmen der Bundesrepublik. Auch in der Hoffnung, daß sie niemals in die Praxis umgesetzt werden muß, wäre es wünschenswert, wenn diese Schrift innerhalb des landwirtschaftlichen Berufsstandes auf Interesse stoßen würde.“

## „Mitmachen macht Mut“

Über 3000 Besucher informierten sich bei der ersten „Informationsbörse für Frauen“ im Karlsruher Landesgewerbeamt über die Aktivität der teilnehmenden Organisationen. Bereits vor der offiziellen Eröffnung herrschte zwischen den

Schneider, nannte in einem Referat die drei Ziele der Informationsbörse: Jeder Frau soll Gelegenheit gegeben werden, ihre Aktivitäten öffentlich vorstellen zu können. Kontakte zwischen den verschiedenen Interessengruppen sollen



Über 3000 Besucher ließen sich über die Aktivitäten der teilnehmenden Organisationen informieren.

rund 60 Ständen, darunter auch der Informationsstand der BVS-Dienststelle Karlsruhe, reges Treiben. Oberbürgermeister Otto Dullenkopf hielt die Veranstaltung, die erstmals in einem größeren Rahmen stattfand, für eine gute Idee und einen neuen Weg. Er hob besonders den Mut zu einer gemeinsamen Repräsentation der verschiedenen Anliegen hervor.

Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen, Ursula

hergestellt sowie Anregungen für solche Frauen gegeben werden, denen bislang der Mut zum Mitmachen fehlte.

Die positive Bilanz schlug sich auch am BVS-Informationsstand nieder. Rund 600 Einzelgespräche fanden anlässlich der zwei Tage dauernden Börse statt. Für die Fachbearbeiterin „Frauenarbeit“ der Karlsruher BVS-Dienststelle, Elsässer, bestand die Möglichkeit, Kontakte mit verschiedenen Organisationen aufzunehmen bzw. für Interessenten zahlreiche Veranstaltungen zu planen.

## 30 Selbstschutz-Berater für Konstanz

Eine erste Gruppe von 30 Selbstschutz-Beratern konnte BVS-Beauftragter Usadel anlässlich eines Empfangs dem Konstanzer Oberbürgermeister vorstellen. Der Oberbürgermeister dankte den Selbstschutz-Beratern für ihre bisherigen Aktivitäten und verwies auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes sowie der weiteren Aktivierung von freiwilligen Mitarbeitern. BVS-Dienststellenleiter Gneist referierte über die Aufgaben des Selbstschutzes und der Selbstschutz-Berater.

Die Selbstschutz-Berater wollen sich in Zukunft öfter treffen, damit der Kontakt untereinander nicht abreißt. Für die laufende Information sorgt eine von der Stadt Konstanz herausgegebene Publikation „Der Selbstschutz-Berater“.

## BVS-Dienststelle Mannheim geht neue Wege

Als Modellversuch startete die BVS-Dienststelle Mannheim mit der Stadt Hockenheim eine Veranstaltungsreihe mit dem Ziel, die Bevölkerung im Selbstschutz auszubilden und Selbstschutz-Berater zu gewinnen. Nach Vorgesprächen mit dem BVS lud Bürgermeister Schrank alle Vereinsvorstände zu einer Informationsveranstaltung ein. Neben dem Bürgermeister und seinem Stellvertreter waren 75 Vereinsvorstände und Mitglieder erschienen. Bürgermeister Schrank begrüßte die Teilnehmer und wies auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes hin. Die BVS-Mitarbeiter Bruhns und Wojtischek informierten die Teilnehmer über die zivile Verteidigung, den Ausbildungsablauf eines Selbstschutz-Grundlehrganges und über die Aufgaben eines Selbstschutz-Beraters.

Eine rege Diskussion schloß sich an. Als Ergebnis konnte der BVS für zwei Vereine sofort einen Selbstschutz-Grundlehrgang terminieren, weitere Vereine bekundeten ihr Interesse.

An die Selbstschutz-Grundlehrgänge werden sich die Ergänzungslehrgänge „Selbstschutz in Wohnstätten“ und „Strahlenschutz“ anschließen. Aus diesem Teilnehmerkreis möchte die Gemeinde ihre Selbstschutz-Berater gewinnen.

## Stadt Ulm ehrte BVS-Mitarbeiter

Mit je einem „Ulmer Gulden“ zeichnete die Stadt Ulm die ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter Dietmar Greißing, Franz Schlecker und Robert Schlaier für ihre 25jährige Mitarbeit im BVS aus. In einer kleinen Feierstunde würdigte Bürgermeister Dr. Hartung die Leistungen der BVS-Mitarbeiter und bezeichnete sie als „Männer der ersten Stunde“, die seit 1955 maßgeblich am Aufbau des Selbstschutzes beteiligt sind.

## Zivilschutz-Magazin in Stadtbüchereien

Um das Zivilschutz-Magazin einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, erhalten die Stadtbüchereien in Heilbronn von der BVS-Dienststelle jeweils ein Exemplar. Die Büchereien haben dieses Angebot gerne angenommen und legen das Magazin in den Leseräumen aus.

Es bietet sich dabei auch die Möglichkeit, mit Einlegeblättern auf örtliche BVS-Veranstaltungen und Lehrgänge hinzuweisen.

## Den Selbstschutz verstärken

Mit einem Appell, sich verstärkt für die Belange und Aufgaben des Selbstschutzes zur Verfügung zu stellen, wandte sich BVS-Dienststellenleiter Franz Gneist, Rottweil, an die Dauchinger Bevölkerung. Gneist referierte auf Einladung des Volksbildungswerkes vor rund 60 Bürgern über das Thema „Selbstschutz in Gemeinde und Privathaushalt“. Zu viele Menschen verlassen sich auf die staatliche Katastrophenvorsorge, Selbsthilfe dagegen verkümmere zusehends. Aus diesem Grunde forderte der BVS-Dienststellenleiter die Bürger auf, sich mehr um den Selbstschutz zu kümmern.

## Forcierung des Behörden-selbstschutzes

Bei den letzten Staffelführer-Lehrgängen wurde durch die Behördenvertreter wiederholt auf verschiedene Unzulänglichkeiten im Bereich des Behördenselbstschutzes hingewiesen, wobei insbesondere die personellen und gerätetmäßigen Situationen im Vordergrund standen.

Diese Sachverhalte nahm BVS-Landesstellenleiter Koch zum Anlaß einer Erörterung mit Ltd. Ministerialrat Schmitz und Ministerialrat Grundmann, Abteilung Zivilschutz des Saarländischen Innenministeriums. Hierbei wurde die Notwendigkeit eines neuen Erlasses erkannt. Inzwischen hat das Ministerium die Landräte sowie alle staatlichen Landesverwaltungen gebeten, den personellen Aufbaustand des jeweiligen Behördenselbstschutzes zu überprüfen. Gleichzeitig wurden die Verwaltungen angehalten, über den Ausbildungsstand der Einsatzkräfte Aufschluß zu geben.

Erfreulicherweise hat das Innenministerium in den neuen Erlaß auch die Gemeindeverwaltungen, die bisher recht

unterschiedlich verfahren haben, einbezogen. Durch diese erneute Aktion soll der Behördenselbstschutz forciert und eine beschleunigte selbstschutzmäßige Ausbildung durch den BVS sichergestellt werden.

## Selbstschutzausbildung für Behinderte

Angeregt durch den Leiter der Sonderschule für Behinderte in Völklingen-Ludweiler, Rektor Bayer, führte die BVS-Dienststelle Saarlouis an dieser Schule einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. Mit großer Begeisterung nahmen die Schüler, die bis zu ihrem 18. Lebensjahr an der spezialisierten Schuleinrichtung bleiben und auch eine ihren Möglichkeiten und Eigenschaften entsprechende Berufsvorbereitung erhalten, an dem Grundlehrgang teil. Der Schwerpunkt der BVS-Ausbildung lag auf dem praktischen Teil. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Schule hatten die BVS-Fachlehrer ein entsprechendes Programm vorbereitet.

Der Erfolg war beachtlich, so daß von der Schulleitung, unterstützt von Lehrkräften und Schülern, der Wunsch nach einer Fortführung solcher Ausbildungsveranstaltungen geäußert wurde. Hervorgehoben wurde insbesondere, daß die Tätigkeit des BVS, über den eigentlichen Zweck der direkten Vorbereitung auf den Selbstschutz hinaus, bei den behinderten jungen Menschen das Gefühl von persönlicher Sicherheit, aktiver Tätigkeit und der Möglichkeit der eigenen Hilfe stärkte.

Allerdings gewannen auch die Mitarbeiter des BVS wichtige Erkenntnisse: Für die Ausbildungstätigkeit an solchen Einrichtungen muß ein entsprechend modifiziertes Programm erarbeitet werden.

Im Rahmen des „Jahres der Behinderten“ kann somit der BVS einen Beitrag leisten, der von beachtlicher und weitreichender Wirkung sein kann. Das Bemühen, die Behinderten aus ihrer Isolierung in die Gesellschaft voll einzugliedern, muß also nicht an dem Punkt enden, wo es um den Schutz des einzelnen im Notfall geht.

# Bayern

## Jahresabschlußbesprechung mit beachtlichem Leistungsbericht

Am Jahresabschlußgespräch der BVS-Dienststelle Kaufbeuren nahmen neben den haupt- und ehrenamtlichen BVS-Mitarbeitern auch Oberbürgermeister Rudolf Krause, Oberamtsrat Erwin Geßler von der Stadtverwaltung, Anton Hebel von der Landkreisverwaltung Ostallgäu und Edgar Denke von der BVS-Landesstelle Bayern teil. BVS-Dienststellenleiter Hildebrand bezeichnete die Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutzorganisationen, Behörden und Schulen als hervorragend und sprach allen dafür verantwortlichen Stellen sowie auch den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern seinen Dank aus. Besondere Anerkennung zollte er dabei den Mitarbeitern der fahrbaren BVS-Ausbildungs- und Aufklärungsstellen.

In einem Leistungsbericht trug BVS-Fachbearbeiter Heinz Hamm die Zahlen des Jahres 1980 vor. So konnten 62440 Personen bei Veranstaltungen und Aus-

stellungen ausgebildet, beraten und informiert werden. Der Oberbürgermeister bescheinigte der BVS-Dienststelle, daß sich ihre Arbeit sehen lassen könne. Deshalb gelte es, den beschrittenen Weg auf dem Gebiet des Selbstschutzes auch weiterhin fortzusetzen.

Edgar Denke hob die Bedeutung der ehrenamtlichen Mitarbeiter für den BVS hervor. Für das Jahr 1981 machte er deutlich, daß nach weiteren Möglichkeiten gesucht werden müsse, um den Gedanken des Selbstschutzes noch tiefer in das Bewußtsein der Bevölkerung einzutragen.

## Katastrophen- und Selbstschutzseminar für Bürgermeister

Mit den Auswirkungen des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes auf die kreisangehörigen Gemeinden, aber auch mit dem erweiterten Katastrophenschutz



Landrat Dr. Widmann forderte die Gemeinden zu verstärkten Maßnahmen im Selbstschutz auf (von rechts): BVS-Dienststellenleiter Schramm, Oberamtsrat David, Dr. Widmann.

und dem Aufbau des Selbstschutzes in der Gemeinde befaßten sich die Bürgermeister des Landkreises Starnberg in einem eintägigen Seminar. Nachdem Referenten des Landrats- und Gesundheitsamtes sowie der Feuerwehr, des Roten Kreuzes und des THW über „Katastrophenschutz im Frieden und im Verteidigungsfall“ gesprochen hatten, referierte der Leiter der BVS-Dienststel-

le Starnberg am Nachmittag über „Aufgaben der Gemeinden im Selbstschutz“. Rainer Schramm wies u.a. darauf hin, daß der Selbstschutz der Bevölkerung unmittelbar in den Verantwortungsbereich der Gemeinde falle.

Im Verlauf des Vortrages wurden dann die Bürgermeister über den Aufbau des Selbstschutzes in der Gemeinde, vor allem aber über die Gewinnung und Bestellung von Selbstschutz-Beratern, informiert. Bei der abschließenden Diskussion betonte eine Reihe von Bürgermeistern die Notwendigkeit des Selbstschutzes.

Der Bürgermeister von Tutzing, Dr. Alfred Leclaire, dessen Gemeinde sich am Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes beteiligt, unterstrich, daß durch die Ereignisse der letzten Monate der Bürger immer mehr nach Sicherheit im eigenen Lebensbereich ruft.

Landrat Dr. Rudolf Widmann hob die Bemühungen des Landratsamtes hervor, den Schutz des Bürgers zu gewährleisten. Widmann forderte die Bürgermeister auf, in ihren Verantwortungsbereichen alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um bei den Aufgaben des Zivilschutzes eine optimale Situation zu erreichen.

### BVS-Landesstellenleiter Kopsieker in Regensburg

BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker besuchte am 4. und 5. Februar 1981 die BVS-Dienststelle Regensburg. Dabei führte er Gespräche mit Ltd. Regierungsdirektor Wirner, Referent für Zivil- und Katastrophenschutz der Regierung Oberpfalz, Oberbürgermeister Viebacher, Stadtdirektor Baldauf sowie dem Leiter des Amtes für Zivilschutz, Amtmann Betz. Schwerpunktthema war der Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes, an dem sich auch die Stadt Regensburg beteiligt.

Am Abend des ersten Besuchstages überreicht Kopsieker an verdiente langjährige BVS-Mitarbeiter Dank- und



Oberbürgermeister Viebacher (2. v. l.) empfing BVS-Landesstellenleiter Kopsieker (3. v. l.). Links im Bild Stadtdirektor Baldauf, rechts BVS-Dienststellenleiter Blazejewski.



BVS-Landesstellenleiter Kopsieker überreichte Hermann Pischkale eine Dankurkunde.

Ehrenurkunden. So wurden für zehnjährige Mitarbeit im BVS Klaus Preis, Johann Seitz und Ludwig Wolf geehrt. Für zwanzigjährige Mitarbeit wurden Klaus Hiermann und Haro Möllenberg ausgezeichnet. Eine Ehrenurkunde für 25jährige BVS-Mitarbeit erhielt Karl Hofbauer. Dankurkunden anlässlich der Beendigung des Dienstverhältnisses als BVS-Helfer wurden Alois Schrafl, Ruppert Hildebrand und Hermann Pischkale überreicht.

Am zweiten Tag des Besuches fand ein Gespräch mit dem Präsidenten der Regierung der Oberpfalz, Prof. Dr. Emmerig, über Selbstschutzmaßnahmen im Bereich des Regierungsbezirkes Oberpfalz statt.

### Regensburger Stadträte in Geretsried

„Die Aufgaben und Ziele der zivilen Verteidigung“ sowie „Die Konzeption des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ waren u. a. die Themen eines dreitägigen Informationsseminars, zu dem der BVS 23 Vertreter des Stadtrates und der Stadtverwaltung Regensburg in die BVS-Schule Geretsried eingeladen hatte. Ministerialrat Dr. Klaus Mölter vom Bayerischen Staatsministerium des Innern referierte über die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau und Leitung des Selbstschutzes (Vvw-Selbstschutz)“.

Die Tagungsteilnehmer wollten sich nicht nur über den Stand des Selbst- und Katastrophenschutzes informieren, sondern hatten auch zu vielen Themen konkrete Vorschläge. So wies CSU-Stadträtin Hildegard Anke darauf hin, daß gerade unter den Hausfrauen viele ehrenamtliche BVS-Mitarbeiterinnen zu finden seien. Der BVS habe sich bisher



23 Stadträte und Vertreter der Stadtverwaltung Regensburg nahmen an einem dreitägigen BVS-Informationseminar teil.

aber weitgehend an die männliche Bevölkerung gewandt.

Der Regensburger BVS-Dienststellenleiter Balzejewski erläuterte, daß für die 29 Regensburger Selbstschutzbezirke derzeit nur sechs Selbstschutz-Berater vorhanden seien. Benötigt würden aber 174 Mitarbeiter.

Ein Besuch des Warnamtes X in Pähl bei Weilheim rundete die Tagung ab.

### ABC-Schutzmasken für Selbstschutz-Berater

13 Selbstschutz-Berater des Landkreises Straubing-Bogen erhielten nun nach Abschluß ihrer Ausbildung vom Landratsamt als Grundausrüstung die Zivilschutzmaske M65Z mit Zubehör. Bei der Übergabe der ABC-Schutzmasken wurden die Selbstschutz-Berater in die Handhabung sowie in die Pflege und Wartung der Maske durch BVS-Facharbeiter Rudolf Hackl, Dienststelle Deggendorf, eingewiesen.

### Nachruf

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb im Januar der ehemalige BVS-Bereichsbeauftragte in Niederbayern

#### Jakob Zimmermann

im Alter von 69 Jahren. Von 1953 bis 1961 war Zimmermann ehrenamtlicher BVS-Kreisstellenleiter in Neunburg vorm Wald. Bis zum Eintritt in den Ruhestand 1976 leistete er Pionier- und Aufbauarbeit für den BVS.

Jakob Zimmermann arbeitete nach der Devise: „Es gibt kein Problem, das nicht lösbar wäre.“ So war es kein Wunder, daß er sich vom Mitarbeiter in der Bayernwaldgemeinde bis hin zum Regierungspräsidenten einer großen Wertschätzung erfreuen durfte. Sein Einsatz wurde auch durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

## 4000 Kubikmeter Wasser abgepumpt

In einem Versorgungstunnel unter dem Nord-Ostsee-Kanal brach eine ca. 30 cm starke Trinkwasserleitung. Zunächst wurde die Freiwillige Feuerwehr Brunsbüttel alarmiert, die allerdings nicht über ausreichende Pumpen verfügte, um die etwa 4000 m<sup>3</sup> ausgelaufenes Wasser abzupumpen. Daraufhin wurden die THW-OV Meldorf und Itzehoe um Hilfe gebeten.

Der Schaden an der Wasserleitung trat im nördlichen Drittel des Tunnels auf, wo stündlich etwa 90 m<sup>3</sup> Wasser ausströmte. Da die in den Schächten angeordneten Sumpfpumpen nur eine Stundenleistung von 60 m<sup>3</sup> haben, waren sie schnell überflutet und arbeiteten nicht mehr. Bis zum Sperren der Leitung waren rund 4000 m<sup>3</sup> Wasser ausgeflossen.

Bei der Versorgungsanlage handelt es sich um zwei Schächte von 25 m Tiefe mit einem Durchmesser von 10 m. Verbunden sind diese Schächte durch einen 3 m breiten Tunnel. Durch die Anlage werden eine Ölleitung vom Elbehafen zum Ölhafen, eine Gasleitung sowie die Trinkwasserleitung geführt.

Wegen der Förderhöhe von 20 bis 25 m mußten die Pumpen des THW im Tandemverfahren eingesetzt werden. Dabei wurde ein Stahlbehälter auf ca. 10 m in den Schacht abgelassen, in den die Grundpumpen das Wasser förderten.



Zunächst wurde das Wasser in einen im Schacht angebrachten Stahlbehälter und von dort dann weiter an die Oberfläche gepumpt.

Zwei weitere Pumpen holten das Wasser von hier aus an die Oberfläche.

Die Stromversorgung benötigte mehrere Aggregate, die mit Hilfe der Parallelschalteinrichtung des THW-OV Itzehoe zusammengeschaltet wurden.

Um 2.15 Uhr wurden die THW-Helfer bis auf eine Überwachungsmannschaft abgezogen, die die Aggregate betankte und die Pumpen und Schläuche je nach Bedarf verlegte. Am nächsten Tag war

das Wasser soweit abgepumpt, daß der Tunnel begehbar war und der Schaden von Fachleuten der Versorgungsunternehmen gesichtet und behoben werden konnte. H. B.

## THW-OV Lübeck in neuer Unterkunft

Die Umverteilung der im Katastrophenschutzzentrum Lübeck zur Verfügung stehenden Räume auf die Katastrophenschutz-Einheiten machte es möglich, daß jeder Zug des THW-OV Lübeck eigene Räume beziehen konnte. Außerdem stehen den Helfern Waschräume und Duschen zur Verfügung. Die in Lübeck lang erwartete Zusammenlegung der Unterkünfte mit den Katastrophenschutz-Hallen zu einem Katastrophenschutzzentrum brachte für alle Lübecker Einheiten viel Arbeit mit sich. In mehreren Wochenenddiensten wurde der Umzug durchgeführt.

Zu Dank sind die Lübecker THW-Helfer den THW-OV Ratzeburg und Mölln verpflichtet. Kraft- und Beifahrer beider Ortsverbände standen an mehreren Wochenenden ihren Lübecker Kameraden zur Seite, um den Umzug schnell zu bewältigen.

Großes Lob ist den THW-Einheitsführern auszusprechen, die unter der Leitung des THW-Ortsbeauftragten die Planung des Umzuges durchführten. Sie sorgten für die reibungslose Inbetriebnahme des neuen, jetzt erweiterten Katastrophenschutzzentrums Lübeck. J. L.

# Hamburg



## Dr. Kolb besuchte Hamburg

Der Präsident des Bundesamtes für Zivildienst, Dr. P. W. Kolb, besuchte den THW-Landesverband Hamburg. Landesbeauftragter Trautvetter informierte den Gast u. a. über den THW-Bundeswettkampf, der am 16. Mai 1981 in Hamburg-Finkenwerder stattfindet. Ein Besuch der Hamburger Behörde für Inneres schloß sich an.

Am Abend kamen die THW-Bezirksbeauftragten, deren Stellvertreter sowie der THW-Landesbeauftragte mit seinen Hauptsachgebietsleitern zusammen und erörterten mit dem Präsidenten Probleme des THW, Ausbildungsfragen und die Haushaltssituation. A. K.

## 83 THW-Helfer schlossen Grundausbildung ab

Im vierten und fünften zentralen Grundausbildungslehrgang des THW-Landesverbandes Hamburg haben 83 Helfer aus allen THW-Bezirksverbänden ihre Grundausbildung erfolgreich abgeschlossen. Wie immer fand die Ausbildung beim THW-Bezirksverband Hamburg-Mitte statt, der zugleich Standort der Landesfeuerwehrschule ist.

Wie schon bei vorherigen Lehrgängen unterstützte auch dieses Mal die Feuerwehr Hamburg das THW durch die Übernahme von theoretischen Unterrichtsstunden. Zu Beginn der Ausbildung hatten sich fast 100 Helfer gemel-

det, von denen aber dann ein Teil aus persönlichen Gründen absagte.

Alle THW-Helfer, die die Prüfung bestanden hatten, zeigten in einer Kurzübung vor ihren Bezirksbeauftragten, was sie gelernt haben. Anschließend erhielten sie ihre Ausweise und beendeten damit die Probezeit. A. K.



## Eine mustergültige Übungsanlage

Nachdem der Gas/Wasser-Gruppe des Instandsetzungsdienstes des THW-OV Bremerhaven neues Gerät zur Verfügung gestellt wurde, machten sich die Führungskräfte Gedanken über die entsprechende Ausbildung. Zwischen Theorie und Praxis liegt ein mühsamer Weg. Deshalb sollte das Interesse an der THW-Arbeit, das durch ausschließlich theoretische Unterrichtung schnell erlahmt, durch praktische Ausbildung erhalten werden.

Die THW-Helfer des Instandsetzungsdienstes wurden über den Plan des Ortsverbandes, ein Übungsgelände zu bauen, informiert und um Stellungnahme gebeten. Das Ergebnis war positiv, obwohl der Bau eines Übungplatzes mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden ist. Es wurde ein Plan erstellt, der für die Abwasser/Öl-, Gas/Wasser- und Elektro-Gruppe je einen Ausbildungsplatz vorsah. Danach wurden Verbindungen zu den Versorgungsbetrieben aufgenommen (Stadtentwässerungsamt, Stadtwerke für die Gas-, Wasser- und Elektroversorgung, Straßenbauamt, Garten- und Friedhofsamt für die Gestaltung der Anlage, Standortverwaltung für die Lieferung der Schlacke).

Diese hilfreichen Verbindungen kamen größtenteils durch Führungskräfte des Instandsetzungsdienstes zustande, oft eine Folge ihrer beruflichen Tätigkeit und guten Kontakte. Die Initiative der einzelnen THW-Helfer ist besonders hervorzuheben. So hat THW-Helfer Gerlach z. B. einen Bagger zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiten begannen 1974 mit dem Gas/Wasser-Platz. Das Gelände mußte vorbereitet werden, um eine Ringleitung aus Guß- und PVC-Rohren mit 80 bis 100 cm Durchmesser, mit den Maßen 8 x 17 m zu legen. Die Leitung wurde auf 80 cm hohe Böcke verlegt und mit den im norddeutschen Raum üblichen Werkstücken versehen: Muffen, Stemuffen, Klebemuffen, Hausanschluß, Schieber usw. Dazu wurde ein Wasseranschluß gelegt, der die Anlage unter Druck setzen kann. Daneben wurden zwei Kopflöcher 1,30 x 1,30 m und 1 m Tiefe mit einem Mauerrest von 2,30 m Länge und 1,30 m Höhe gesetzt, woran der Hausanschluß für Gas/Wasser gesetzt wurde. Die Kopflöcher sind mit einer Gußleitung von 80 cm Durchmesser versehen, die unter Wasserdruck gesetzt werden kann. Anschließend wurde



**Ideal für Übungen und Ausbildung: der Rohrgraben für die Helfer des Instandsetzungsdienstes des OV Bremerhaven.**

ein 8 m langer, 1,40 m breiter und 2 m tiefer Rohrgraben angelegt. Der Graben dient zur Ausbildung an der Rohrlegevinde sowie zum Ein- und Auswindeln von diversen Rohren im ausgebohrten Graben. Ebenso wird hier das Setzen von Spreizen und Brusthölzern durchgeführt. Die gesamte Anlage wurde mit Schlacke und Gehwegplatten befestigt sowie mit Rasen versehen.

Nach dem Freiwerden eines weiteren Geländes im Jahre 1976 wurde der Übungsplatz für die Elektro-Gruppe in Angriff genommen. Hier mußte, genau wie beim Gas/Wasser-Platz und später beim Abwasser/Öl-Platz, das ehemalige Gartengelände zunächst vorbereitet werden. So wurde ein Klettermast von 7 m Höhe mit einer dreifachen Absicherung aufgestellt. Im Anschluß daran wurde eine Reihe von Masten – 8 Stück, 1,30 m hoch – zum Üben von Stichen und Bunden gesetzt. Daneben wurden vier Masten von je 4 m Höhe zum Bau von Freileitungen im Nieder- und Mittelspannungsbereich aufgestellt. Hinzu kam eine Freileitungsstrecke von 7 m Höhe, bestehend aus zwei Masten, einem Eckmasten und einem A-Mast. Zum Abschluß wurden vier Kopflöcher erstellt, je 1 x 1 m und 1 m Tiefe, mit einem Mauerrest von 2 x 1,30 m zur Herstellung von Hausanschlüssen.

Im Sommer 1977 wurde mit dem Bau eines Abwasser/Öl-Platzes begonnen. Hier wird die Ausbildung im Verlegen von A-Rohren sowie das Erstellen von provisorischen Kanalbettführungen und

das Arbeiten mit Preßluftatmer und Saugschlauchgerät erfolgen. Mit dem Kranwagen der Berufsfeuerwehr wurden in den Rohrgraben, der ein Betonfundament erhielt, 2 m lange Rohre je 2,5 t eingefahren. Das Stadtentwässerungsamt lieferte das Material und gab fachliche Beratung. So wurde der erste Einstiegschacht gesetzt. Mit einer selbstgebauten Hilfsbrücke wurden dann die Rohre eingezogen. Im offenen Teil des Grabens befindet sich eine Bruchstelle, die Übungszwecken dient.

Im Herbst 1978 wurde der zweite Schacht gesetzt, 1979 der Graben verfüllt sowie Rasen angelegt und die Wege mit Gehwegplatten bzw. Schlacke befestigt. Auch dieser Platz steht jetzt für die Ausbildung zur Verfügung.

Die Anlage fand schon während der Erstellung Zuspruch bei der Berufsfeuerwehr, die den Rohrgraben der Gas/Wasser-Gruppe für Übungszwecke zum Löschen von Gasbränden benutzt. Auch die THW-Ortsverbände aus Bremen führen zum Teil ihre Übungen auf dem Platz durch. Helfer aus verschiedenen THW-Landesverbänden waren begeistert von der Anlage.

Natürlich hat es, über die lange Zeit gesehen – die Bauzeit betrug etwa 5000 Stunden – Mutlosigkeit, Verdruß und Ärger gegeben; dies ist jedoch heute vergessen.

Nachdem im November 1978 für die Abwasser/Öl- und Elektro-Gruppe die neue Ausrüstung geliefert wurde, konnte der THW-OV Bremerhaven eine praktische Vollausbildung durchführen.

Nur durch die Mitarbeit der Unternehmen, der THW-Helfer und der Führungskräfte ist es gelungen, eine Übungsanlage zu erstellen, die wohl einmalig in der Bundesrepublik ist. Der THW-OV Bremerhaven dankt allen Beteiligten, auch im Namen des THW-Landesverbandes Bremen.



**Blick auf das in jahrelanger Arbeit erstellte Übungsgelände: links im Bild ein Teil der Ringleitung für die Gas/Wasser-Gruppe, in der Mitte der Übungsplatz der Elektro-Gruppe.**

## THW-OV Norden stützte mittelalterliches Gewölbe ab

Durch Tauwetter war unter einem Torbogen der Katlenburg ein Erdbeben verursacht worden und ein Teil des mittelalterlichen Pflasters abgesackt. In dem entstandenen Loch zeichneten sich die Umriss eines alten Gewölbes ab. Der Kreisbaudirektor des Landkreises Norderheide bat den THW-OV Norden, den Hohlraum vor weiterem Einsturz abzusichern, da das Loch eine Gefahr für die Bewohner der Domäne darstellte. Darüber hinaus wurde ein möglicherweise bedeutender archäologischer Fund in dem mittelalterlichen Gewölbe vermutet.

Unter Leitung von THW-Ortsbeauftragten Peter Böttcher leuchteten zehn THW-Helfer den Hohlraum aus und stützten unter strengen Sicherungsvorkehrungen das Gewölbe ab. Dabei entdeckten sie zwei Gänge, die beide nach einigen Metern zugemauert waren. Während der Arbeit der Helfer stieg Denkmalpfleger Günter Kraftz mehrere Male in das ca. vier Meter tiefe Gewölbe, um die Beschaffenheit des Gesteins festzustellen.

Nachdem alles abgesichert war, nahmen die Helfer zwei Probebohrungen vor. Es stellte sich heraus, daß die im Norden gelegene Wand über 80 cm dick war. An dieser Stelle war kein Durchkommen möglich. Die im Süden gelegene Wand erwies sich als dünner, und nach ca. 30 cm war der Spezialbohrer bis zur anderen Seite vorgedrungen. Was sich dahinter verbirgt, ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Der Kreisbaudirektor kündigte zum Abschluß des Einsatzes an, er werde die gewonnenen Erkenntnisse mit dem Institut für Denkmalpflege in Hannover zusammen auswerten. Man werde möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt weitere Grabungen mit Hilfe des THW vornehmen. M. A.

## Alarmübung des THW-OV Uelzen

„Drei Kinder aus Bevensen werden vermißt. Sie sind zuletzt auf dem Sasendorfer Weg in Richtung neues Wasserverwerk gesehen worden.“ Dies war die Ausgangslage einer Übung des THW-OV Uelzen. THW-Ortsbeauftragter Froin löste abends über Funk den Alarm aus. Nach fünfzehn Minuten war der größte Teil der THW-Helfer in der Unterkunft eingetroffen.



THW-Einsatzleiter Rudolf Froin (links) bei der Lagebesprechung mit THW-Zugführer Peter Sunhold.

Kommandorufe schallen durch die Nacht; Fahrzeuge werden für den Einsatz vorbereitet; im Scheinwerferlicht werden die einzelnen Züge von den THW-Gruppenführern eingewiesen. Kurz darauf fahren die Helfer zum Einsatzort. Über Funk werden laufend Standortpositionen durchgegeben.

Mit Fackeln und Handscheinwerfern ausgerüstet suchen die THW-Helfer ein zwei Kilometer langes und etwa einen Kilometer breites Waldstück ab. In einer breiten Kette, mit Sichtkontakt zum Nachbarn, dringen sie in den Wald ein. Nach Kompaß versuchen sie, die Richtung zu halten. Es ist kalt, es schneit und es geht durch Unterholz. Jeder Helfer achtet auf seinen Weg und hält Ausschau nach den vermißten Kindern. Das Gelände wird schwierig, eine Schonung muß durchkämmt werden. Handscheinwerfer und Fackeln schweben wie große Glühwürmer durch die Nacht.

Von den Kindern gibt es keine Spur. Plötzliche Hilferufe: Die THW-Helfer haben die Kinder – junge Leute, die sich für die Übung zur Verfügung gestellt haben – gefunden. Sie schauspielern Verängstigung, durchfroren sind sie wirklich.

Es ist 21.30 Uhr. Über Funk fordert der Einsatzleiter das Deutsche Rote Kreuz an. Auf Tragen werden die „Geretteten“ aus dem Wald gebracht. Inzwischen ist der Krankenwagen eingetroffen, der sie abtransportiert.

Nach dem Vollzähligkeitsappell geht es zurück in die Unterkunft. Um 22.30 Uhr rollen die Fahrzeuge in die Garage. THW-Ortsbeauftragter Froin und seine Helfer sind mit dem Verlauf der Suchaktion zufrieden.

## Maßarbeit bei Schornstein-sprengung

Den Erweiterungsbauten einer Fleischwarenfabrik in Dolgow stand ein Schornstein im Wege. Es sollte die erste Aufgabe des frisch ausgebildeten Spreng-

berechtigten im THW-OV Lüchow-Danzenberg, Ulrich Hempel, werden, diesen über 25 m hohen Kamin zu sprengen.

Eine Woche vor der Sprengung wurden die notwendigen Vorarbeiten ausgeführt. Dabei mußten Löcher zur Aufnahme des Sprengstoffes gebohrt und Fallschlitz seitlich am Schornstein gestemmt werden. Zur Berechnung der Sprengstoffmenge wurde der Schornsteinumfang und die Wandstärke gemessen sowie die Härte des Gesteins ermittelt.

Am Tag der Sprengung wurde die Bevölkerung der umliegenden Häuser verständigt und um Verständnis für die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gebeten. Vorsorglich war auch die Feuerwehr Wustrow, das DRK sowie die Polizei Lüchow am Einsatzort.

THW-Sprengmeister Hempel besetzte die Bohrlöcher mit Sprengstoff und schichtete den Splitterschutz mit Maschendraht um den Schornstein. Dann ertönte das Warnsignal zur Ankündigung der Sprengung. Aus sicherer Entfernung zählte Hempel über ein Megaphon laut die letzten „Lebenssekunden“ des Kamins, damit die zahlreichen Zuschauer den Auslöser ihrer Kamera im richtigen Augenblick betätigen konnten.

Ein dumpfer Knall – und in einer Staubwolke fiel der Schornstein in die vorbezeichnete Richtung.

THW-Kreisbeauftragter Gerhard Warnke gratulierte Ulrich Hempel zu seiner ersten Maßarbeit, bei der keine Scheibe und kein Dachziegel der nahe am Schornstein stehenden Gebäude beschädigt wurde. H. K.



Die THW-Helfer treffen die letzten Vorbereitungen zur Sprengung des Schornsteins.



## Ausbildungsziele im praktischen Einsatz erreicht

In der alten Feuerwache Spandau-Nord zeigten die Kellerdecken erhebliche Risse, so daß die Tragfähigkeit für die schweren Feuerwehr-Einsatzfahrzeuge nicht mehr gewährleistet war. Die verantwortlichen Baufachleute schlugen eine Abstützung der gesamten Kellerdecke bis zur endgültigen Sanierung des Gebäudes vor. Ein entsprechender Plan und die Materialliste lagen vor, nur das fachkundige Personal für die Durchführung fehlte noch. Auf Bitten des Landesbranddirektors übernahm der THW-Bezirksverband Spandau die Arbeit im Rahmen der Ausbildung. Unterstützt wurden die THW-Helfer von der Freiwilligen Feuerwehr.

Zwölf THW-Helfer setzten in mehreren Kellerräumen rund 140 Holzstempel. Zusätzlich verarbeiteten sie für Unterzüge und Schwellen 220 Meter Kanthölzer. An den schwer zugänglichen Stellen im Heizungskeller wurden Patentsteifen gesetzt, da dort wegen den Versorgungsleitungen kein Holz verarbeitet werden durfte.

Die Arbeiten wurden an einem Samstag und an einem Abend in der Woche durchgeführt. Dabei wurden wesentliche

Ausbildungsziele in der Holzverarbeitung für Abstützungen erreicht. Die Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr war sehr gut.

Der rasche Einsatz und die fachliche Durchführung der Arbeiten, die es ermöglichten, den Betrieb der Feuerwache ohne nennenswerte Einschränkungen fortzuführen, veranlaßten Landesbranddirektor Seidel zu einem Dankschreiben. G. B.

## THW-Helfer als „Spreefischer“

In einem Einsatz für die Berliner Wasserwerke hievten THW-Helfer vier jeweils zwei Tonnen schwere und acht Meter lange Stahlrohre mit einem Kran aus der Spree, die während einer Demonstration dort hineingeworfen worden waren.

Um die Rohre unter Wasser mit Ketten festlegen zu können, bat das THW die Polizei um Unterstützung durch einen Taucher. Schwierig war es, die Rohre im verschmutzten Spreewasser zu orten und die Kette um sie zu legen, da sie in den schlammigen Grund eingesunken waren.

Neben den Rohren wurde ein als gestohlen gemeldetes Motorrad aus dem Wasser geborgen. Die Polizei vermutet, daß die Berliner Gewässer voll von derartigen Gegenständen „mit Vergangenheit“ sind. G. B.



Mit dem THW-Kranwagen werden die ca. zwei Tonnen schweren Stahlrohre aus der Spree geborgen.



Der Taucher der Polizei wird von zwei THW-Helfern mit einer Leine gesichert.

# Nordrhein-Westfalen



## Einsatzmöglichkeiten demonstriert

Der THW-OV Neuss informierte die Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten der Zivilverteidigung des Kreises Neuss über die Aufgaben eines THW-Bergungszuges. Auf einem Parkplatz demonstrierte der Ortsverband mit einem GWK, zwei MKW und einem Führungsfahrzeug die mit einem Einsatz verbundenen Arbeiten.

An der Veranstaltung nahmen u. a. die Katastrophenschutz-Dezernenten der Stadt und des Kreises Neuss, Dr. Oelke und Kirschbaum, sowie stv. THW-Landesbeauftragter Kellner teil.

Der Ausschuß interessierte sich besonders für den neuen GWK und für die Funktion und Einsatzmöglichkeiten der einzelnen Geräte – wie z. B. Brennschneidgerät, Notstromaggregat, Pumpe und Gesteinsbohrhammer sowie Be-

leuchtungsgeräte. Das Informationsgespräch wurde zum Anlaß genommen, dem THW-OV Neuss ein neues, leistungsfähiges Funkgerät und drei Funkalarmwecker zu übergeben. P. M.

## 100 Tonnen Felsgestein geräumt

Tonnenschwere Felsbrocken mußten die Helfer des THW-OV Hürtgenwald beseitigen, nachdem sich Geröll und Felsen von einer etwa 300 m hohen Steilwand gelöst hatten und auf eine Kreisstraße zu stürzen drohten.

Der Landschaftsverband Rheinland und der Kreis Düren baten das THW um die Beseitigung der Gefahr. Die THW-Helfer mußten mit schwerem Bergungsgerät anrücken, um die bis zu fünf Tonnen schweren Felsbrocken in die Tiefe stürzen zu können, nachdem die Polizei für die Absperrung der Kreisstraße gesorgt

hatte. In zwei Wochenendeinsätzen wurden über 100 Tonnen Felsgestein beseitigt.

Der THW-OV Hürtgenwald wurde bei dieser harten Arbeit tatkräftig vom THW-OV Nörvenich unterstützt.

## Nachruf

Der THW-OV Minden trauert um seinen Kameraden

### Wolfgang Henke

Er verstarb am 28. Februar 1981 durch einen tragischen Verkehrsunfall im Alter von 23 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Auftrage aller Kameraden des Ortsverbandes.

Dr. Happel  
THW-Ortsbeauftragter

## THW – ein Partner der Energieversorgungsunternehmen

In der Kundenzeitschrift der Elektrizitäts AG Mitteldeutschland, Kassel, „Der EAM-Bote“, erschien aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des THW folgender Bericht:

„Das Technische Hilfswerk (THW) leistet seit nunmehr 30 Jahren technische Hilfe bei Katastrophen und Unglücken größten Ausmaßes. Die rund 6000 in Hessen wirkenden freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer sind in 57 Ortsverbänden tätig. Dadurch ist das THW in der Lage, in kürzester Zeit an jedem Ort Hilfe zu leisten.

Das THW ist mit modernstem technischem Gerät ausgestattet. So gehören unter anderem Bergungszüge, Instandsetzungszüge, Fernmeldezüge und Versorgungstrupps zur Grundausrüstung. Eine Vielzahl von Ortsverbänden verfügt noch über eine zusätzliche Ausstattung: Arbeitsboote mit Außenbordmotoren, Förder- und Schmutzwasserpumpen sowie Notstromaggregate von 10 bis 200 kVA.

Neben den weithin bekannten Aufgabengebieten wie Retten von Menschen, Bergen von Personen und Sachwerten, Räumen von verkehrgefährdeten Hindernissen und Schützen vor Schäden mannigfacher Art gehört es in Katastrophenfällen zu den Aufgaben des THW, unter Führung und in Zusammenarbeit mit den örtlichen Energieversorgungsunternehmen (Strom, Gas, Wasser), die lebenswichtige Energieversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Um die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu fördern und Erfahrungen auszutauschen, führte der besonders rührige THW-Ortsverband Hofgeismar im letzten Jahr mehrere Betriebserkundungen bei der Elektrizitäts AG Mitteldeutschland (EAM) durch“.

## Erdbebenhilfe statt Weihnachtsgeschenke

Einen Beitrag zur Hilfe für die Erdbebenopfer in Italien leisteten die 80 Helfer des THW-OV Groß-Gerau anläßlich ihrer Jahresabschlußfeier 1980: Sie spendeten aus der Kameradschaftskasse 500 Mark für Hilfsmaßnahmen. Dafür verzichteten sie darauf, ihren Führungskräften und deren Ehefrauen in diesem Jahr mit einem Weihnachtspresent für ihr Engagement zu danken, wie es bisher üblich war. Eine Sammlung unter den Gästen der Feier erbrachte eine weitere Spende in Höhe von 180 Mark.

Helfersprecher Helmut Wengel, der diese Aktion angeregt hatte, berichtete, daß die THW-Helfer ihre Bereitschaft, in Not geratenen Mitmenschen zu helfen, auch über den täglichen Dienst und den Kreis Groß-Gerau hinaus demonstrieren wollen.

Wer hilft, dem wird geholfen! Das erwies sich, als die Kreissparkasse Groß-Gerau dem Ortsverband an diesem Abend eine Spende von 5000 Mark überreichte. Der Betrag soll für die Beschaffung von Werkzeug für den THW-Bergungszug verwendet werden.

In einem Grußwort zeigte sich CDU-Ortsvorsitzender Richard Birkholz befriedigt über die Einsatzstärke des THW in Groß-Gerau und sprach allen Helfern Dank für die geleistete Arbeit aus. Schr.

## THW im Schneeinsatz

Schneewehen, vereiste Straßen und steckengebliebene Fahrzeuge machten auch in den Wintermonaten 1980/81 den Einsatz des THW in verschiedenen Landkreisen erforderlich.

Alarmiert wurden die Ortsverbände durch Polizei und Straßenverkehrsbehörden. In Zusammenarbeit mit Feuerwehr, Sanitätsorganisationen, Straßenmeistereien und Landwirten wurde so z. B. auf der Strecke zwischen Friedberg und Taunus über 100 Personen geholfen, die eine ganze Nacht mit ihren Fahrzeugen im Schnee steckengeblieben waren. Heißer Tee und wärmende Decken waren in dieser Nacht die begehrtesten Dinge.

## Grundsteinlegung in Heppenheim

Bei strahlendem Wetter erfolgte Ende Februar die Grundsteinlegung zum dritten Bauabschnitt des Katastrophenschutzentrums des Kreises Bergstraße

in Heppenheim durch Landrat Dr. Lothar Bergmann. Anwesend waren u. a. Bundestagsabgeordneter Dr. Karl-Otto Lenz, Kreistagsabgeordneter Dr. Christoph Wolff, Erster Stadtrat von Heppenheim Leo Wollbeck, Regierungspräsident Dr. Hartmut Wierscher, der Präsident der Oberfinanzdirektion Frankfurt, Dr. Müller-Laessing, der Bürgermeister der Kreisstadt Heppenheim, Hans Kunz, Dipl.-Ing. Dietrich Franz vom THW-Landesverband Hessen sowie Vertreter der Hilfsorganisationen MHD, DRK, Feuerwehr und des THW-OV Heppenheim.

Dr. Bergmann betonte in seiner Ansprache, daß sich die Raumsituation durch diesen Bauabschnitt besonders zu Gunsten des THW-OV Heppenheim auswirken werde. Des weiteren seien Räume bzw. Garagenboxen für andere Organisationen im Katastrophenschutz vorgesehen. Ein Betreuungslitzzug des MHD, die ABC-Melde- und Auswerte-Stelle, ein ABC-Zug des DRK und der Feuerwehr sollen hier Platz finden. Der dritte Bauabschnitt werde ausschließlich von der Bundesrepublik Deutschland als Bauherr finanziert. Das 1640 m<sup>2</sup> große Grundstück wurde dem Bund von der Kreisstadt Heppenheim als Schenkung übertragen. „Wenn dieser Bauabschnitt fertiggestellt ist“, so Landrat Bergmann, „ist der Katastrophenschutz des Landkreises Bergstraße gut untergebracht.“

Regierungspräsident Dr. Wierscher, Bundestagsabgeordneter Dr. Lenz sowie der Präsident der Oberfinanzdirektion, Dr. Müller-Laessing, hoben die Verbesserung des Katastrophenschutzes insbesondere für den Raum Heppenheim hervor.

Nach den Begrüßungsworten erfolgte die Grundsteinlegung. Landrat Dr. Bergmann verlas eine Urkunde, die in einem Kupferbehälter, zusammen mit einer Flasche Heppenheimer Auslesewein und Münzen im Wert von DM 0,01 bis 5,00, eingemauert wurde. H. K.



Landrat Dr. Bergmann legt den Grundstein zum 3. Bauabschnitt des Katastrophenschutzentrums in Heppenheim.

## Erfolgreiche Zusammenarbeit

Rund 250 Schaulustige verfolgten an einem Samstagnachmittag eine gemeinsame Übung des THW-OV Neuwied, der Feuerwehrrettungsstaffeln aus Hamm und Lahnstein sowie des Linzer und Vettelschlosser DRK.

Auf die Minute genau gaben die Sirenen das Zeichen zum Einsatz, rückten die ersten Fahrzeuge der örtlichen Feuerwehr zum Übungsort auf dem Gelände des ehemaligen Linzer Krankenhauses aus. Die Wehrmänner sicherten das Gelände und alarmierten zur Rettung einer unbekanntem Zahl von „Verschütteten“ die weiteren an der Übung beteiligten Hilfsorganisationen. Der THW-OV Neuwied beteiligte sich mit 38 Helfern, einem GKW, zwei MKW und einem Lkw.

Am Einsatzort suchen Rettungshunde der Feuerwehr nach „Verschütteten“ und zeigen an, wo die Helfer graben müssen. Mit schwerem Atemschutz ausgerüstet steigen Freiwillige in Kellergewölbe hinab, Tragen und Schleifkörbe mit den „Verunglückten“ werden nach oben gezogen.

An anderer Stelle brechen THW-Helfer die Decke eines Gewölbes auf, befestigen ein „Rollgliss-Gerät“ am Dreibock und ziehen einen „Verletzten“ vorsichtig durch die schmale Öffnung. Hier wartet das DRK mit der Trage, um den jungen Mann zur Erstversorgung in ein Zelt zu bringen.

Ein Rettungshund wittert etwas und schlägt an. Die THW-Helfer finden ein Mädchen. Sie legen die „Verletzte“ auf eine Trage und bringen sie mit Hilfe eines Leiterhebels nach unten.

THW-Geschäftsführer Eberhard Rott, Ortsbeauftragter Hans Neubarth und Zugführer Ehrenfried Schons waren mit der Übung sehr zufrieden. Auch der Landesbeauftragte für das Rettungshundewesen der Feuerwehren, Hans Hill, zeigte sich von der tadellosen Zusammenarbeit beeindruckt. Der mit der Gesamtleitung der Übung betraute Feuerwehrführer Horst Knospe führte aus: „Eine solche gemeinsame Übung sollten wir öfter machen“.

## Sprengübung des THW-OV Trier

Seit Anfang Januar 1981 hat der THW-OV Trier wieder einen voll ausgebildeten Sprengmeister. Damit dieser das Erlernete in die Praxis umsetzen konnte,



Nach dem Auslösen der Sprengung neigt sich der Kamin in die vorbestimmte Fallrichtung.

war der Ortsverband auf der Suche nach einem geeigneten Übungsobjekt. Mehrere sich anbietende Gebäude konnten nicht verwendet werden, da diese bereits durch gewerbliche Betriebe abgerissen werden sollten. Schließlich wurde mit einer Firma eine Vereinbarung getroffen, von mehreren zur Sprengung bereitstehenden Objekten einen 30 m hohen Kamin dem Ortsverband für eine Übung zur Verfügung zu stellen.

Nach Erledigung aller Formalitäten wurde die Sprengung auf Samstag, den 7. März 1981, 15.30 Uhr, festgesetzt. Es

handelte sich um den Kamin einer alten Ziegelei in einem ehemaligen Industriegebiet. Die Fabrikhallen sowie ein mehrere hundert Meter langer Viadukt waren bereits durch die Firma gesprengt worden.

Da der Kamin in unmittelbarer Nähe der Mosel stand, mußte auch zur Wasserschutzpolizei Kontakt aufgenommen werden. Die Gesamtleitung der Übung lag in den Händen des THW-Ortsbeauftragten für Trier, Gleixner.

Um 8.00 Uhr rückten 20 THW-Helfer des 1. Bergungszuges aus. Nach eingehender Belehrung durch den Sprengberechtigten, Hans Ball, wurden die Bohrarbeiten durchgeführt und die Fallschlitzte gestemmt. Trotz ungünstiger Witterung gingen die Arbeiten zügig voran.

Da das Gelände sehr unübersichtlich war, mußten die Absperrposten genauestens eingewiesen werden. Nachdem sich die Polizei von der ordnungsgemäßen Absperrung überzeugt hatte, konnte die Sprengung pünktlich um 15.30 Uhr erfolgen. Nach Zündung der Sprengladung legte sich der Kamin vorschriftsmäßig in die gewünschte Richtung.

Stv. THW-Landesbeauftragter Veyhmann sprach den Helfern für ihre präzise Arbeit seine Anerkennung aus. F. F.



Auf einer Trage eingebunden wird ein „Verschütteter“ aus der Tiefe geborgen.



Schon auf dem Weg zur medizinischen Erstversorgung erhält der „Verletzte“ Sauerstoff.

## Erster THW-Landesleistungswettbewerb für Jugendgruppen

Zum ersten Male seit Bestehen des THW fand auf Landesebene ein Leistungswettbewerb für Jugendgruppen statt. Hoch über dem Marktplatz von St. Wendel, vor der Unterkunft des THW-Ortsverbandes, verkündeten blaue THW-Fahnen das Ereignis.

Schon in den frühen Morgenstunden rückten zahlreiche THW-Junghelfer aus allen Teilen des Saarlandes mit mehr als 40 Einsatzfahrzeugen an und bereiteten sich auf den Wettkampf vor. Pünktlich fiel der Startschuß. Zehn Wettkampfgruppen hatten sich gemeldet. Die ersten fünf Gruppen hatten die Fahrzeuge entladen und das Material übersichtlich nach der Aufgabenstellung gelagert. Die Schiedsrichter waren mit aufmerksamen Augen dabei. Es galt, sechs praktische Aufgaben möglichst schnell und präzise zu lösen. Flinke Hände fertigten eine Arbeitsbühne aus Rundhölzern und Bohlen, die auch als Geräteablage diente. Zahlreiche Zuschauer beobachteten den Wettkampf. Auf einem alles überragenden Dreibockturm kommentierte THW-Zugführer Walter Schug spannend und fachgerecht den Ablauf des Geschehens.

Eine weitere Aufgabe war, über eine Länge von 25 m eine Verbindung mit Feldfernsprechern herzustellen. Über vier Ständer mußte das Hochkabel verlegt werden. Vierkanthölzer wurden zu

rechtgeschnitten, zu einem Kreuz gelegt und mit Nägeln in der Mitte zusammengehalten; Holzbohrer fraßen Löcher, Stichnägel hielten das eingesteckte 30 mm starke Rundholz von zwei Metern Länge, an dessen oberem Ende ein Haken eingedreht war. Mit einem Mastwurf wurde das Kabel um den Haken gelegt; nur noch die beiden Fernsprecher waren dann anzuschließen.

Vier Minuten Zeit war für das Füllen eines Wasserbehälters vorgesehen. Schnell war die Reinwasserpumpe TS 2/5 aufgestellt, überprüft und betriebsbereit: Schläuche rollten, Kupplungen klickten, der Saugkorb lag gesichert im Wasser, der Zweitakter lief. Schon floß das erste Wasser in das bereitgestellte Faß. Immer größer wurde der Abstand zwischen den einzelnen Wettkampfgruppen. Verbissen kämpften die Junghelfer weiter, denn jeder wußte, daß Minuspunkte schnell zusammenkommen.

Beim Ausleuchten von Einsatzstellen mit den Starklichtlaternen schlichen sich einige Fehler ein: Glühstrümpfe waren falsch befestigt, Mischkammern verdreht oder der Betriebsdruck nicht richtig. Zuletzt brannten alle nach „Sollzeit“.

Eine andere Übung: Über Feldfernsprecher waren Meldungen durchzugeben. Hörer in die Hand, kurzes Kurbeln am Gerät, Sprechstaste drücken, die Verbindung steht. Ein vorher unbekannter Text wird durchgesagt bzw. mitgeschrieben und bestätigt.



Mit einfachen Mitteln erzielten die Junghelfer des THW gute Ergebnisse: hier ist eine Geräteplattform in Arbeit.



Es war schon etwas schwierig, die Starklichtlaternen in Betrieb zu nehmen. Doch alle schafften es in der Sollzeit.

Auch das Räumen der Wettkampfbahn, der ordnungsgemäße Geräteabbau und die geordnete Materialablage am Sammelplatz brachten Punkte.

Am Rande der Wettkampfbahnen stellten einzelne Gruppen ihre Geräte aus. Gezeigt wurde u. a. ein Instandsetzungszug mit dem neuen Gas/Wasser- und Abwasser/Öl-Gerätesatz des THW-OV Theley sowie ein Elektro-Satz des THW-Geschäftsbereichs Neunkirchen. Der THW-OV Nonnweiler präsentierte seinen neuen Gerätekraftwagen. Der THW-Geschäftsbereich Saarbrücken-Nonfelden stellte Boote und der THW-Geschäftsbereich St. Wendel den Pumpenhänger und eine fahrbare Einsatzzentrale aus.

THW-Landesbeauftragter Faß konnte neben vielen Zuschauern besonders Bürgermeister Teller und zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens begrüßen. Faß betonte in seiner Rede, daß der THW-Landesverband seit 1964 die Jugendarbeit mit Erfolg betreibe. Die Leistungsfähigkeit werde durch den THW-OV Heusweiler, Bundessieger der THW-Leistungswettkämpfe in Arnsberg 1979, dokumentiert. Ziel der Jugendgruppenarbeit sei die Nachwuchsförderung, die Motivierung Jugendlicher im Sinne des Helfenwollens, das auch der Förderung des Gemeinschaftsbewußtseins diene.

Am Nachmittag fand noch ein 600-m-Staffellauf auf dem angrenzenden Sportplatz statt. Die jugendlichen Läufer gaben ihr Bestes unter dem Ansporn zahlreicher Zuschauer.

Endlich war es soweit: Die Jugendgruppen waren zur Siegerehrung angetreten. Mit kurzen Worten bedankte sich THW-Landesbeauftragter Faß bei allen Helfern, Ausbildern und Führungskräften für die hervorragende Ausrichtung des Wettkampfes, der reibungslos abgelaufen sei.

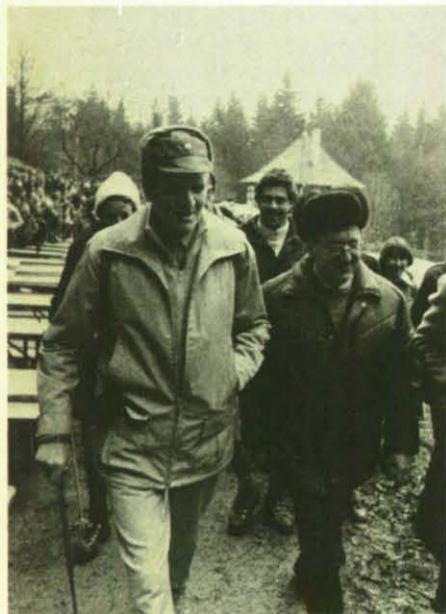
Allen Junghelfern bescheinigte Faß einen guten Ausbildungsstand.

Unter großem Jubel nahm die Jugendgruppe des THW-OV Heusweiler die Siegerurkunde und somit die Fahrkarte zu den THW-Bundesauscheidungen 1981 in Hamburg entgegen. Es folgten auf Platz 2 der THW-OV Spiesen-Elversberg, auf Platz 3 der THW-OV Saarwellingen und auf Platz 4 der THW-OV Freisen. Teilnehmern erhielten die THW-Ortsverbände Saarlouis, Sulzbach, Illingen, Ludweiler, Dillingen und Völklingen. Für die Plätze 1 bis 3 hatte die Kreissparkasse Pokale gestiftet. Alle Teilnehmer erhielten einen Wappenteller des Landkreises.

E. M.

## „Gaisburger Marsch“ für Bundespräsident Karl Carstens

Am Sonntag, dem 1. März 1981, erreichten Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens und seine Frau Veronika auf ihrer Nord-Süd-Wanderung durch die Bundesrepublik den Ostalb-Kreis. Begleitet von vielen, zum Teil prominenten Wanderern begann diese Tagesetappe nahe der Kreisgrenze im Nachbarkreis Schwäbisch Hall.



Die rund 30 km lange Wanderung des Bundespräsidenten führte durch das landschaftlich reizvolle Rottal.

Die ca. 30 km lange Wanderung von Hellmannshofen durch das landschaftlich reizvolle Rottal bis zum Etappenziel Abtsgmünd begann mit Nieselregen, auf den man sich jedoch beim THW-OV Ellwangen eingestellt hatte. Am Burstall, einem Jagdhaus der Staatsforstverwaltung in der Nähe der Burghardsmühle, waren mehrere Zelte aufgestellt worden. Hier wurde die Mittagspause der auf einige hundert Wanderer angewachsenen Gruppe eingelegt.

Die Küche des THW-OV Ellwangen hatte über 1200 Portionen „Gaisburger Marsch“, einem Suppeneintopf aus Rindfleisch, Gemüse, Kartoffeln und Spätzle, vorbereitet. Das Wetter meinte es dann mit den Wanderern doch noch gut: Zum Essen schien die Sonne.

Fleißige Hände hatten im Freien für einige hundert Gäste Tische und Bänke aufgestellt. Gegen 13.00 Uhr traf der Bundespräsident am Burstall ein, 800 Personen begleiteten ihn. Das Essen war fertig und konnte ausgegeben werden.



THW-Helfer Hans Knodel reicht Bundespräsident Carstens und seiner Gattin eine willkommene Stärkung.

Beim THW war man gespannt, wie der „Gaisburger Marsch“ bei den „Nordlichtern“ ankam.

Nach dem Essen sagte Bundespräsident Carstens in einer kleinen Ansprache: „Ein besonderer Dank gilt dem THW für diese herrliche Suppe.“ Der Beifall der Gäste unterstrich die Worte des Staatsoberhauptes. W. R.

## Technische Hilfe auf Verkehrswegen

Im vergangenen Jahr wurden an 22 stark frequentierten Autobahnstrecken in Baden-Württemberg THW-Einheiten der Bergungs- und Instandsetzungsdienste zum Bereitschaftsdienst für technische Hilfe während der Hauptreisezeiten bereitgestellt.

Im Umfeld der Einsatzbereiche standen Schnelltrupps (jeweils ein Unterführer und vier Helfer mit entsprechend ausgerüstetem Kombi und in einem Fall zusätzlich ein Gerätetrupp – zwei Helfer mit GKW und Zusatzgerät sowie Lkw) abrufbereit zur Verfügung. Die Einsatzplanung war zentral von der THW-Landesleitung Baden-Württemberg mit den für den Katastrophenschutz und für Polizeieinsätze zuständigen Dienststellen abgestimmt worden. Die Koordination zwischen den örtlichen Einsatzkräften der verschiedenen Organisationen war deshalb gewährleistet.

In einem Erlass des Innenministeriums von Baden-Württemberg aus dem Jahre 1977 ist festgelegt, daß der THW-Bereitschaftsdienst im Einklang steht mit dem Beschluß der Ständigen Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder vom 20. Juni 1975, in dem Art und Umfang der Hilfeleistungen des THW bei Verkehrsunfällen festgelegt wurde.

In 344 Fällen konnte rasch Hilfe vielfacher Art (Technische Hilfe im weitesten

Sinne) gewährt werden: Verletzten- und Sachgüterbergung, Freimachen der Fahrstreifen von Unfall- und Pannenzuwendungen sowie sonstigen Hindernissen, Bekämpfen von Umweltgefahren, z. B. durch Beseitigen von ausgelaufenem Kraftstoff mit Bindemitteln. Schließlich kommt hinzu, daß der Bereitschaftsdienst sehr oft vorbeugend im Interesse der Verkehrssicherheit wirkte und somit Störungen vermieden wurden. Der Wert dieser Präventivmaßnahmen ist allerdings sehr schwer konkret feststellbar.

1980 wurden durch diesen Bereitschaftsdienst wieder die im Unfallrettungswesen unmittelbar tätigen behördlichen bzw. privaten Dienste und Verbände (Polizei, Sanitätsorganisationen, Feuerwehr, Automobilclubs usw.) schwerpunktmäßig an Tagen mit erhöhtem Verkehrsaufkommen gezielt unterstützt. Das Potential des THW (Helfer, Ausstattung, Ausbildung), über das es zur Erfüllung seiner Aufgaben nach dem Gründungserlaß vom 25. August 1953 und dem Katastrophenschutzgesetz vom 9. Juli 1968 verfügt, wurde durch den Bereitschaftsdienst wirkungsvoll weiter in die friedenszeitliche Gefahrenabwehr bzw. -beseitigung integriert.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Bereitschaftsdienst des THW – mit ihm wurde in Baden-Württemberg 1971 in größerem Umfang begonnen – sich auch 1980 bewährte. 1981 werden Bereitschaftskräfte des THW zusätzlich wieder an Brennpunkten des Verkehrsgeschehens zu bestimmten Zeiten eingesetzt. Die notwendigen Vorbereitungen sind abgeschlossen. G. G.

## Planspiel beim THW-OV Backnang

Unter der Leitung von THW-Kreis- und Ortsbeauftragten Ing. Werner Wildermuth probte der THW-OV Backnang Anfang März in seiner Unterkunft den Ernstfall für Einsätze in Dürrezeiten.

Folgende Lage war der Übung zugrunde gelegt worden: Hochsommer: Seit Wochen herrscht feuchtwarmes Wetter. Die Wasservorräte werden knapp und müssen rationiert werden. Waschen von Autos und Rasensprengen ist verboten.

Die Krankenhäuser sind überlastet; mit Kreislaufzusammenbrüchen und Infektionen werden viele Bürger zur Behandlung eingeliefert.

Der Dürre folgt ein Sturm: Pechschwarze Wolken ziehen auf, die Windstärke nimmt zu. Im Lehrsaal der THW-Unterkunft wird über Tonband der einminütige Heulton eingespielt, der im Frieden den Bürger auffordert, sein Rundfunkgerät einzuschalten und auf Durchsagen zu achten.

Die Bevölkerung wird vor dem herannahenden Unwetter gewarnt und gebeten, Schwimmbäder und Straßen zu verlassen und sich auf dem schnellsten Wege nach Hause zu begeben. Der Wind wird zum Orkan.

Bäume werden entwurzelt, Dächer abgedeckt, Autos kommen von der Straße ab, Menschen schreien um Hilfe. Immer

wieder wird die Bevölkerung über Rundfunk ermahnt, Ruhe zu bewahren.

Wieder die Sirene: Diesmal wird Katastrophenalarm ausgelöst. Die Helfer des Katastrophenschutzes haben sich in ihren Unterkünften einzufinden. Der Stab des Hauptverwaltungsbeamten (HVB) wird einberufen, die Fachberater der einzelnen Fachdienste werden hinzugezogen.

Vom Stab werden die Einsätze gesteuert und überwacht, Zustandsberichte werden entgegengenommen.

Nach Einschätzung der Lage ergehen Aufträge an die Einheiten des Katastrophenschutzes. Wenn sich die Technische Einsatzleitung (TEL) des THW eingefunden hat, unterstehen ihr die Ein-

heiten. Die THW-Zugführer geben die genaue Lage sowie den zusätzlichen Bedarf an Einsatzkräften der TEL durch, die wiederum den Stab HVB informiert.

Den aufmerksamen Beobachtern des Planspiels werden schließlich die Schwierigkeiten an praktischen Beispielen aufgezeigt, die bei der Bergung von Verletzten entstehen können oder bei der Aufrechterhaltung von Versorgungseinrichtungen für Strom, Wasser und Gas zu beachten sind.

Gäste der Übung waren Landtagsabgeordneter Erich Schneider, Bürgermeister Biber, Polizeidirektor Bläsing, Stadtbrandmeister Scheib und Vertreter des THW-Landesverbandes Baden-Württemberg. L.

# Bayern



## Abschiedsbesuch des THW-Landesbeauftragten in Coburg

Der Ende März 1981 in den Ruhestand getretene THW-Landesbeauftragte für Bayern, Dipl.-Ing. Simon Schwarz, wurde in der THW-Unterkunft Coburg von Vertretern der Hauptverwaltungsbeamten und THW-Helfern des Bereichs Oberfranken-West verabschiedet. Landrat Helmut Knauer, Coburgs stv. Bürgermeister Eduard Reichardt und der THW-Geschäftsführer für Oberfranken-West, Henrik Fenrich, würdigten die Verdienste des Scheidenden, der maßgeblich daran beteiligt war, daß das THW Coburg vor einigen Jahren eine neue Unterkunft beziehen konnte.

Zu der Feier waren außer Helfern des THW-OV Coburg auch Vertreter der THW-OV Forchheim, Bamberg, Kirchehrenbach, Lichtenfels und Staffelstein gekommen.



THW-Landesbeauftragter Simon Schwarz (5. v.l.) wurde von Franz Josef Müller (THW-OV Staffelstein), Wolfgang Schneider (THW-OV Kirchehrenbach), Henrik Fenrich, Coburgs 3. Bürgermeister Eduard Reichardt, Volkhardt Zimmermann (THW-OV Lichtenfels), Karl-Heinz Krebs (THW-OV Coburg), Landrat Helmut Knauer, Heinz Kar (THW-OV Forchheim) und Hubertus Jacobi (THW-OV Bamberg) (von links) verabschiedet.

Nachdem die Vertreter der THW-Ortsverbände dem Landesbeauftragten für seinen Einsatz und sein Engagement gedankt hatten, schilderte Simon Schwarz aus seiner Sicht die Arbeit eines THW-Landesbeauftragten. Er habe es als seine Pflicht angesehen, gute Voraussetzungen zu schaffen, damit die Helfer richtig arbeiten können. Zum Abschluß der Feier überreichte Schwarz der THW-Helferin Elke Mierzwa, Coburg, das THW-Helferzeichen in Gold. W. B.

## THW Coburg gegen Hochwasser

Im Coburger Land und im Landkreis Kronach wurde am Dienstag, dem 10. März 1981, Hochwasser-Katastrophenalarm ausgelöst. Die Itz in Coburg und die Rodach in Unterlangensstadt hatten die höchsten Wasserstände seit 1967. Die von einer Familie bewohnte „Gleußener Mühle“ im Itzgrund mußte evakuiert werden.

Die Schneeschmelze in den nordbayerischen Randgebirgen bis zum Thüringer Wald und anhaltende Regenfälle hatten die Flüsse in reißende Ströme verwandelt. An Itz, Rodach und oberen Main waren sogar frühere Hochwassermarken auf langen Strecken erheblich überschritten worden. Feuerwehr und THW errichteten Dämme aus Sandsäcken gegen die steigenden Fluten. In Coburg standen Sportplätze bis zu einem Meter unter Wasser. Entlang der über die Ufer getretenen Flüsse waren Hunderte von Kellern überflutet.

In den Landkreisen Coburg, Kronach und Lichtenfels hatte das Hochwasser

zahlreiche Straßenverbindungen unterbrochen. Bei Lichtenfels stand ein Campingplatz unter Wasser.

In Coburg war das THW die erste Hilfsorganisation, die im Einsatz war, bevor für die Stadt Katastrophenalarm ausgelöst wurde. Insgesamt waren 49 THW-Helfer vom 10. bis 12. März 1981 rund um die Uhr in verschiedenen Schichten im Einsatz. In der Unterkunft des THW waren Betten aufgebaut worden, damit sich die Helfer zwischen den Einsätzen erholen konnten.

Zuerst beschränkte sich die Arbeit des THW darauf, Sandsäcke zu füllen und an die Bevölkerung auszugeben oder besonders gefährdete Gebäude wie die Coburger Frauenklinik vor Hochwasser zu schützen. Pumpen konnten zu diesem Zeitpunkt nur mit eingeschränkter Wirkung eingesetzt werden, weil das Wasser ständig nachlief.

Nachdem der Wasserstand gefallen war, wurden zahlreiche Keller leergepumpt und aufgeräumt. Ein besonderer Einsatz wurde am Samstag, dem 14. März 1981, notwendig: Die Wege zum Stadtjugenheim in Coburg mußten vom Schlamm, den die Fluten mitgebracht hatten, gesäubert werden. Die Helfer „bewaffneten“ sich mit Schläuchen, Spritzen und Besen, um die Wege zu reinigen.

Ein Vertreter des THW war während des Katastrophenalarms ständig im Krisenstab der Stadt Coburg vertreten, damit die anfallenden Arbeiten mit den anderen Hilfsorganisationen koordiniert werden konnten. Aus der Sicht des THW, so Ortsbeauftragter Karl-Heinz Krebs, war die Zusammenarbeit mit der Einsatzleitung hervorragend. W. B.

## Der Warndienst in Zahlen

Zur Warnung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland vor Gefahren ist im Rahmen der öffentlichen Alarmierung seit 1959 ein Netz ortsfester Alarmgeräte (Sirenen) aufgebaut worden. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1980 gibt es in der Bundesrepublik 67 400 Elektrosirenen und 400 Hochleistungssirenen.

64 167 Elektrosirenen und 377 Hochleistungssirenen sind an das bundesweite Warnnetz angeschlossen.

Während in den vergangenen Jahren überwiegend Elektrosirenen installiert worden sind, wird wegen zivilschutztaktischer Erfordernisse heute dem Aufbau von Hochleistungssirenen der Vorzug gegeben.

Je nach Siedlungsstruktur können mit einer Hochleistungssirene aufgrund ihrer zehnmal größeren Reichweite im Mittel etwa 20 bis 30 Elektrosirenen ersetzt werden.

Die Aufgaben des Warndienstes werden wahrgenommen:

a) vom Bundesamt für Zivilschutz und den ihm unterstellten zehn Warnämtern, b) den Städten und Gemeinden in Bundesauftragsverwaltung, soweit es sich um den Aufbau und die Unterhaltung der Sirenen des Warndienstes handelt.

Die dem Bundesamt für Zivilschutz unterstellten zehn Warnämter sind über das Bundesgebiet verteilt. Die Anzahl der Sirenen, die von dem jeweiligen Warnamt ausgelöst werden, richtet sich nach der Bevölkerungsdichte der zu warnenden Fläche. Dabei ergibt es sich, daß die Grenzen der zehn Bundesländer nicht identisch mit den zehn Waldgebieten sind.

### Die Auslösung der Sirenen in dem jeweiligen Bundesland erfolgt durch:

Land	auslösende Warnämter
Schleswig-Holstein	I und *II
Freie und Hansestadt Hamburg	I
Niedersachsen	II und III
Freie Hansestadt Bremen	II

Nordrhein-Westfalen	II, III, IV, V und VII
Hessen	VI, VII und IX
Rheinland-Pfalz	VII
Saarland	VII
Baden-Württemberg	VIII, IX und X
Bayern	IX und X

### In den einzelnen Warngebieten/Bundesländern wurde bisher folgende Anzahl von Sirenen aufgebaut:

Warnamt	Elektrosirenen	Hochleistungssirenen
I	5 808	11
II	5 824	—
III	5 171	28
IV	10 104	8
V	6 850	13
VI	6 331	44
VII	6 936	38
VIII	8 627	4
IX	5 714	70
X	6 045	191
Gesamt	67 410	407

Länder	Elektrosirenen	Hochleistungssirenen
Schleswig-Holstein	4 507	3
Hamburg	1 308	8
Bremen	770	—
Niedersachsen	10 044	28
Nordrhein-Westfalen	17 132	21

Hessen	6 361	44
Rheinland-Pfalz	5 020	32
Saarland	1 891	6
Baden-Württemberg	8 648	4
Bayern	11 729	261
Gesamt	67 410	407

### Anton Flach im Ruhestand

Ende November 1980 wurde Anton Flach, Maschinenmeister im Warnamt VI, in den Ruhestand versetzt. Flach begann vor 18 Jahren seinen Dienst im Warndienst VI. Er zählt zu den Männern der ersten Stunde, die Anfang der sechziger Jahre den Warndienst mit seinen umfangreichen technischen Einrichtungen aufgebaut haben.

In einer Feierstunde wurden seine Verdienste von Vertretern des Bundesamtes für Zivilschutz und der Warnamtsleitung gewürdigt.

Maschinenmeister Kupfer vom Nachbarwarnamt IX überreichte stellvertretend für alle Warnämter einen Zinnteller mit



den Wappen der Bundesländer und einer Gravur. Auch die Kollegen im Warnamt überraschten Flach mit einem Geschenk: Zehn Graphiken der einzelnen Warnämter, des Bundesamtes für Zivilschutz, der Warndienst-Verbindungsstellen und eine Übersicht werden den Scheidenden noch lange an seine Dienstzeit erinnern.

## Handbuch für den Arbeiter-Samariter-Bund

Eine lange erwartete, wichtige Arbeitshilfe liegt jetzt vor

Nach gründlicher Vorbereitungsarbeit liegt jetzt das Handbuch des Arbeiter-Samariter-Bundes vor. Als praktische Lose-Blatt-Sammlung in DIN-A5-Format mit einem Umfang von 1700 Seiten in zwei stabilen Ordnern kann dieses Werk nun ab sofort bestellt werden.

In 19 Kapiteln führt das Handbuch in Theorie und Praxis der vielfältigen ASB-Aufgaben ein. Jährliche Ergänzungslieferungen dienen zur Berichtigung des Werkes entsprechend des jeweiligen Erkenntnisstandes.

Mit dem Erscheinen des Handbuches für den Arbeiter-Samariter-Bund, kurz: ASB-Organisationshandbuch, werden die Wünsche der verantwortlichen Mitarbeiter im ASB erfüllt. Grundlage für die Konzeption des Handbuches war die Feststellung, daß die Zeit der Mitarbeiter

nicht ständig intensiv mit allen Fragen und Hinweisen beschäftigen kann.

Es mußte deshalb ganz zwangsläufig ein leicht lesbares, übersichtliches Organisationsmittel geschaffen werden, das alle Fragen beantwortet, die täglich zu lösen sind.

Das nun fertiggestellte ASB-Organisationshandbuch ist dabei keine Sammlung ausschließlich von Richtlinien, Verordnungen oder Gesetzen, sondern legt den Schwerpunkt auf praxisnahe Erläuterungen und Arbeitshilfen. Den vielen tausenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionsträgern und Mitarbeitern im ASB soll ein Ratgeber zur Verfügung stehen, der einen grundsätzlichen Einblick in Organisationszusammenhänge ermöglicht. Grundlage für das Entstehen des Werkes war deshalb auch die Erkenntnis, daß ein Hilfsmittel zu schaffen war, das es den vielen Helfern und Mitarbeitern im ASB ermöglicht, ihre ehrenamtliche oder hauptamtliche Arbeitszeit schwerpunktmäßig einzusetzen und mit dem Handbuch einen schnellen Überblick über die im ASB geltenden Bestimmungen und Arbeitshilfen zu haben.

In das Werk sind alle verwertbaren Unterlagen, die zur Zeit über die Durchführung der vielfältigen ASB-Ausgaben vorhanden sind, mit eingearbeitet. Auch das seit rund 10 Jahren bestehende Schriftenreihen-Programm findet im Handbuch seinen Niederschlag. Die Vorlagen der ASB-Schriftenreihen wurden jedoch wesentlich überarbeitet, ergänzt und erweitert. Bei der Gestaltung der einzelnen Handbuchkapitel sind zugleich neue Broschüren, auch für das ASB-Schriftenreihen-Programm entstanden. Die Schriftenreihe wird auch weiterhin aufgelegt, da sie eine spezielle Arbeitshilfe für den einzelnen fachspezifischen Mitarbeiter im ASB darstellt.

Mit eingearbeitet sind auch zahlreiche Tabellen, Organisationsabläufe, Daten und das Material von Vorträgen bei ASB-Mitarbeiterschulungen. Das ASB-Organisationshandbuch ist in knapp einjähriger Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle entstanden, im Anschluß an die täglichen Verwaltungsarbeiten, die in

einer Organisationszentrale regelmäßig anfallen.

Hier ein Überblick über die einzelnen Kapitel:

1. Organisationsgrundlagen
2. Rechts- und Vereinswesen
3. Satzungen, Richtlinien, Ordnungen
4. Mitglieder und Mitarbeiter im ASB
5. Geschäftsführung und Finanzwesen
6. Versicherungsschutz
7. Einsatz von Kraftfahrzeugen im ASB
8. Soziale Dienste im ASB
9. Aus- und Fortbildung
10. Rettungswesen
11. Sanitätswesen
12. Katastrophenschutz
13. Fernmeldewesen
14. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
15. Kontrolle und Revision
16. Beschaffungswesen
17. Zivildienst
18. Jugendarbeit
19. Anhang

Die einzelnen Kapitel sind entsprechend numerisch untergliedert, so daß ein schnelles Zurechtfinden gewährleistet ist. Dazu trägt auch ein umfangreiches Stichwortverzeichnis im Anhang des Handbuches bei. Auch für ASB-Außenstehende ist das Handbuch interessant. Sie erhalten über das Handbuch erstmals einen informativen Einblick in die Struktur und Aufgaben und Probleme einer Hilfs- und Wohlfahrtsorganisation und sehen, wie sich eine solche Organisation selbst organisiert. Über das Handbuch ist ein Faltprospekt lieferbar, der einen weiteren Einblick in das Inhaltsverzeichnis des Handbuches gibt.

Bestellungen nimmt ab sofort die ASB-Bundesgeschäftsstelle in 5000 Köln 41, Sülzburgerstraße 146, entgegen.

Wilhelm Müller



im ASB aufgrund der Vielzahl der Tätigkeiten und durchzuführenden Aufgaben nur knapp bemessen ist. In einer Hilfs- und Wohlfahrtsorganisation wirken überwiegend Helfer und Mitarbeiter an der Basis und an der direkten Hilfe für den Nächsten mit. Für die Lösung von Sachproblemen am Schreibtisch bleibt nur sehr wenig Zeit. Hinzu kommt, daß die Durchführung sozialer Aufgaben auch in einer Hilfsorganisation durch die Vielzahl der zu beachtenden Richtlinien, Gesetze, Finanzierungsmöglichkeiten, Verordnungen und Vorschriften so umfangreich geworden ist, daß schnell der Überblick verlorengeht, wenn man sich

### Neues Behindertenfahrzeug konzipiert

Der ASB Köln hat ein völlig neues Behindertenfahrzeug selbst konzipiert und nun in Betrieb genommen. Erstmals wurde ein Daimler-Benz 207 D als Kleinreisebus in dieser Art für Rollstuhlfahrer ausgestattet. Die Innenausstattung, und das ist neu an diesem Fahrzeug, besorgte die Fa. Vogel, Karlsruhe, in Zusammenarbeit mit dem ASB Köln. Und so sieht das Fahrzeug von innen aus: Linoleumboden, skaiverkleidete Innenwände, teppichverkleideter Himmel und Musikanlage – sowie die bisher auf dem Markt befindlichen Transportmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer. Da die In-

Mit dem im Heck eingebauten Schwenklift kann der Rollstuhlfahrer in das Fahrzeug gehoben werden.



Der Kleinreisebus kann auch für Fahrten zu Kur- und Erholungsmaßnahmen eingesetzt werden.



enausstattung variabel ist, können neun Personen in normalen Sitzen oder bei entsprechendem Umbau vier Rollstuhlfahrer in ihren Rollstühlen sowie vier Begleitpersonen transportiert werden. Der im Heck eingebaute Schwenklift erlaubt es, den Rollstuhlfahrer von der Straße mittels dieses Liftes in das Fahrzeug zu heben. Im Fahrzeugboden ist eine Spezialhalterung angebracht. Hier kann der Rollstuhl so befestigt werden, daß er bei einem Unfall einer großen Beanspruchung standhält. Zwei Automatik-Sicherheitsgurte sorgen für ein optimales Rückhaltesystem. Der Fahrzeug-Innenraum vermittelt dem Behinderten aufgrund der Innenausstat-

tungsmerkmale das Gefühl von Sicherheit und Behaglichkeit.

Der Einsatz des Fahrzeuges erfolgt als Universalfahrzeug, d. h. es kann sowohl als Kleinreisebus für behinderte und auch für nichtbehinderte Personen eingesetzt werden. Vorwiegend ist daran gedacht, hier den Einsatz zu Kur- und Erholungsmaßnahmen, Fahrten zur Reha, Sportveranstaltungen usw., die über die Stadtgrenze Kölns hinausgehen, zu ermöglichen.

Weitere Auskünfte über das neue Behindertenfahrzeug erteilt der ASB Köln, Sülzburgstraße 146, Tel. 0221/445077, Herr Herholz.

## Neues ASB-Hilfsprogramm für Süditalien

In der Nacht vom 23. zum 24. November 1980 wurde Süditalien von einem Erdbeben heimgesucht. Dabei wurden ganze Dörfer total zerstört, Tausende von Menschen getötet, verletzt und obdachlos. Der Arbeiter-Samariter-Bund war eine der ersten Organisationen, die wenige Tage später am Katastrophenort der notleidenden Bevölkerung half. Aber ein paar Tage Hilfe vor Ort sind wie der Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb beteiligt sich der ASB an einem groß angelegten Wiederaufbauprogramm der zerstörten Ortschaften: Fertighäuser mit Hausrat und Mobiliar für die immer noch notleidende Bevölkerung im Katastrophengebiet Süditaliens.



Ralph Coeckelbergh, Generalsekretär der belgischen ASB-Partnerorganisation (links), überreicht dem stellv. Bundesvorsitzenden des ASB, Fritz Tepperwien, den Scheck.

Damit auch die ärmsten Familien die Chance bekommen, wieder ein Dach über dem Kopf zu haben, stellt die Stadt München 32 Fertighäuser. Durch die Münchner Feuerwehr sollen diese Häuser aufgebaut werden. Die Inneneinrichtung übernimmt der ASB. Als finanziellen Beitrag hat die belgische ASB-Partner-Organisation „Solidarite Socialiste“ am 26. März 1981 in der ASB-Bundesgeschäftsstelle in Köln dem stv. Bundesvorsitzenden des ASB, Fritz Tepperwien, einen Scheck in Höhe von 70000 DM überreicht.

Am Montag, dem 30. März 1981, fuhren sieben vollbepackte Lkw von Hannover aus mit Mobiliar und Hausrat nach Süditalien ins Erdbebengebiet.

Dieses Hilfsprogramm soll weiter ausgebaut werden. Der ASB rechnet mit Kosten in Höhe von 10000 DM je Einrichtung. Die bisher zur Verfügung stehenden Gelder reichen schätzungsweise nur für 20 Häuser. Daraus ergibt sich ein Betrag von rund 120000 DM, der noch aufgebracht werden muß, um alle 32 Häuser einrichten zu können. Deshalb bittet der ASB um Spenden auf das Konto 10090050 bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Frankfurt.

## ASB-Ehrenkreuz in Gold für Hans Günter Klein

Anlässlich eines Informationsbesuches beim ASB Düsseldorf zeichnete Dr. Veronica Carstens, die Gattin des Bundespräsidenten, den Dezernenten für Katastrophenschutz und Rettungsdienst beim Landkreistag, Hans Günter Klein, mit dem Arbeiter-Samariter-Ehrenkreuz in Gold aus. Obwohl Klein nicht Mitglied des ASB ist, unterstützt und fördert er schon jahrelang die Arbeit des ASB.



## Broschüre für Öffentlichkeitsarbeit ist da

Ein Ratgeber für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des ASB ist mit der Schriftenreihe Nr. 4 erschienen. Die Broschüre „Öffentlichkeitsarbeit“ schildert in umfassender Weise, wie eine öffentlichkeitswirksame Arbeit für den ASB möglich ist. Sie gibt zahlreiche Hinweise und Anregungen, insbesondere auch für den Ausbau der Pressearbeit in den Organisationsstufen.

Ein Fuhrpark der Nächstenliebe

## Wenn der Morgen graut, rollt die Hilfe an

Würzburger Johanniter organisierten mit 50 Kleinbussen einen vorbildlichen Behinderten-Fahrdienst sogar über die Landesgrenzen hinweg

Sie hatte eine Blinddarmentzündung. Die Operation ging in Ordnung, alles schien wieder in Ordnung. Aber Wochen später kam die Müdigkeit in die Beine, die Schwäche. Mit den Muskeln war da etwas, mit der Steuerung. Das Gehen fiel schwer, der tägliche Schulweg wurde zur Qual. Jemand sagte dann, das sei eine Narkosefolge, aber was half das? Inge war behindert, und da half nichts.

Irgendwann, irgendeines Tages, als kleines Kind, fing Sigrid plötzlich zu zittern an. Sie drehte sich um ihre Achse und gestikulierte fahrig, unkontrolliert; auch die Augen zuckten, von einer zur anderen Seite, und die Worte waren nur Gestammel. Da wußte man es, da lernten die Eltern das Schicksal kennen, eine epileptische Tochter zu haben. Und das ist ein schweres Schicksal.

Jeden Morgen, wenn die Dämmerung über das Land zieht, ist für sie der Schlaf vorüber. Ihre Nacht ist kürzer als für andere, und im Winter ist das nicht

so einfach. Aber sie geben nicht auf, diese hundert Menschen: Diese jungen Männer und Rentner, diese Hausfrauen und Studentinnen, diese Abendschüler und Arbeitslosen. Um sechs Uhr, so etwa, drehen sie den Zündschlüssel und fahren los, und ihre weißen Kleinbusse werden nicht nur von Benzin oder Gas angetrieben. Da ist auch eine seltsame Art von Verantwortungsgefühl, das nicht mit Münze bezahlt wird, oder nur ein wenig, nur mit dreihundert, vierhundert Mark im Monat. „Ehrenamtlich“, heißt es, sei diese Arbeit, Einsatz für die Menschlichkeit klingt da besser. Denn nichts anderes geschieht.

Sie sind Fahrer und Beifahrerinnen, auch umgekehrt, für jene fünfzig Autos, deren Kennzeichen allesamt mit „AK“ beginnen, die der Johanniter-Unfall-Hilfe gehören und den größten regionalen Fuhrpark der Nächstenliebe darstellen. Täglich zweimal, am frühen Morgen und am Nachmittag, schwärmen sie von Würzburg über ganz Unterfranken aus, um Hunderte von körperlich und geistig behinderten Kindern den Schulbesuch

im Zentrum auf dem Heuchelhof zu ermöglichen. Sechstausend Kilometer lang sind diese Sammeltouren, an die viele Städte, Dörfer und Weiler gekettet sind und die sich am Montag und Freitag noch um zweitausend Kilometer verlängern: Dann nämlich werden auch die Internatskinder geholt beziehungsweise zum Wochenende zurückgebracht. An diesen Kilometerzahlen liest sich gleichermaßen die Bedeutung des Würzburger Behindertenzentrums wie dieser Transportorganisation ab: Bis nach Dörningheim bei Hanau, nach Bad Salzschlirf und nach Heubach bei Schwäbisch Gmünd reicht der weitflächige Johanniter-Fahrdienst in Würzburg, ohne den das Leben der betroffenen Kinder leerer, das ihrer Eltern wohl noch schwerer wäre. Und jetzt vom sozialen Engagement oder von praktizierter Nächstenliebe zu reden, ist nicht nötig, da hat das Argument zu viel Selbstverständliches: „Die sind doch wirklich arm dran, warum sollen wir da nicht helfen?“, sagt Frau Johanna K., Hausfrau, zweifache Mutter, „ehrenamtliche“ Beifahrerin. Die dreihundert Mark sind Taschengeld für sie – und ihre Kinder.

Nein, sie fühlen sich nicht als caritative Helden, die da auch bei Eis und Kälte und mit klappernden Zähnen morgens in ihre Busse klettern. Aber sie fühlen eine Art Gemeinschaft. Ein Blinkzeichen gegenseitig, draußen bei der Begegnung auf der Straße; eine Zigarette gemeinsam, nach der Fahrt in die Tiefgarage des Zentrums, und ein ungeschriebener

**Morgendlicher Treff in der Tiefgarage des Behindertenzentrums: Dutzende von Kleinbussen des Johanniter-Fahrdienstes bringen Kinder und Jugendliche von drei bis zwanzig Jahren aus ganz Unterfranken zum Schulbesuch hierher.**



Kodex ist da: Kneifen, weil der Abend vorher schon zur Nacht geworden war, weil es zu kalt ist und erst noch Schneeketten aufgezogen werden müssen, weil man selbst einen Schnupfen und Halsschmerzen hat, andernorts oft gängige Drückebergerei, gibt es nicht. Eine merkwürdige Kraft, die diese Kinderschicksale ausüben.

Das Jubiläum verstrich ohne Aufsehen, es war letztes Jahr schon. Da bestand dieser Fahrdienst genau ein Jahrzehnt, und „sehr bescheiden hat es angefangen“, erinnert sich sein Initiator. Berthold Weigand, heute Kreisgeschäftsführer des Johanniter-Verbandes, war früher Stahlbautechniker, Offizier, auch Lebensmittelkaufmann im elterlichen Geschäft. 1970 schließlich zog er seinen Lebenswagen „auf die humanitäre Schiene“ und ging zu dieser Hilfsorganisation, die unbestritten seinem Elan ihre dann bemerkenswerte Entwicklung nun zu verdanken hat. „Fünf Eltern“, erinnert er sich, „kamen damals und fragten, wie denn ihre behinderten Kinder in die Schule gebracht werden könnten.“ Weigand hatte eine Antwort. Er kaufte auf eigene Kosten zwei alte Busse, mietete auf der Keesburg zwei Räume und begann zunächst mit Pfarrer Schindelin, später mit dem heutigen Leiter des Behindertenzentrums, Schöbel, einen in der Tat höchst bescheidenen Transportdienst: „Das war sicher ein Risiko.“

Vielleicht doch nicht? Wie oft, so erfüllte sich auch hier eine menschliche, man kann auch sagen: christliche Idee erfolgreicher als erwartet. Das Echo war erstaunlich. Mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins für die Problemgruppe dieser behinderten Kinder zeigte sich das ganze Ausmaß der Fürsorgepflichten. Staat, Land und Bezirk, die diese neuen Aufgaben sehr ernst nahmen und viel investierten, bedurften auch des sozialen Engagements von privater Seite. „Es ging rasch aufwärts, wir konnten Jahr für Jahr fünf neue Fahrzeuge anschaffen, auf Leasingbasis, und mit der Fertigstellung des Behindertenzentrums waren wir in der Lage, diesen Fahrdienst systematisch und langfristig über ganz Unterfranken hinweg zu entwickeln.“

Kurt Röhl, aktiver Offizier bis 1971, dann in der militärischen Forschung, leitet ihn seit 1974 – fast ein wenig generalstabsmäßig. Ein ganzes Knäuel von rotem und blauem Garn ist da über die große Wandkarte verknüpft und verdeutlicht das enge Netz dieser Nächstenliebe auf Rädern. „Der Beförderungsauftrag vom Behinderten-Zentrum lautet: Von der Haustür bis zur Schule und zurück –



Berthold Weigand, Kreisgeschäftsführer der Johanniter-Unfall-Hilfe Würzburg und Initiator des Fahrdienstes (links), mit Kurt Röhl, Leiter der Schulbusorganisation, vor der über Unterfranken hinausgreifenden Streckenkarte. Wöchentlich werden vom Abholdienst 35000 Kilometer gefahren.



Zehn Millionen Kilometer haben die Fahrzeuge der JUH Würzburg bereits zurückgelegt. Um Kosten zu sparen, wird der Wagenpark – soweit wie möglich – selbst gewartet; auch kleinere Reparaturen machen die Johanniter selbst. Fotos: „Main-Post“ (2) und Winbauer (1)

und das müssen wir in jedem Fall machen“, sagt Röhl. Das heißt aber auch Ein-Kind-Transporte über Hunderte von Kilometern, je nach Internatsanmeldung im Zentrum. Grenzüberschreitende Hilfe also nach Hessen und Baden-Württemberg.

Zehn Millionen Kilometer Fahrleistung sind auf den Fahrtenschreibern vermerkt. Sie wurden erbracht von Taschengeld-Verdienern, und anders wäre die Organisation wirtschaftlich nicht denkbar. Nur auf dieser Basis ist der Dienst möglich, läßt sich der Aufwand vertreten und der Auftrag erfüllen. Denn die Johanniter-Unfall-Hilfe ist ein gewerblicher Betrieb, sie erhält keine Zuschüsse, zum Beispiel von der „Aktion

Sorgenkind“. Müßte sie für diesen Schulbus-Bereich Berufsfahrer einsetzen, so stiegen die Kosten dafür auf über das Vierfache – eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Schwierig wird es angesichts der steigenden Treibstoffkosten und trotz des Einbaues von Treibgasanlagen in jetzt 35 Fahrzeugen ohnehin werden. „Wir machen, was wir können, alles selbst. Auch die Autos werden von uns repariert, wenn möglich.“ Dafür stehen übrigens auch Zivildienstleistende zur Verfügung, allerdings in ihrer Zahl weit unter der zugesagten Quote.

Günther Winbauer

(Schweinfurter Tageblatt, 28. 3. 1981)

MHD-Jahresbericht 1980:

## Den Katastrophenschutz mit Eigenmitteln gesichert

MHD unterhält 320 Einheiten für den erweiterten Katastrophenschutz – Selbstbewirtschaftungsmittel seit der ersten Festsetzung nicht erhöht

Am 4. April 1981 legte MHD-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen der Bundes-Delegiertenversammlung des Malteser-Hilfsdienstes den Jahresbericht 1980 vor. Im darin enthaltenen und hier wiedergegebenen Kapitel „Katastrophenschutz“ wird auch eine Reihe von kritischen Punkten angesprochen, so zum Beispiel die unzureichende Finanzausstattung der Einheiten:

Die aktiven Einsatzgliederungen des MHD wirken im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder und als anerkannte Einheiten/Einrichtungen im erweiterten Katastrophenschutz des Bundes mit. Für diese Aufgaben wurden die Helfer und Führungskräfte weiter ausgebildet und die MHD-eigene Ausstattung mit Fahrzeugen und Gerät unter erheblichem Aufwand finanzieller Eigenmittel verbessert.

Viele nicht erfaßte Dienststunden wurden für die Pflege und Materialerhaltung der von Bund und Ländern überlassenen Ausstattungsgegenstände und Fahrzeuge aufgewendet. In Übungen wurden die Einsatzbereitschaft der Einheiten und ihr Ausbildungsstand überprüft.

### Erweiterter Katastrophenschutz

Insgesamt 320 Einheiten unterhielt der MDH im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes.

Sie gliederten sich innerhalb der Fachdienste wie folgt auf:

- 10 ABC-Züge
- 17 Betreuungsleitzüge
- 64 Betreuungszüge
- 22 Fernmeldezüge
- 18 Führungsgruppen
- 48 Krankentransportzüge
- 125 Sanitätszüge
- 20 Verbandplatzzüge

In diesen Einheiten wirkten 7180 Helfer mit, die für die Dauer der Mitwirkung vom Wehrdienst freigestellt sind (1979: 6760 = + 420). Der Anteil der freigestellten Helfer an der Gesamtzahl der männlichen Einsatzkräfte beträgt 35,9%. Das von der Bundesregierung weitergeführte Finanzsonderprogramm konnte keine spürbare Verbesserung der insgesamt unbefriedigenden Gesamtsituation im Bereich des Sanitätsdienstes bringen. Zwar wurden weitere Fahrzeuge als

Eine Schule ist kurzfristig „umfunktioniert“ worden.



Einrichtung eines Hilfskrankenhauses.



Aus der Übungspraxis der Katastrophenschutz-einheiten: Erste Hilfe für ein Katastrophenopfer.



Medizinisches Untersuchungsgerät kommt hier zum Übungseinsatz.

Ersatz für den völlig überalterten Fahrzeugbestand beschafft und ausgeliefert, doch zwangen die Sparmaßnahmen auf der anderen Seite dazu, gleichzeitig Ausbildungslehrgänge für Kraftfahrer an Landeskatastrophenschutzschulen abzusetzen.

Die Finanzausstattung der Einheiten mit Selbstbewirtschaftungsmitteln ist seit der ersten Festsetzung der Beträge nicht erhöht worden. Die rapide gestiegenen Kosten für die Heizung der Unterkünfte ließen nur geringe Mittel zur Durchführung der notwendigen Ausbildungsveranstaltungen übrig. Würden nicht erhebliche Eigenmittel für eine Aufgabe aufgewendet, deren Finanzierung aber dem Bund obliegt, hätte vielerorts die Ausbildung und Unterhaltung der Einheiten zu Beginn der zweiten Jahreshälfte eingestellt werden müssen. Dies hätte aber eine akute Gefährdung für den Fortbestand dieser Einheiten bedeutet.

Unbefriedigend ist auch die Gliederung und Ausstattung des neu konzipierten Sanitätszuges ausgefallen, die den Organisationen im Oktober des Berichtsjahres als Ergebnis der Beratungen mit dem Bundesfinanzminister zur Kenntnis gebracht wurden. Die Sanitätsorganisationen haben dem Bundesinnenminister eine kritische Prüfung und Stellungnahme angekündigt.

### Katastrophenschutz der Länder

Berichte von Katastrophen aus aller Welt und das immer stärker werdende Bewußtsein der Öffentlichkeit um die Umweltgefahren führten in einzelnen Bundesländern sowie bei einigen Kommunen zu einer besseren finanziellen und ausstattungsmäßigen Förderung der Katastrophenschutzeinheiten.

Während das Land Nordrhein-Westfalen wiederum wie seit jeher unbestritten an der Spitze der Bemühungen um den friedensmäßigen Katastrophenschutz lag, wurden auch zentrale Beschaffungsmaßnahmen aus den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bekannt.

In einem Hearing vor dem Landtag von Rheinland-Pfalz hatte u. a. auch der MHD Gelegenheit, seine Stellungnahme zum Entwurf eines Landeskatastrophenschutzgesetzes abzugeben. Ein danach von der Landesregierung vorgelegter Gesetzentwurf für eine Zusammenfassung des Brand- und Katastrophenschutzes in einem Gesetz mußte kritisch auf seine Inhalte geprüft werden. Hierzu ließ die Landesregierung eine groß angelegte Planübung durchführen, die der die Grundkonzeption und die Einzelbestimmungen einer praktischen Erprobung unterzogen wurden. Die hierbei

Die Katastrophenschutz-Einheiten des MHD in regionaler Aufgliederung:

MHD-Dienststelle	ABC-Z	BtZ	BTZ	FMZ	FüGr	KtpZ	SZ	VpZ	Freigestellte Helfer
Aachen	2	1	17	3	4	6	17	4	903
Augsburg	2	3	-	-	-	-	3	1	391
Bamberg	-	-	-	-	-	3	3	1	240
Berlin	-	-	1	1	-	-	4	-	-
Eichstätt	-	-	-	-	-	-	1	-	36
Essen	-	-	4	2	2	2	9	2	352
Freiburg	-	-	1	-	-	1	5	-	201
Fulda	-	-	1	-	-	-	-	-	22
Hildesheim	-	1	4	-	2	2	3	-	178
Köln	-	-	-	5	2	5	3	2	1516
Limburg	-	-	1	-	-	2	1	-	160
Mainz	-	3	5	-	-	1	4	1	213
München	1	-	3	-	1	2	4	1	323
Münster	-	1	3	4	3	6	14	4	538
Oldenburg	-	-	-	-	-	2	2	-	80
Osnabrück	-	-	-	-	-	3	6	1	125
Bremen	-	-	-	-	-	1	-	-	35
Hamburg/Schl.-Holst.	-	1	3	-	2	2	5	1	241
Paderborn	2	1	3	5	2	6	19	-	558
Passau	1	-	-	-	-	-	-	-	7
Regensburg	-	-	1	-	-	-	1	-	21
Rottenburg	-	2	1	-	-	1	5	-	266
Speyer	1	1	3	-	-	-	3	-	161
Trier	-	3	12	2	-	3	11	2	522
Würzburg	1	-	1	-	-	-	1	-	91
Insgesamt	10	17	64	22	18	48	125	20	7.180

Erläuterung:

ABC-Z = ABC Zug  
 BtZ = Betreuungszug  
 BTZ = Betreuungszug  
 FMZ = Fernmeldezug  
 FüGr = Führungsgruppe  
 KtpZ = Krankentransportzug  
 SZ = Sanitätszug  
 VpZ = Verbandplatzzug  
 Freigestellte Helfer = aufgrund Mitwirkung nach § 8 Absatz 2 KatStG

seitens der Hilfsorganisationen angezeigten Mängel und von ihnen ausgehende Anregungen führten dazu, daß die Landesregierung ihren Gesetzentwurf in entscheidenden Punkten einer Überprüfung und Korrektur unterzog.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundesminister des Innern, dem Bundesamt für Zivilschutz, den Innenministern und -senatoren der Länder, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunalverwaltungen war trotz mancher Unterschiedlichkeit der Auffassungen und Interessen von großem gegenseitigem Vertrauen und partnerschaftlichem Zusammenwirken gekennzeichnet.

### Entwurf eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) legte den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles (Gesundheitssicherstellungsgesetz) vor. In einer Stellungnahme bezeichnete der MHD diesen Entwurf als notwendige Ergänzung der bisherigen Zivilschutzgesetzgebung und sah in den planerischen und organisatorischen Grundzügen die in diesem Ge-

setz zu verfolgenden Zielsetzungen erreicht.

Hinsichtlich der Mitwirkung der Sanitätsorganisationen im Rahmen der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung wurde dieser Entwurf jedoch der besonderen Stellung der privaten humanitären Organisationen nicht gerecht. Der MHD verwies darauf, daß die seitens der Sanitätsorganisationen eingegangenen Verpflichtungen

- als nationale Hilfsgesellschaften im Sinne des Art. 26 des I. Genfer Abkommens,

- als Träger von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes des Bundes und der Länder,

- als Träger von (hoheitlichen) rettungsdienstlichen Einrichtungen,

- als Ausbildungsträger für die Ausbildung von Schwesternhelferinnen sowie

- die Besonderheit der ehrenamtlichen Struktur mit einer überwiegend nicht aus den Gesundheitsberufen stammenden Helferschaft

eine Sonderstellung der Sanitätsorganisationen im Gesundheitssicherstellungsgesetz erforderlich macht.

DFV präsentierte in Bonn:

## „Die Feuerwehren im Jahre 2000“

Premiere des Dokumentarfilms über die bedeutenden Ereignisse in Hannover 1980

Ein breites Spektrum der Aufgaben und der Entwicklung der deutschen Feuerwehren

DFV-Präsident Bürger wies anlässlich der Premiere des Dokumentationsfilms „Die Feuerwehren im Jahre 2000“ auf den hohen Leistungsstand der deutschen Feuerwehren im europäischen Vergleich hin.



Ministerialrat Dr. Andrews und Ministerialdirektor Wedler, Bundesministerium des Innern, im Gespräch mit dem zwei Tage später zum neuen DFV-Präsidenten gewählten Vizepräsidenten Struve und Vizepräsident Wiedemann (von links).



Ministerialdirigent Knop, Leiter der Abteilung Feuerschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz und Zivile Verteidigung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, und DFV-Bundesgeschäftsführer Voßmeier.



Aufmerksame Premirengäste waren auch der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Ahrens, und THW-Bundeshelfersprecher Merck.



„Die deutschen Feuerwehren haben im Vergleich zum europäischen Ausland eine sehr progressive Entwicklung genommen“, stellte DFV-Präsident Albert Bürger am 26. März 1981 anlässlich der Premiere des Dokumentationsfilms „Die Feuerwehren im Jahre 2000“ vor prominenten und fachkundigen Gästen fest. In dem Film sind die Ergebnisse rund um den 25. Deutschen Feuerwehrtag 1980 in Hannover festgehalten, in Wort und Bild will der Deutsche Feuerwehrverband anschaulich darstellen, daß die Feuerwehr als gesetzlich verankerte kommunale Einrichtung für sich in Anspruch nehmen kann,

- ein wichtiger gesellschaftspolitischer und kultureller Faktor in der Gemeinde zu sein,
- Männer, Frauen und die Jugend für ihre Arbeit zu begeistern weiß,
- besonders als Botschafter international wirkt und für die Völkerverständigung wirbt.

Der Film soll diese gesellschaftspolitische Bedeutung der Feuerwehr dokumentieren. Mit welchen Einsatzaufgaben die Feuerwehr sich zu beschäftigen hat und welche Technik sie dabei einsetzt, ist einem zweiten Film vorbehalten.

Warum erhebt dieser Film mit Motiven des Jahres 1980 Anspruch auf den Titel „Die Feuerwehren im Jahre 2000“? Ist die Feuerwehr mit ihren Aktiven, der Technik und den Aufgabengebieten im Jahre 2000 überhaupt noch vergleichbar mit der Feuerwehr des Jahres 1980? Eine Grundsatzfachtagung während des 25. Deutschen Feuerwehrtages 1980 in Hannover, die unter dem Motto „Die Feuerwehren im Jahre 2000“ stand, sollte hierauf eine Antwort geben.

Eine Vielzahl von Anhaltspunkten in der gesellschaftlichen Entwicklung lassen erkennen, daß sich das Tempo der letzten 20 Jahre in der Veränderung der Gesellschaft nicht fortsetzt, sondern eine spürbare Verlangsamung des bisherigen Entwicklungstempos eintreten wird. Dies aber bewirkt, daß das Fortbestehen der kommunalen Feuerwehren,

und besonders der Freiwilligen Feuerwehren, bis zum Jahre 2000 gesichert ist.

Dabei wird sich die Technik des Brandbekämpfens nicht revolutionär verändern, sondern sich evolutionär weiter entwickeln im Rahmen einer Organisationsstruktur, die sich laufend den Vorgaben der staatlichen und kommunalen Belange anpassen wird.

DFV-Präsident Bürger begrüßte zur Premiere des Films in Bonn Bundestagsabgeordneter Rentrop (F.D.P.), den Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektor Wedler, Ministerialrat Dr. Andrews, BMI, Ministerialrat Dr. Ottinger, Bundespräsidialamt, Regierungsdirektor Schröder, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Ministerialdirigenten Knop, Innenministerium NRW, den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Ahrens, THW-Bundeshelfersprecher Merck, ASB-Bundesgeschäftsführer Müller, stv. JUH-Bundesgeschäftsführer Voigt und MHD-Abteilungsleiter Nowak sowie hohe Repräsentanten des Deutschen Feuerwehrverbandes. Bürger appellierte an alle, die deutschen Feuerwehren mit allen Mitteln zu fördern, um den Abwehrenden Brandschutz zumindest auf dem heutigen Stand zu halten. Der DFV-Präsident konstatierte eine „große Lücke“ im Vorbeugenden Brandschutz und betonte, die Forschung in diesem Bereich müsse mehr in den Vordergrund gebracht werden.

Zum Deutschen Feuerwehrtag 1980 in Hannover – dem 25. seit 1853 – stellte Bürger fest, die Feuerwehren seien mit dem Ergebnis „sehr zufrieden“. 84000 Feuerwehrmänner aus der gesamten Bundesrepublik seien in jenen Tagen in Hannover gewesen, allein 50000 anlässlich der Großkundgebung in der Innenstadt. Bürger verglich den 25. Deutschen Feuerwehrtag 1980 in seiner Bedeutung mit dem ersten seit Bestehen der Bundesrepublik, der 1953 in Ulm mit 25000 Teilnehmern stattfand. Die Dokumentation über Hannover werde in ihrem historischen Wert sicherlich jenen Film von 1953 – prominentester Gast war Bundespräsident Prof. Dr. Theodor Heuss – erreichen.

Erinnert wurde an die enorme Entwicklung der deutschen Feuerwehren in den Jahren von 1953 bis 1980, die die führende Position des deutschen Brandschutzes in Europa gebracht habe. Präsident Bürger machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß in einem europäischen Rahmen die deutschen Feuerwehren in ihrer hohen Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden dürften, vielmehr hätten die übrigen Länder einen Nachholbedarf.

## 17 Feuerwehrmänner verunglückten tödlich

Die vom Deutschen Feuerwehrverband vorgelegte Unfallbilanz für die Freiwilligen Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland belegt einmal mehr, daß der Einsatzdienst der Feuerwehren auch mit zahlreichen Gefahren und Unfällen jährlich verbunden ist. Die jetzt veröffentlichte Unfallbilanz 1979 zeigt auf, daß auf je 166 Feuerwehrmitglieder ein Unfall im Jahre 1979 kam. Die Feuerwehren der Bundesrepublik trauern um ihre 17 Kameraden, die ihr Leben im Feuerwehrdienst opferten. Unter diesen Todesopfern befinden sich 16 Feuerwehrmänner aus den Freiwilligen Feuerwehren und ein Feuerwehrmann aus dem Bereich der Berufsfeuerwehren.

Die Gesamtzahl der Unfälle im Jahre 1979 ist um rd. 11 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, nachdem im Jahre 1978 eine Reduzierung um rd. 4,4 % festgestellt werden konnte. Von der Gesamtzahl der Unfälle verursachten 80 % eine Krankheitsdauer von länger als drei Tagen (1975: 70 %). Der Anteil der Rentenfälle bei den Freiwilligen Feuerwehren beträgt im Jahre 1979 rd. 28 % (1975: 31 %).

Sehr aufschlußreich ist die Aufschlüsselung der Unfallursachen. Die Unfälle bei der Brandbekämpfung stiegen um 2,2 % auf insgesamt 32,6 %. Der Anteil der Sportunfälle betrug 11,4 %. Erfreulicherweise ist bei den Freiwilligen Feuerwehren der Rückgang der Wegeunfälle und bei Feuerwehrversammlungen festzustellen, deren Gesamtanteil rd. 13 % beträgt. Die genaue Auswertung der Unfallursachen gibt den Verantwortlichen in den Feuerwehren einen Anhalt dafür, wo u. a. die Aufklärung im Rahmen der Unfallverhütung schwerpunktmäßig anzusetzen ist.

Diese zuvor genannten Unfallzahlen beziehen sich auf rd. 800000 Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren im Jahre 1979. Einschließlich der Einsätze der Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren leisteten die Feuerwehren im Jahre 1979 insgesamt rd. 2,417 Mio. Einsätze.

## Feuerschutzsteuer muß erhalten bleiben

Das Aufkommen der Feuerschutzsteuer bildet bundesweit für die Freiwilligen Feuerwehren die Grundfinanzierung durch die Länder und Gemeinden, dieses betonte mit Nachdruck der Deutsche Feuerwehrverband in Bonn. Ende Dezember 1979 verabschiedete der Deutsche Bundestag nach über einjähriger Beratung die Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes mit der Befristung, daß die Aufkommenverteilung

nur für einen Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 1983 gedacht ist.

Der Deutsche Feuerwehrverband appelliert an Bund und Länder, rechtzeitig gemeinsame Überlegungen anzustellen, um ab 1984 eine entsprechende Anpassung der Aufkommenverteilung an die dann gegebenen Verhältnisse zu erreichen. Die Hälfte der vom Bundestag gebilligten Beratungszeit ist zwischenzeitlich bereits verstrichen, obwohl nach Informationen des Deutschen Feuerwehrverbandes manches darauf hindeutet, daß das notwendige neue Übereinkommen mit großen Schwierigkeiten belastet sein wird.

Der Verband rief die deutschen Feuerwehren auf, als bohrende Mahner den Ressortministern in den Ländern gegenüber tätig zu werden, da Länder und Gemeinden ohne diesen Finanzausschuß aus der Feuerschutzsteuer zugunsten der Freiwilligen Feuerwehren künftig den deutschen Brandschutz nicht mehr finanzieren können. Schon jetzt sieht der Deutsche Feuerwehrverband gleiche Schwierigkeiten auf die Feuerwehren zukommen wie in der über einjährigen Beratungsphase zur Novellierung des jetzt gültigen Feuerschutzsteuergesetzes.

Der Verband wies in Bonn darauf hin, daß auch die Feuerwehren die derzeitige schlechte wirtschaftliche und finanzielle Lage von Bund, Ländern und Gemeinden beachten müßten. Die Mittelverknappung werde auch am Abwehrenden Brandschutz – oder besser gesagt an den Feuerwehren aller Sparten in den Bundesländern – nicht ohne Spuren vorübergehen. Die bundesdeutschen Feuerwehrmänner wurden aufgerufen, das Jahr 1981 dazu zu benutzen, eine Gesamtkonzeption zu versuchen, wie bisher gewachsene Strukturen, der vorhandene und sich weiter entwickelnde Personalstand, neue Technologien und die dünnere Finanzdecke der öffentlichen Hand auf einen Nenner gebracht werden könnten. Der Deutsche Feuerwehrverband betonte, daß auch die Feuerwehren bereit seien, ihren Sparbeitrag zu leisten, denn die Feuerwehren in der Bundesrepublik seien in der Lage, das richtige Maß zu finden zwischen dem Notwendigen zur Erhaltung der bisherigen Leistungsstärke und zurückstellbaren Forderungen einer sichtlich wünschenswerten Fortentwicklung.

Dieser seitens der Feuerwehren zu leistende Beitrag in Anbetracht der finanziell schlechten Lage dürfe aber von den Parteien des Bundestages und den Ministerien der Länder nicht so verstanden werden, daß man auf die in den nächsten anderthalb Jahren erforderlichen Verhandlungen zum Feuerschutzsteuergesetz vorerst noch verzichten kann.



**Diese Seiten  
erscheinen in  
Verantwortung der  
Deutschen  
Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.**

Für die gute Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes zwischen der DLRG in Hessen und dem Hessischen Innenminister wurde Staatsminister Ekkehard Gries (rechts) im Auftrag des Präsidenten der DLRG, Prof. Dr. J. N. Schmitz, vom Präsidenten des DLRG-Landesverbandes Hessen, Günter Walter, mit dem DLRG-Verdienstabzeichen in Gold geehrt. Damit wurde diese Auszeichnung zum ersten Male an einen Minister in Hessen bzw. an eine nicht der DLRG zugehörige Person verliehen. Wie LV-Präsident Walter in seiner kurzen Ansprache betonte, sei es das besondere Verdienst des Staatsministers, daß die DLRG Hessen neben anderen Hilfsorganisationen als erster DLRG-Landesverband fest in den friedensmäßigen Katastrophenschutz integriert sei.

## DLRG beim Videotext dabei!

In Berlin und Düsseldorf kann man auf dem Fernsehschirm fünf „Seiten“ Informationen über die DLRG abrufen

„Wie spielten die Bayern, wie steht der Dollar, wie schütze ich meine Freizeit?“ Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt der „Bildschirmtext“, ein seit dem 1. Juli 1980 von ARD und ZDF angebotener Informationsdienst. Diesen Superservice via Television gibt es vorerst nur in zwei Städten, in Berlin und Düsseldorf.

3000 Familien und Firmen kommen in den Genuß dieses Services. Später soll das Netz dieser Einrichtung auf die ganze Bundesrepublik Deutschland ausgedehnt werden.

Mit von der Partie ist jetzt auch die DLRG. Im Rahmen ihres Kontingentes von 100 „Fernsehseiten“ hat die BARMER der DLRG in Berlin und Düsseldorf jeweils fünf „Seiten“ für ihre eigene Information zu Verfügung gestellt.

Die fünf „Seiten“ informieren über Aufgaben und Arbeit der DLRG. Aufgeführte Telefonnummern ermöglichen interessierten Zuschauern eine Kontaktaufnahme mit der jeweiligen lokalen Gliederung.

## Nicht nur Worte zum „Jahr der Behinderten“

Zehn Jahre Schwimmkurse für Behinderte –  
Ein Angebot der DLRG Münster

Ein Jubiläum besonderer Art feierten kürzlich die DLRG Münster und die „Lebenshilfe für geistig Behinderte“: zehn Jahre Schwimmkurse für Behinderte.

Im Jahre 1970 hatten die Vorsitzenden beider Institutionen intensiv beraten, wie man geistig Behinderte an das Wasser heranführen könnte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich niemand in der Lage gesehen, für diesen Personenkreis eine entsprechende Möglichkeit zu schaffen.

Nach großen Anfangsschwierigkeiten gelang es endlich im Jahre 1971 mit Hilfe der Universität Münster, das Übungsbecken des Institutes für Leibesübungen für den vorgesehenen Zweck zu nutzen. 15 erfahrene Ausbilder der DLRG erklärten sich spontan bereit, das Experiment zu wagen, geistig behinderte Kinder und Heranwachsende mit dem Element Wasser vertraut zu machen.

BARMER Ersatzkasse 21821d

BARMER Informationszentrum BARMER

**SCHWIMM'MIT - BLEIB FIT - HILF MIT**

Die Schwimmprüfungen:

- Frühschwimmer
- Deutsches Jugendschwimmabzeichen in den Stufen Bronze-Silber-Gold
- Deutsches Schwimmabzeichen in den Stufen Bronze-Silber-Gold
- Deutsches Rettungsschwimmabzeichen in den Stufen Bronze-Silber-Gold

Die DLRG in Berlin gibt Ihnen nähere Auskunft. Tel. 030/3623022

# DLRG-Jahresbilanz 1980

Rückschauend auf die letzten zehn Jahre kann von einem echten Erfolg gesprochen werden. Was zuerst nur zögernd begann, kann nunmehr als eine feste Aufgabe angesehen werden, zumal durch die Inbetriebnahme des Lehrschwimmbeckens in der zwischenzeitlich erbauten „Papst-Johannes-Schule“ für alle Beteiligten die Voraussetzungen geschaffen wurden, die für einen reibungslosen Ablauf erforderlich sind.

Wenn viele Skeptiker auch glaubten, daß diese Schwimmbildung eine fast unlösbare Aufgabe sei, so kann man heute mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß der Versuch, geistig Behinderte zum Schwimmen zu bringen, voll und ganz gelungen ist. Die aufgestellte Statistik ist ein Beweis dafür. Von insgesamt 122 Teilnehmern können sich heute 48 Schwimmer nennen. Neben dem „Seepferdchen“ erhielten 35 Kinder und Heranwachsende das Freischwimmer- und sogar 15 das Fahrten-schwimmerabzeichen und Zeugnis.

Wenn auch nicht alle Teilnehmer dieser Lehrgänge zu Schwimmern herangebildet werden konnten, so steht aber doch fest, daß auch für diese das Wasser eine hervorragende Wirkung hat. Eltern und Ausbilder müssen immer wieder feststellen, daß alleine die angestrebte Wassergewöhnung für alle eine gute Therapie ist und eine besondere Lebensfreude vermittelt.

Den ehrenamtlichen Ausbildern der DLRG wurde zum Jubiläum von der „Lebenshilfe“ und den Eltern ein ganz besonderer Dank gesagt: Im Rahmen eines gemütlichen Beisammenseins wurden viele DLRG-Helfer geehrt.



Für die Rettung eines Menschen aus Lebensgefahr zeichnete K. Vater, Leiter des DLRG-Bezirkes Westerwald-Taunus, die Jugendlichen Markus Fries (17), Thomas Kilian (17) und Uwe Müller (19) mit der Silbernen Plakette aus. Die drei hatten in Spanien ein französisches Ehepaar ca. 150 Meter vor dem Ufer gerettet und anschließend durch eine über eine halbe Stunde dauernde Wiederbelebung vor dem Tod durch Ertrinken gerettet.

Foto: G. Meurer



93 657

Prüfungen im Rettungsschwimmen  
Insgesamt wurden  
1980 ausgebildet **517 696**



2 295 450

Wachstunden im Sommer- und Winterrettungsdienst



424 039

Prüfungen im Schwimmen



20 323

Teilnehmer bei Sonderlehrgängen (Bootsführer u. a.)



1 110

Feste Stationen



380

Bewegliche Stationen



1 079

Motorboote



334

Einsatzwagen

**5 573**

Rettungen bei 5 612 Bootsbergungen mit 6 869 Hilfeleistungen

**757**

Rettungen vor dem Ertrinkungstode im schwimmerischen Einsatz

**56**

davon unter Lebensgefahr

**28 504**

Erste Hilfe an Land

# Presseschau des Inlands

## Im Zivilschutz sind Vorbilder gefragt

Für den Zivilschutz wird in der Bundesrepublik Deutschland viel zu wenig getan. Dieser Vorwurf trifft nach Auffassung des Präsidenten des Bundesamtes für den Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, Parteien, Abgeordnete, gesellschaftliche Organisationen, Regierungsstellen und Öffentlichkeit gleichermaßen. Kolb beklagt ferner, daß 32 Prozent der Bevölkerung noch nicht einmal wissen, was unter Zivilschutz zu verstehen ist.

Im gesamten Bereich der zivilen Verteidigung wurden 1980 pro Kopf 12,30 Mark aufgewendet. Die Gesamtsumme ist nicht größer als vergleichsweise die des Bonner Stadthaushalts oder als der Haushalt des Kölner Generalvikariats. Daß Zivilschutz als humanitäre Aufgabe vorrangig Leben zu schützen hat, werde von keiner Seite bestritten. Der verantwortliche Bundesinnenminister gesteht öffentlich ein, der Zivilschutz sei „verbesserungsbedürftig“, und das nicht nur im Hinblick auf die Finanzausstattung.

Die Aufgabenbereiche des Zivilschutzes sind der Warndienst, Schutzbau, Katastrophenschutz, Selbstschutz, Gesundheitswesen, Aufenthaltsregelungen und der Schutz von Kulturgut. Durch alle bisherigen Programme und Regelungen wurde bisher nur erreicht, Schutzräume für drei Prozent der Bevölkerung zu schaffen. Im Katastrophenschutz bilden 142000 idealistisch gesinnte freiwillige Helfer der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerkes und der Sanitätsorganisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst die personelle Basis. Um aber die bisher ausgebildeten Schwesternhelferinnen auch „in Übung zu halten“, fehlt das Geld.

Unter Hinweis auf die Regelungen in den neutralen Ländern Schweden und Schweiz plädiert Kolb für eine gesetzliche Schutzbaupflicht, für Aufstockung der Nahrungsmittelreserve, die Schaffung einer Infrastruktur für den Selbstschutz und wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen wie die Anlage von Notbrunnen.

Auch die Kirchen sind zur Mithilfe aufgerufen. Sie sollten sich zum Beispiel darüber Gedanken machen, wie Seelsorge bei größeren Katastrophen oder im Verteidigungsfall überhaupt noch funktionieren könnte. Die Kirchen verdrängen diese als unangenehm empfundenen Fragen genauso wie die Bevölkerung und ihre gewählten Vertreter. Um das psychologisch negativ eingestellte Klima in der Bundesrepublik gegenüber dem Schutz des Lebens zu ändern, sind zunächst einmal Vorbilder gefragt, die sich hier engagieren, meint Kolb.

(Katholische Nachrichten-Agentur,  
18. März 1981)

## „Katastrophenschutz leidet unter zu hohem Bürokratismus“

Der SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Günther Jansen hat sich vor Journalisten in Eutin (Schleswig-Holstein) dafür ausgesprochen, daß den im Katastrophenschutz tätigen Organisationen und Verbänden mehr Eigenverantwortung übertragen wird und daß die Arbeit der Hilfsdienste nicht noch weiter bürokratisiert wird.

Im Rahmen seiner Wahlkreisarbeit in Ostholstein hatte Jansen sich zwei Tage lang über Probleme der sozialen Dienste und des Katastrophenschutzes informiert. Dabei war auch Kreisrat Gerhard Poppendiecker, der sich für die SPD-Kreistagsfraktion über die Problematik der Hilfe- und Rettungsdienste informierte.

In einer anschließenden Pressekonferenz sprachen beide Politiker den ehrenamtlich tätigen Hilfskräften in den Organisationen ihr uneingeschränktes Lob aus. Jansen und Poppendiecker zeigten sich allerdings erstaunt über das hohe Maß der Bürokratisierung und forderten von den Behörden – vom Kreis bis zum Bund – einen Abbau dieser oft nicht zu verstehenden Bürokratie. Jansen und Poppendiecker wollen in Bonn bzw. in Kiel „deutliche Worte“ anbringen. Dem Katastrophenschutz muß nach ihrer Meinung eine höhere Priorität im Vergleich zu den Rüstungsausgaben beigemessen

werden. Zur Zeit sei das Verhältnis zwischen Katastrophenschutz und Rüstung in der Bundesrepublik 1:65, nach einer schon vor Jahren von den NATO-Staaten erarbeiteten Studie sei ein Verhältnis von 1:20 aber optimal. Jansen kündigte außerdem an, daß er Vertreter der im Katastrophenschutz in Ostholstein tätigen Personen zu Fachgesprächen mit nach Bonn nehmen wolle. Die Katastrophenschutz Helfer sollten in den zuständigen Ministerien in Bonn über ihre Erfahrungen aus der täglichen Praxis einmal berichten und anstehende Probleme mit den Bonner Behörden erörtern. Jansen verspricht sich davon unter anderem einen Abbau von widersinnigen Vorschriften und Gebräuchen, die der Arbeit des Katastrophenschutzes bisher nicht dienlich waren.

In Übereinstimmung mit den Vertretern der besichtigten Organisationen verlangten die beiden SPD-Politiker ferner, daß mehr Material an die aktive Basis des Katastrophenschutzes ausgegeben wird. Um einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern zu gewährleisten, sollten die aus Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei freigesetzten Fahrzeuge vorrangig den Zivilschutzorganisationen angeboten werden, bevor ein Verkauf am freien Markt erfolgt. Die ehrenamtlichen Helfer sind nach Jansens Auffassung, das habe ihm nicht zuletzt der Besuch der vergangenen beiden Tage gezeigt, in der Lage, auch gebrauchte Fahrzeuge einsatzfähig zu halten. Der Besuch habe aber auch gezeigt, daß einzig nur das Technische Hilfswerk (THW) ausreichend mit Fahrzeugen und Geräten ausgestattet ist. Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) sowie der Malteser-Hilfsdienst hätten noch Ansprüche und Wünsche für weitere Fahrzeuge und Geräte. Die Katastrophenschutzorganisationen forderten in dem Gespräch mit Jansen außerdem, daß auf Kreisebene öfter Großübungen durchgeführt werden, um besser auf eventuelle Realeinsätze vorbereitet zu sein. Nachdrücklich forderte das THW, daß die Katastrophenschutzschule in Schönböken (Kreis Plön) bestehen bleibt. . .

(Ostholsteiner Anzeiger, Eutin)

## Presseschau des Auslands

### Zivilschutz in der Schweiz – heute

Landesverteidigung hat nur dann einen Sinn, wenn auch die Zivilbevölkerung überleben kann. Weltweit beginnt man diese Tatsache einzusehen. In der Schweiz sind wir jedoch heute in der gefährlichen Situation, daß die vorhandenen Möglichkeiten des Zivilschutzes überschätzt werden. In einigen Städten bestehen für mehr als 100 Prozent der Einwohner Schutzräume. Dort können auch für Führungsaufgaben geeignete Leute gefunden werden.

Ganz anders sieht es jedoch in den vielen kleineren Gemeinden aus. Sie wurden erst mit der vor wenigen Jahren erfolgten Gesetzesrevision zivilschutzpflichtig und verfügen daher nur über relativ wenige Schutzräume. Auch persönlich sind ihre Möglichkeiten sehr beschränkt.

Gerade sie werden aber von der Beschränkung der Bundesleistungen besonders hart getroffen. Bei den heutigen Sparübungen auf Bundesebene geraten die Parlamentarier leicht in Versuchung beim Zivilschutz zu sparen, nicht bei den Subventionen, für die sich mächtige Wirtschaftsverbände einsetzen. Die Ausgaben für den Zivilschutz betragen im Jahre 1980 nur 5,32% der Militärausgaben oder 1,07% der gesamten Aufwendungen des Bundes.

Es ist erstaunlich, daß trotz dieser extrem beschränkten Mittel doch vieles verwirklicht werden konnte. Weitere Einsparungen auf diesem Gebiet wären aber nicht zu verantworten. Im Gegenteil drängt sich jetzt ein gezielter Einsatz der Mittel für den Bau öffentlicher Schutzräume in ländlichen Gegenden und für die Verbesserung der Ausbildung auf.

Auf diesem Gebiet ließe sich auch ohne höhere Ausgaben viel erreichen, wenn man neue Lösungen suchen würde. Die Ausbildungszeiten im Zivilschutz sind gesetzlich so stark beschränkt, daß man für wichtige Posten Leute einsetzen muß, die die nötigen Voraussetzungen schon mitbringen, sei es aus der beruflichen Tätigkeit oder aus der militärischen Schulung. Wehrmänner treten aber erst mit 50 Jahren, Offiziere sogar erst mit 55 Jahren oder überhaupt nicht

in den Zivilschutz über. Es ist an der Zeit, die Frage zu stellen, ob die Armee nicht Spezialisten und Offiziere, wenn nötig, schon in jüngeren Jahren dem Zivilschutz zur Verfügung stellen könnte. Wenn wir schon sparen müssen, dann sollte man auch den Mut zu unkonventionellen Lösungen aufbringen. Es geht schließlich um das Überleben unseres Volkes und damit auch unseres Landes im Kriegs- oder Katastrophenfall!

(Prof. Dr. Reinhold Wehrle, Zentralpräsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, in einer Pressemitteilung vom 24. März 1981)

### Hat man im Zivilschutz Vergangenheit und Zukunft vergessen?

Die Geschichte macht keine Sprünge. Das Nachfolgende entwickelt sich aus dem Vorangegangenen. Die Geschichte wiederholt sich auch nicht. Aber man kann aus ihr lernen. Auch im Zivilschutz; oder umfassender: In unserer Landesverteidigung.

Vor rund 40 Jahren begann der Zweite Weltkrieg. Er traf die Schweiz schlecht vorbereitet an. Das bestätigt der Bericht von General Guisan. Das zeigen aber auch die Improvisationen, die in aller Eile getroffen werden mußten: Auf dem Sektor Versorgung die Anbauschlacht Wahlen, die unser Volk vor dem Hunger bewahrte. Im stillen die von zivilen Gruppierungen gebildete geistige Abwehrfront gegen das Frönlertum und die Leisetreterei in höchsten Regierungsstellen. Und schließlich der „blaue Luftschutz“, gebildet aus nichtmilitärdienstpflichtigen Männern und freiwilligen Frauen. Das Schicksal verschonte die Schweiz vor den Kriegswirren und schenkte ihr damit auch die nötige Zeit, das Versäumte nachzuholen.

Aus den im Zweiten Weltkrieg gemachten Erfahrungen zog man in der Nachkriegszeit sogar die Konsequenzen. Ende der fünfziger Jahre schuf man die Grundlage für die wirtschaftliche Kriegsvorsorge. Man erkannte die Notwendigkeit einer geistigen Landesverteidigung und schließlich – nachdem der „blaue“ Luftschutz in einen „grünen“ Luftschutz umgewandelt und der Armee einverleibt worden ist – sogar die Unumgänglichkeit einer zivilen Schutzorganisation für die Zivilbevölkerung. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, wo insbesondere die Bevölkerung von London mit V1- und V2-Raketen beschossen und damit England in die Knie gezwungen werden sollte, war das Mahnmal, daß auch die beste Armee der Welt ihre eigene Zivil-

bevölkerung vor den Grauen des Krieges nicht schützen kann. Je weiter die Raketentechnik Fortschritte machte, je größer wurde die Gefahr für die Zivilbevölkerung „hinter der Front“. Anfangs der sechziger Jahre wurde dann die gesetzliche Grundlage für den baulichen wie organisatorischen Zivilschutz geschaffen.

Dann kamen die Jahre der wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Man wollte Geld verdienen und vergaß, daß nach den fetten Jahren auch wieder magere oder sogar Krisen- und Kriegszeiten kommen könnten. Es war der damalige Generalstabschef der Armee, der daran erinnern mußte, daß die Armee allein die Probleme eines künftigen Krieges nicht mehr lösen könne. Er forderte deshalb eine Gesamtverteidigung, die neben der Armee die wirtschaftliche Kriegsvorsorge, eine geistige Landesverteidigung und einen Zivilschutz umfaßte. Auf dem Papier waren sie ja schon lange konzipiert, vorhanden war aber sozusagen nichts. Es bedurfte dieses Anstoßes von höchster militärischer Seite, daß dann Anfangs der siebziger Jahre die neue Zivilschutzkonzeption geschaffen wurde: „Jedem Einwohner seinen Schutzplatz“. Nach diesem schwungvollen Anfang kam dann die Stagnation während der Rezession. Alles war wichtiger als der Zivilschutz; die Gelder wurden gekürzt und gekürzt. Und heute stehen wir vor der Tatsache, daß ein neues Leitbild für die Armee der achtziger Jahre geschaffen worden ist, das Milliarden von Franken kostet. Die Notwendigkeit einer kriegsgenügenden Armee, insbesondere auch im Hinblick auf ihre Dissuasionswirkung, sei dabei nicht in Frage gestellt. Die Frage für uns lautet vielmehr: Wo bleiben die Anstrengungen und die finanziellen Mittel, um auch einen kriegsgenügenden Zivilschutz auf die Beine zu stellen? Man hofft zuständigerseits, den Zivilschutz in den neunziger Jahren auf den nötigen Stand der Ausbildung, Ausrüstung und baulichen Erfordernisse bringen zu können. Ob uns diese Zeitspanne noch gegeben ist? Oder mißt man dem Schutz der Bevölkerung gar nicht ein so großes Gewicht bei, obwohl 90% unseres Volkes im nächsten Krieg als Zivilpersonen zu Hause bleiben werden? Wo bleibt da die Konsequenz, daß es für einen Kleinstaat nicht darum geht, Kriege zu gewinnen, sondern zu überleben? Und wer hilft dann der Zivilbevölkerung bei Schaden an Leib und Leben, wenn die Armee „an der Front“ ihre Pflicht erfüllt? Doch wohl nur der ortsansässige, nach Gemeinden aufgegliederte, gutausgerüstete und ausgebildete Zivilschutz.

(Nationalrat Dr. Heinz Bratschi  
in „Zivilschutz“, Bern)

# Wissenschaft & Technik

## Eine neue Fluchhaube

Bei Bränden in Hochhäusern, Hotels, öffentlichen Gebäuden usw. entscheiden oft nur wenige Minuten über Leben und Tod eines Menschen. Deshalb wurde von einem einschlägigen deutschen Hersteller nach intensiven Forschungen eine Fluchhaube entwickelt, die im Notfall die Gefahr einer Rauchvergiftung entscheidend vermindert. Der Zweck dieser Fluchhaube ist es, es dem Träger möglich zu machen, sich selbst über einen verqualmten Fluchweg retten zu können, oder, falls dies nicht möglich ist, auf Rettung durch die Feuerwehr zu warten.

Die Fluchhaube schützt Atemwege, Augen und Kopf des Trägers gegen Brandrauch und Brandgase einschließlich Kohlenmonoxyd. Neben der Schutzfunktion sind leichte Handhabung und sekundenschnelles Aufsetzen durch die übersichtliche Konstruktion der Haube im Notfall von lebenswichtiger Bedeutung für eine vom Brand überraschte Person. Die Haube ist ausgerüstet mit einem kombinierten Gas- und Partikel-Filter und einem zusätzlichen Ausatem-

ventil, das während der Einsatzzeit für weitgehend gleichbleibenden Ausatemwiderstand sorgt. Die Fluchhaube mit gutschützender Innenmaske ist für alle Kopf- und Gesichtsgrößen geeignet. Der besondere Zuschnitt ermöglicht, daß auch Brillenträger die Haube unbehin-

dert aufsetzen können. Die Rundumsichtscheibe bietet die Gewähr für un eingeschränktes Blickfeld.

In einem leicht zu öffnenden Beutel aus Aluminium-Kunststoff-Verbundfolie verpackt, ist die Fluchhaube mindestens vier Jahre wartungsfrei lagerfähig.

## Übungs- und Kontrollsystem für die Herzdruckmassage

Wenn eine Herzdruckmassage im Notfall erfolgreich sein soll, muß sie unbedingt akkurat durchgeführt werden. Wer die HDM nicht häufig ausübt oder das Training nicht ständig wiederholt, verlernt sehr schnell die richtige Ausführung.

Eine zuverlässige Kontrolle und Überwachung der HDM ist nur selten möglich. Aus diesem Grunde wurde ein HDM-Übungs- und Kontrollsystem entwickelt, mit dem man die exakte Durchführung der HDM sehr wirkungsvoll regulieren und die häufigsten Fehler vermeiden kann.

Das neue Übungs- und Kontrollgerät kann in Verbindung mit den gebräuchlichen HDM-Übungsphantomen einge-

setzt werden, um eine noch größere Sicherheit in der Technik der Herzdruckmassage zu erlangen.

Als selbständiges Übungsgerät dient es dem Arzt, dem Rettungssanitäter und dem Ersthelfer, seine Kenntnisse in der HDM immer auf gleichbleibend hohem Niveau zu halten.

Im praktischen Einsatz am Notfallpatienten gibt das Gerät dem Ersthelfer vor Ort die Garantie einer richtig durchgeführten externen Herzdruckmassage. Dabei zeigt das Gerät ständig die korrekte Druckrichtung, die eingesetzte Druckstärke und die erforderliche Entlastung zwischen den Kompressionen an.



## Technische Regeln für gefährliche Arbeitsstoffe

Die geänderten Vorschriften der neuen Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe vom 29. Juli 1980 macht es erforderlich, daß einige Technische Regeln für gefährliche Arbeitsstoffe (TRgA) überarbeitet oder neu erstellt werden müssen.

Eine Liste über die beabsichtigten Änderungen kann bei der Zentralstelle für Unfallverhütung und Arbeitsmedizin des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Langwartweg

103, Postfach 150140, 5300 Bonn 1, kostenlos angefordert werden.

Die Berichtigung der neuen Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe ist im Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 52 vom 27. August 1980 veröffentlicht worden. Inzwischen gibt es auch die Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe vom 12. November 1980, die im BGBl I S. 2069 bekanntgemacht worden ist.



# Neue Bücher

## Brandschutz in Baudenkmalern und Museen

Herausgegeben von der Arbeitsgruppe öffentlich-rechtliche Versicherung im Verband der Sachversicherer e. V., 2000 Hamburg 13

Jährlich werden durch Großbrände Millionenwerte vernichtet. Darunter befinden sich auch Baudenkmäler, Zeugen unserer Geschichte, deren Verlust unersetzlich ist. Die vorhandene Fülle von Gesetzen, Vorschriften und Sicherheitsempfehlungen auf dem Gebiet des Brandschutzes wurde unter dem besonderen Gesichtspunkt des Brandschutzes in Baudenkmalern und Museen untersucht und ausgewertet. Die Ergebnisse werden – bei aller Fachbezogenheit – allgemeinverständlich dargestellt und anhand von konkreten Schadensfällen erläutert. Durch die zahlreichen Schadensverhütungsbeispiele und eine umfangreiche Dokumentation wird das Buch dazu beitragen, unreparable Schäden an historischen Bauwerken zu vermeiden.

## Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein

(Landeskatastrophenschutzgesetz – LKatSG)

Kommentar von Erich Seeck, Amtsrat im schleswig-holsteinischen Innenministerium

150 Seiten, Loseblattsammlung Kommunal- und Schulverlag A. Heinig, 6200 Wiesbaden

Im Rahmen der Loseblattsammlung „Praxis der Gemeindeverwaltung“ ist ein Kommentar über das Landeskatastrophenschutzgesetz Schleswig-Holstein erschienen. Jetzt wurde von diesem Kommentar eine zusätzliche Ausgabe in Loseblattform hergestellt, die im Plastikordner angeboten wird.

Der Verfasser hat neben rechtlichen Erläuterungen vor allem die praktischen Erfahrungen berücksichtigt, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes – beim Sturmfluteinsatz 1976 und bei den Schneekatastrophen im Winter 1978/

1979 – gesammelt wurden. Schwerpunkte der Kommentierung bilden:

der Inhalt des Begriffs der „Katastrophe“,

die Organisation des Katastrophenschutzes,

die vorbereitenden Maßnahmen des Katastrophenschutzes,

die Maßnahmen im Katastrophenfall,

die Heranziehung von Privatpersonen zur Hilfeleistung,

die Rechte und Pflichten der freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer,

die Kostentragung.

Da in der Kommentierung Vergleiche zur Rechtslage in anderen Bundesländern und beim Bund gezogen werden, dürfte der Band auch über die Grenzen von Schleswig-Holstein hinaus von Interesse sein.

## Schweiz 39–45 Krieg in einem neutralen Land

Von Janusz Piekalkiewicz  
Mit einem Vorwort des Schweizer Historikers Dr. Hans Rudolf Kurz, Bern  
Motorbuch Verlag, Stuttgart / Verlag Bucheli, Zug (Schweiz)

Der Autor dieses Buches, ein international anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Geheimdienste und Kommandounternehmen, hat wieder einmal einen sicheren Instinkt im Aufspüren unbekannter Tatsachen und unbekannter Bildmaterials bewiesen. Wer die Jahre 1939 bis 1945 selbst miterlebt hat, bei dem wird dies Werk so manche Erinnerung wachrufen. Den Angehörigen der jüngeren Generation wird vielleicht klar werden, daß der Status eines neutralen Landes in der Vergangenheit ebenso wie in Gegenwart oder Zukunft nicht als Garantie dafür angesehen werden kann, in einer kriegerischen Auseinandersetzung – zumal dann, wenn sie weltweiten Charakter hat – ungeschoren davonzukommen.

So spielte im Falle „Gelb“ bei dem raffinierten deutschen Täuschungsmanöver, welches Frankreich die Niederlage brachte, die Schweiz eine gewichtige Rolle. Man erfährt, wie es dazu kam, daß das streng

geheime Archiv des französischen Oberkommandos in einem Städtchen an der Loire von durchstreifenden deutschen Soldaten gefunden wurde. Nur wenigen Menschen ist bisher bekannt, in welchem Maße dieser Fund die Außenpolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg beeinflusst hat.

Erstmals wird das „Reduit Guisan“ – der Welt größte Befestigungsanlagen jener Zeit in den Alpen – vor allem aber der Kampf deutscher Nachrichtendienste um sein Geheimnis detailliert beschrieben.

Der Krieg in der neutralen Schweiz war eigentlich ein Krieg am neutralen Himmel. Objektiv und sachlich wird von den Luftschlachten zwischen eidgenössischen Jägern und den Me 109 und Me 110 der Deutschen berichtet, über die Duelle mit den Bombern der deutschen Luftwaffe ebenso wie über die Abschüsse von „Fliegenden Festungen“ der USA oder der schweren RAF-Bomber.

Der Leser nimmt an Episoden von besonderer Dramatik teil, wie denn das Buch mit seinen über 500 Fotos, Karten und Faksimiles in seiner Mischung aus Dokumentation und packender Darstellung einen Blick hinter die Kulissen des unbekannteren Krieges in einem neutralen Land vermittelt.

## Baulicher Brandschutz im Industriebau

Herausgegeben vom DIN Deutschen Institut für Normen e. V., erschienen im Beuth-Verlag Köln, Berlin

Hiermit liegen die Empfehlungen zur Festlegung von Sicherheitsanforderungen im baulichen Brandschutz, die von einem Arbeitsausschuß des Normenausschusses „Bauwesen“ im Deutschen Institut für Normen erarbeitet wurden, vor. Ferner sind in dieser Veröffentlichung der DIN 18230 enthalten. Eingehende Stellungnahme sowie die Ergebnisse in Auftrag gegebener Untersuchungen werden in die Entwürfe der DIN 19230 eingearbeitet. Schon jetzt zeigt sich, daß die Anwendung dieser Empfehlungen auch bei Gebäuden anderer Nutzung zu einem Sicherheitsniveau führt, das von der Öffentlichkeit akzeptiert wird.

# Das Minimagazin

Tips und Kniffe  
für die Praxis

## Errichten einer Mittelsenkrechten

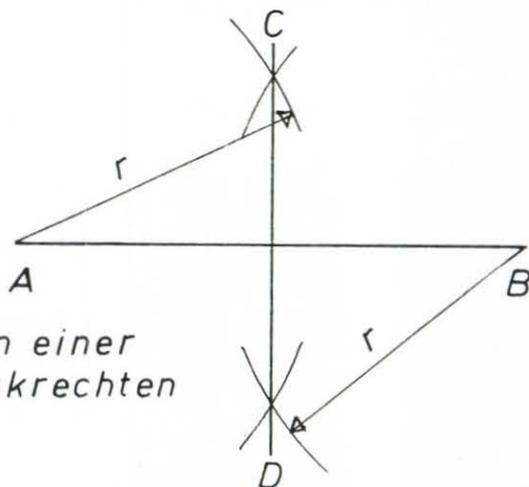
Beim Herstellen von Zeichnungen, besonders aber beim Brückenbau und in der Vermessung kommt es immer wieder vor, daß über der Mitte einer Strecke die Senkrechte errichtet werden muß. Das ist auf dem Papier mit einem Zirkel und im Gelände mit einer Latte sehr leicht möglich: Man schlägt um beide Endpunkte der Strecke AB mit dem Zirkel oder der Latte (Geländezirkel) je einen Kreis mit beliebigem Radius  $r$ , der aber größer sein muß als die Hälfte der Grundstrecke und erhält damit die Schnittpunkte C und D. Die Verbindung dieser Schnittpunkte ist die Mittelsenkrechte.

## Ermittlung des Mittelpunktes eines Kreises

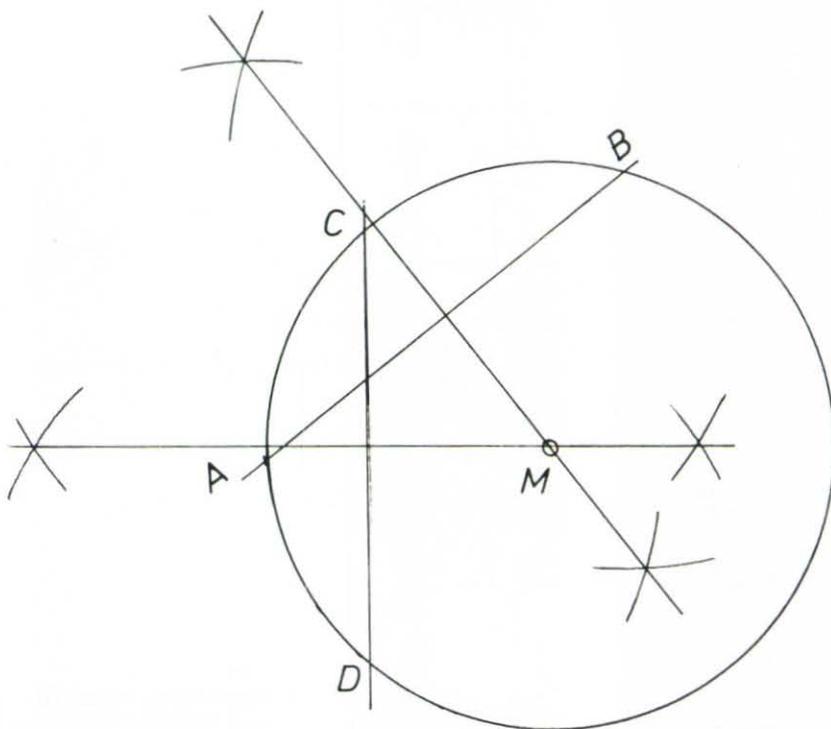
Oft liegt ein Kreis vor, von dem man möglichst exakt den Mittelpunkt braucht. Dieser läßt sich leicht mit Hilfe der Mittelsenkrechten finden: Man legt durch den Kreis zwei Sehnen AB und CD und errichtet auf diesen die Mittelsenkrechten. Der Schnittpunkt dieser Mittelsenkrechten ist der Mittelpunkt des Kreises.

## Teilung einer Strecke in gleiche Teile

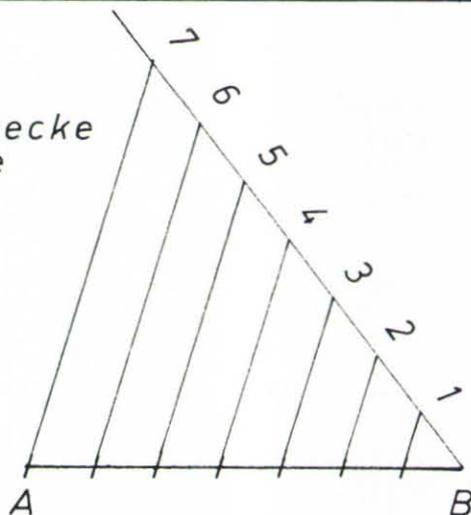
Wenn eine Strecke AB in eine Anzahl gleicher Teile geteilt werden soll, aber rechnerisch nicht teilbar ist (z. B. 6,00 m in 7 Teile), so hilft man sich, indem man vom Anfangspunkt der Strecke aus in beliebigem Winkel eine Linie zieht. Auf dieser Linie trägt man nun die gewünschte Anzahl (7) gleicher Teilstrecken ab und verbindet den letzten Punkt (7) mit A. Läßt man nun durch alle Punkte der Hilfsstrecke (1 bis 6) Parallelen zur Verbindung 7-B laufen, so teilt sich die Strecke AB gleichmäßig.



Errichten einer Mittelsenkrechten



Finden des Mittelpunktes eines Kreises



Teilung einer Strecke in gleiche Teile

## THW-Bundeswettkampf am 16. Mai 1981 in Hamburg

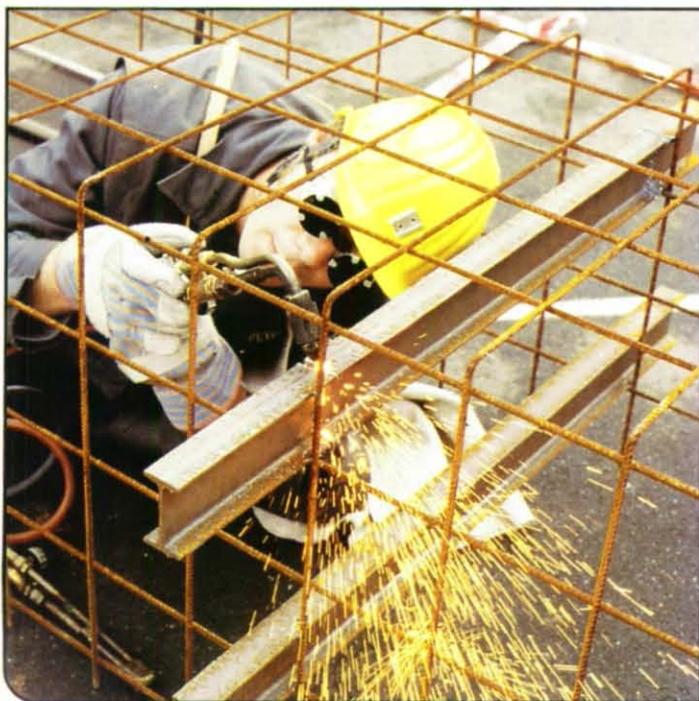
**WETTKAMPF um den**



**BUNDESPOKAL**  
des Bundesministers des Innern



**BUNDEANSTALT  
TECHNISCHES HILFSWERK**



Zum THW-Bundeswettkampf in Hamburg am 16. Mai 1981 werden rund 1500 Helfer und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. Es nehmen 33 Wettkampfgruppen – je Landesverband eine Bergungsgruppe, eine Instandsetzungsgruppe und eine Jugendgruppe – teil.

Für die Teilnehmer wird eine Zeltstadt an der Elbe errichtet. Sie wird wie eine Notunterkunft, wie sie in einem Erdbebengebiet zur Unterbringung von Obdachlosen eingesetzt werden kann, aufgebaut und ausgestattet.

Neben den Wettkämpfen wird eine Zwölf-Tonnen-Pontonsfähre zwischen zwei Anlegern auf der Elbe verkehren und der Öffentlichkeit Gelegenheit geben, Einblick in die Arbeit des THW-Wasserdienstes zu nehmen.

Zum Abschluß der Veranstaltung werden die THW-Helfer den „Lebensnerv“ von Hamburg – den Hafen – kennenlernen können. Ein gemütliches Beisammensein der Teilnehmer und Gäste in der in Hamburg als Festhalle beliebten ehemaligen „Kesselschmiede“ am Hafen bildet den Ausklang des THW-Bundeswettkampfes 1981. Das Hamburger THW freut sich auf seine Gäste und heißt sie herzlich willkommen.